



Bundesnetzagentur

Bonn, 20. Dezember 2023

# Amtsblatt 24

**Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen**

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundesnetzagentur zeigt seit vielen Jahren, dass sie in allen Netzsektoren ein verlässlicher Ansprechpartner für Politik, Wirtschaft und Verwaltung ist. Neben der Bewältigung der Energiekrise – zum Glück ohne Einsatz des Bundeslastverteilers – sowie zahlreichen Energiegesetzgebungsverfahren und deren Umsetzung wurden meinem Hause weitere Verantwortungsbereiche übertragen (Bsp'ie. Steuerung des Kohleausstiegs, Treuhänderschaft im Energiebereich, Wasserstoffnetz, Förderung der Digitalisierung, Stärkung der Verbraucherrechte bei der Breitband-Nutzung, Breitbandatlas, Online-Terrorbekämpfung und vieles mehr).

Nachfolgend möchte ich einige Themen – sicherlich nicht alle – hervorheben:

Im **Energiesektor** blieb unser Hauptaugenmerk auf der sicheren Versorgung aber auch auf zentralen Entscheidungen zur klimaneutralen Transformation der Netze. Dank des milden Winters, Einsparungen von Industrie und Bevölkerung sowie einer Diversifizierung der Gasimporte (Einspeisung aus LNG-Anlage) gab es keine Gasmangellage. In unseren nun veröffentlichten Gasszenarien sehen wir nur eine geringe Gefahr einer angespannten Gasversorgung. Wir haben ein realistisches Gas-Krisenszenario geübt und darin die etablierten Arbeits- und Kommunikationsprozesse sowie der IT-Architektur einem Test mit der Branche und einigen Bundesländern unterzogen.

Der Ausbau der Energienetze stand im besonderen Fokus der Umsetzung der Beschleunigungsgesetzgebung. Wir haben bis zum 27. November 2023 Planfeststellungen für rund 857 km Hochspannungsleitungen getroffen und damit die Genehmigung zum Bau erteilt. Diese Zahl wird ab Mitte 2024 deutlich ansteigen (insbesondere SuedLink, SuedOstLink), sodass wir bis Ende 2024 mehr als 2.700 km erwarten.

Erstmalig hatte die Bundesnetzagentur Flächen für Offshore-Windenergie in einem dynamischen Gebotsverfahren vergeben. Die erfolgreichen Bieter erhielten hierbei einen Anspruch auf ein Planfeststellungsverfahren zur Errichtung und zum Betrieb der Anlagen sowie einen Anschluss und entsprechende Netzanbindungskapazität. Bezuschlagt haben wir für vier ausgeschriebene Flächen mit einem Ausschreibungsvolumen von insgesamt 7.000 MW. Die Bieter haben hierfür eine Gesamtsumme von 12,6 Mrd. Euro gezahlt, welche zu 90 Prozent in die Stromkostensenkung und zu jeweils fünf Prozent in den Meeresnaturschutz und die Förderung einer umweltschonenden Fischerei fließen.

Die Verteilnetze standen auch im Fokus: die in Planungsregionen zur Zusammenarbeit verpflichteten Verteilnetzbetreiber haben ihre Ausbauplanungen in Form der Regional-szenarien vorgestellt. Sie sind die Grundlage für Netzausbaupläne mit dem Ziel eines vorausschauenden und bedarfsgerechten Ausbaus. Abgeschlossen werden konnte das

*Festlegungsverfahren zu steuerbaren Verbrauchseinrichtungen (wie z.B. Wärmepumpen und Ladeeinrichtungen für E-Autos) gem. § 14a EnWG. Verbrauchseinrichtungen sollen zügig angeschlossen und sicher betrieben werden können, gleichzeitig soll das Netz sicher bleiben und der Netzbetreiber im Ausnahmefall eingreifen dürfen. Netzbetreiber sind aber verpflichtet, ihre Netze zu digitalisieren und bedarfsgerecht und vorausschauend auszubauen. Damit im Zusammenhang steht eine Festlegung zur Reduktion der Netzentgelte.*

*Die sachgerechte Verteilung der Mehrkosten durch den Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung haben wir im Fokus bei unserem zu Ende 2023 gestarteten Festlegungsverfahren. Netzbetreiber mit besonders hohen Kosten sollen entlastet und alle Stromverbraucher fairer an den Kosten beteiligt werden.*

*Im Bereich der Frequenzregulierung und der Ende des Jahres 2025 freiwerdenden Mobilfunkfrequenzen 800 MHz, 1,8 GHz und 2,6 GHz haben wir mittlerweile Rahmenbedingungen einer Übergangsentscheidung zur Bereitstellung dieser Frequenzen konsultiert. Im zunächst veröffentlichten Positionspapier erwogen wir ein Vergabeverfahren aber auch einen Frequenztausch. Die aktuellen Erwägungen beziehen die eingegangenen Kommentare interessierter Kreise und die aktuelle Marktentwicklung mit ein. Im Rahmen des laufenden Verfahrens wird auch geprüft, welche Maßnahmen zur Erhaltung oder Erreichung wirksamen Wettbewerbs auf dem deutschen Mobilfunkmarkt erforderlich sind. Vorrangiges Ziel ist es, gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und im ländlichen Raum zu schaffen. Etwa durch eine Verlängerung mit einer spezifischen und verbesserten Versorgungsaufgabe für den ländlichen Raum. Die Mobilfunknetzbetreiber sollen bis Ende 2028 mindestens 98 Prozent der Haushalte in dünn besiedelten Gebieten in jedem Bundesland mit mindestens 100 Mbit/s versorgen. Erwogen wird auch eine Versorgungsverpflichtung für Verkehrswege, die zu einer besseren Flächenversorgung und Nutzererfahrung beitragen könnte; etwa durch Versorgung aller Bundesstraßen mit einer Übertragungsrate von mindestens 100 Mbit/s und aller Landes- und Staatsstraßen sowie die Binnenwasserwege des Kernnetzes des Bundes mit einer Übertragungsrate von mindestens 50 Mbit/s. Zur Gigabit-Versorgung entlang von Schienenwegen halten wir ein gemeinsames Vorgehen beim Ausbau des öffentlichen Mobilfunks und des neuen Bahnfunks für zielführend. Hierzu sollten Mobilfunk- und Schienennetzbetreiber zu einer Zusammenarbeit verpflichtet werden.*

*Die Bundesnetzagentur und das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) haben im Sommer 2023 eine Monitoringstelle zur Erfassung von doppelten Glasfaserausbauvorhaben eingerichtet. Damit wird eine zentrale Maßnahme der Gigabitstrategie der Bundesregierung umgesetzt. Unternehmen konkurrieren zunehmend um die Versorgung derselben Gebiete. Dieser Wettbewerb sorgt für eine Beschleunigung des Ausbaus. Er kann auch dazu führen, dass einzelne Unternehmen ihre Ausbauplanungen anpassen, wenn ein Konkurrent einen Ausbau in demselben Gebiet anstrebt. Ziel des Monitorings ist es, Erkenntnisse darüber zu erlangen, inwieweit im derzeit stattfindenden Ausbauwettbewerb Praktiken zur Anwendung kommen, die möglicherweise wettbewerbswidrig sind, weil sie etwa darauf abzielen, Konkurrenten abzuschrecken und so Investitionen in den Glasfaserausbau beeinträchtigen könnten. Auf dieser Grundlage wird in einem nächsten Schritt eine fundierte Bewertung des Wettbewerbsgeschehens, einschließlich etwaiger Beeinträchtigungen, angestrebt.*

*Wir planen eine Ausweisung und Veröffentlichung von Informationen über Gebiete mit Ausbaudefizit im Gigabit-Grundbuch. Dabei geht es um Flächen, in denen aktuell sowie in den nächsten 12 Monaten voraussichtlich keine Versorgung und keine Ausbaupla-*

nung mit einem Mobilfunknetz mit sehr hoher Kapazität oder einer Mobilfunktechnologie der vierten (4G) oder fünften Generation (5G) vorliegt.

**Im Eisenbahnbereich** haben wir im Jahr 2023 erstmals mehr als 500 Beschlusskammervorfahren zu unterschiedlichsten Regulierungsthemen eingeleitet. Ein Teil dieser Verfahren entfiel auf die Unterrichtungen der DB Netz AG über die von ihr beabsichtigten Ablehnungen von Nutzungsanträgen zum Netzfahrplan 2023/2024 (151 Verfahren). Die Zunahme derer ist insbesondere auf ein größeres Baugeschehen der Infrastruktur zurückzuführen. So betrafen mehr als 70 Verfahren in diesem Jahr sogenannte Verkehrsartenmixe bei denen baubedingt eingeschränkte Kapazitäten nach einem bestimmten Schlüssel auf die Verkehrsarten verteilt werden. Zudem betrafen über 30 Verfahren das Generalsanierungsprojekt „Riedbahn“, welches in 2024 zu einer etwa fünfmonatigen Sperrung zwischen Frankfurt (Main) Stadion und Mannheim Hauptbahnhof führen wird. Aufgrund weiterer geplanter Generalsanierungsmaßnahmen ist mit einem weiteren Anstieg an Unterrichtungsverfahren zu rechnen. Hervorzuheben bei den Verfahren zum Baugeschehen ist eine Entscheidung, wonach die DB Netz AG zur Einhaltung von Fristen für die Ankündigung von Baumaßnahmen verpflichtet wurde. Im Bereich der Entflechtung sind wir weiter vorangeschritten: So wurde ein Entflechtungsbeirat zur Beratung und Beurteilung personeller Wechsel auf Führungsebene der DB Netz AG geschaffen. Verschärft wurden die konzerninternen Regelungen betreffend personeller Wechsel auf allen Ebenen im Einvernehmen mit den DB-Unternehmen. Zudem hat die Bundesnetzagentur per Beschluss einen beabsichtigten Stellenwechsel im DB-Konzern vor Ablauf einer bestimmten Karenzzeit untersagt. Durch die Anpassung der Regelungen und die Durchsetzung des Entflechtungsrechts stärkt die Bundesnetzagentur den Wettbewerb und beugt potentiell wettbewerbsverzerrenden Wissenstransfers zwischen Eisenbahninfrastruktur- und Eisenbahnverkehrsunternehmen vor.

**Im Postbereich** haben wir im Sommer des Jahres den Antrag der Deutschen Post AG auf vorzeitige Erhöhung des Briefportos abgelehnt. Das Unternehmen konnte die Steigerung der Stückkosten nicht hinreichend nachweisen. Weitere Verfahren zur Überprüfung des Verdachts auf missbräuchliche Entgelte haben wir eingeleitet gegenüber der Deutsche Post InHaus Services GmbH. Die Prüfung geht dahin, ob unerlaubte Preisabschlüsse eine Preis-Kosten-Schere begründen.

**Im Blick** behalten wir weiterhin Beschwerden wegen fehlender Briefzustellungen. Wir lassen uns regelmäßig von der Deutschen Post AG über die weiteren Entwicklungen berichten. Allerdings gibt es nach wie vor keine rechtliche Befugnis, die Deutsche Post AG bei temporären Qualitätsmängeln zu sanktionieren oder zu einem bestimmten Verhalten zu verpflichten. Daher sollten bei der Novellierung des Postgesetzes auch Regelungen getroffen werden, um temporären, regionalen Mängeln besser begegnen zu können. Sanktionsmöglichkeiten, aber auch bessere Informations- und Auskunftspflichten sollten aus Sicht der Bundesnetzagentur als mögliche Instrumente vorgesehen werden.

**Verbraucherinnen und Verbraucher** nehmen die Bundesnetzagentur als Ansprechpartnerin in allen Regulierungsbereichen wahr. Belegt ist dies durch zahlreiche Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern bei den Schlichtungsstellen der Telekommunikation und Post und im Energiebereich. Die Beschwerden reichen von Versorgungsstörungen bei TK-Verträgen; Rufnummernmissbrauch wie Enkeltrick oder SMS-Spam bis hin zu untergeschobenen Verträgen oder aggressive und betrügerische Anrufe. Fortlaufend werten wir Beschwerden auf systematische Verstöße aus. Beispielsweise hat der Energieanbieter Gas.de die Regeln nicht eingehalten, die einer sicheren und verbraucherfreundlichen Energieversorgung dienen. Wir haben deshalb seine Tätigkeit als Energielieferant zum Schutz der Haushaltskunden untersagt.

*In 2024 werden wir uns weiterhin unter anderem mit der kontinuierlichen Transformation der Netze, der Wasserstoffnutzung und dessen Implikationen auf die Netze aber auch mit dem klimaneutralen Stromnetz beschäftigen. Besonderes Augenmerk werden wir alsbald auf die Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs zur sog. normativen Regulierung im Bereich der Entgelte legen. Die Bundesnetzagentur wird in eigener Zuständigkeit die Bedingungen und Methoden für den Zugang zu den Strom- und Gasversorgungsnetzen festlegen müssen. In diesem Kontext muss das bestehende Regulierungssystem überprüft werden.*

*Schließlich werden uns weitere Themen rund um die digitalen Dienste, Plattformen, Nachhaltigkeit, die Migration von Kupfer auf Glasfaser sowie die Resilienz der Netze begegnen.*

*Ich wünsche Ihnen frohe Festtage und ein gesundes Neues Jahr.*

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Klaus Müller', with a stylized, cursive script.

Klaus Müller

## Regulierung

Vfg-Nr.		Seite
	<b>Telekommunikation</b>	
130	Amateurfunkdienst; befristete Erlaubnisse.....	1676
131	Außerkraftsetzung der Funk-Schnittstellenbeschreibung LA-NOE 027 (Landfunk, Babyüberwachungsanlagen, 27-MHz-Bereich).....	1677
132	Frequenznutzungsbestimmungen für Erdfunkstellen des <u>Inmarsat</u> Satellitenfunknetzes in den Frequenzbereichen 1626,5–1660,5 MHz (Richtung Erde – Weltraum), 1670–1675 MHz (Richtung Erde – Weltraum) und 1518–1559 MHz (Richtung Weltraum – Erde).....	1677
133	Frequenznutzungsbestimmungen für Erdfunkstellen des <u>STARLINK</u> Satellitenfunknetzes in den Frequenzbereichen 14,0–14,5 GHz (Richtung Erde – Weltraum) und 10,95–12,75 GHz (Richtung Weltraum – Erde).....	1680
134	Vermittlungsdienst für gehörlose und hörgeschädigte Menschen; Anhörung zur Bedarfsermittlung und -feststellung und Abfrage einer etwaigen Bereitstellung durch die Unternehmen gemäß Paragraph 51 Absatz 4 Telekommunikationsgesetz.....	1685
	<b>Energie</b>	
135	§ 12h Abs. 4 S. 3 EnWG; Überprüfung der Ausnahmen von der Verpflichtung zur marktgestützten Beschaffung der nicht frequenzgebundenen Systemdienstleistungen Kurzschlussstrom (BK6-20-295), dynamische Blindstromstützung (BK6-20-296) und Inselbetriebsfähigkeit (BK6-20-297).....	1731
136	Art. 37 Abs. 3 VO (EU) 2017/2195; Abgeänderter Vorschlag aller Übertragungsnetzbetreiber der Kapazitätsberechnungsregion HANSA für eine Methode zur Berechnung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazität innerhalb des für den Austausch von Regularbeit oder die Durchführung des IN-Verfahrens relevanten Zeitbereichs gemäß Art. 37 Abs. 3 der Verordnung (EU) 2017/2195 (BK6-22-408) .....	1731
137	Verwaltungsverfahren zur Genehmigung des Änderungsantrags für die Modalitäten für Bilanzkreisverantwortliche (Standardbilanzkreisvertrag Strom); hier: Beschluss vom 23.11.2023 - Az.: BK6-23-102 .....	1731
	<b>Elektronische Vertrauensdienste</b>	
138	Verlängerung der befristeten Anerkennung der Methode der Videoidentifizierung als „sonstige Identifizierungsmethode“ gemäß § 11 Absatz 1 VDG.....	1733

## Mitteilungen

Mit-Nr.		Seite
	<b>Telekommunikation</b>	
	<b>Teil A</b>	
	<b>Mitteilungen der Bundesnetzagentur</b>	
249	TKG §§ 48 Abs. 1 i. V. m. 192 TKG; Tenor des Beschlusses in dem Verwaltungsverfahren aufgrund des Antrages der Telekom Deutschland GmbH auf Genehmigung von Entgelten für Kollokation und Schaltverteiler .....	1737
250	§§ 192 i. V. m § 29 TKG; Standardangebot der Telekom Deutschland GmbH für den Zugang zu Wholesale Premium mit einer Ethernet-Schnittstelle und einer Übertragungsrate von 150 Mbit/s als hochqualitatives Zugangsprodukt .....	1744

Mit-Nr.		Seite
251	§§ 192 i. V. m § 29 Abs. 5 TKG; Verwaltungsverfahren zur Überprüfung des Standardangebots Wholesale Ethernet VPN 2.0 der Telekom Deutschland GmbH; Bekanntgabe des Termins der öffentlich mündlichen Verhandlung nach der 1. Teilentscheidung .....	1744
252	§ 192 TKG i. V. m. §§ 40, 38 ff TKG; Antrag der Telekom Deutschland GmbH vom 30.11.2023 auf Genehmigung von Entgelten für den Zugang zu Wholesale Premium 2.0 mit einer Ethernet-Schnittstelle und einer Übertragungsrate von 150 Mbit/s .....	1745
253	Auslaufen der Vfg. 1/2014 „Allgemeinzuteilung von Frequenzen für die Benutzung durch die Allgemeinheit für den nicht navigatorischen Ortungsfunk innerhalb vollständig geschlossener Räume oder Behältnisse“ .....	1747
254	Beabsichtigte Außerkraftsetzung einer Funk-Schnittstellenbeschreibung (SSB FE-OE 027) .....	1747
255	Erneute Anhörung zur Befristung bisher unbefristeter Frequenzzuteilungen im nichtöffentlichen mobilen Landfunk .....	1748
256	Anhörung zum künftigen „Antragsverfahren und Durchführung von Amateurfunkprüfungen“ .....	1754
257	Prüfungsfragen zum Erwerb von Amateurfunkprüfungsbescheinigungen .....	1757
258	Mitteilung und Veröffentlichung der Schnittstellenbeschreibungen durch die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze: <i>inexio Informationstechnologie und Telekommunikation GmbH</i> .....	1757
<b>Energie</b>		
<b>Teil A</b>		
<b>Mitteilungen der Bundesnetzagentur</b>		
259	§ 118 Abs. 46e EnWG i. V. m. § 29 Abs. 1 EnWG; Einleitung eines Verfahrens zur Konsultation zur Festlegung der Anerkennung aus § 3 Abs. 1 i. V. m. § 7 MsbG entstehender Kosten (BK8-23/007-A) .....	1759
260	Einleitung eines Verfahren zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung, Festlegung eines verbindlichen Systems für die Durchführung des Pilotprojektes kurative Pilotierung eines Redispatches für die Übertragungsnetzregion Emsland (KuPilot) (BK8-23/010-A) .....	1766
261	Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung, Festlegung eines verbindlichen Systems für die Nutzung der Flexibilitätäten im Bahnstromnetz (Bahnflex) (BK8-23/012-A) .....	1766
262	Einleitung eines Verfahren zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung der Kosten und Erlöse aus dem finanziellen Ausgleich nach § 13a Abs. 2 S. 1 EnWG und aus den Maßnahmen zur Bewirtschaftung von Engpässen in den deutschen Regelzonen und auf den grenzüberschreitenden Verbindungsleitungen (ReDEM) (BK8-23/013-A) .....	1766
263	Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung, Festlegung eines verbindlichen Systems für die Beschaffung von Leistungen nach § 13 Abs. 6a i. V. m. 118 Abs. 22 EnWG n.F. (Nutzen statt Abregeln - Power to Heat) (BK8-23/011-A) .....	1767
264	Höchstspannungsleitung Wolmirstedt — Helmstedt Ost — Wühle (Vorhaben 10), Abschnitt B (Regelzonengrenze — Wühle); Planfeststellung: Öffentliche Bekanntmachung über den Erlass und die Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses gemäß § 24 Abs. 2 und Abs. 3 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) i. V. m § 74 Abs. 4 und 5 (Verwaltungsverfahrensgesetz) VwVfG und § 27 Abs. 1 (Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung) UVPG .....	1793

Mit-Nr.		Seite
	<b>Elektronische Vertrauensdienste</b>	
	<b>Teil A</b>	
	<b>Mitteilungen der Bundesnetzagentur</b>	
265	Verlängerung der vorläufigen Anerkennung einer innovativen Identifizierungsmethode gemäß § 11 Absatz 3 VDG.....	1794
266	Verlängerung der vorläufigen Anerkennung einer innovativen Identifizierungsmethode gemäß § 11 Absatz 3 VDG.....	1797
	<b>Sonstiges</b>	
	<b>Teil A</b>	
	<b>Mitteilungen der Bundesnetzagentur</b>	
267	Erscheinungstage des Amtsblattes der Bundesnetzagentur im Jahr 2024.....	1799

# Regulierung

## Telekommunikation

Vfg Nr. 130/2023

### Amateurfunkdienst; befristete Erlaubnisse

1.)

#### Nutzung der Frequenzbereiche 2320–2450 MHz und 5650–5850 MHz durch Inhaber einer Zulassung zur Teilnahme am Amateurfunkdienst der Klasse E

Im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) und dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) wird die Nutzung der **Frequenzbereiche 2320–2450 MHz und 5650–5850 MHz** durch Inhaber einer Zulassung zur Teilnahme am Amateurfunkdienst der **Klasse E** unter den folgenden Nutzungsbestimmungen **bis zum 23. Juni 2024** gestattet.

#### Nutzungsbestimmungen

Die maximal zulässige Sendeleistung bei der Nutzung der Frequenzbereiche 2320–2450 MHz und 5650–5850 MHz durch Inhaber einer Zulassung zur Teilnahme am Amateurfunkdienst der Klasse E beträgt **5 Watt PEP**.

Dabei sind die Nutzungsbestimmungen 9 und 13 gemäß Buchstabe B der Anlage 1 der Amateurfunkverordnung (AFuV) und alle sonstigen Bestimmungen des Amateurfunkgesetzes (AFuG) und der Amateurfunkverordnung (AFuV) einzuhalten.

2.)

#### Nutzung des Frequenzbereichs 50–52 MHz

Die Weltfunkkonferenz 2019 der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) hat für den Amateurfunkdienst in Region 1 eine sekundäre Zuweisung im Frequenzbereich 50–52 MHz beschlossen. Im Hinblick auf die dazu noch erforderlichen Anpassungen der Frequenzverordnung, des Frequenzplans und der Anlage 1 der Amateurfunkverordnung (AFuV), mit denen die Nutzung des Frequenzbereichs 50–52 MHz im Sinne des § 5 Abs. 3 des Amateurfunkgesetzes (AFuG) und des § 9 Abs. 2 der AFuV mittelfristig gestattet werden soll, wird in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) und dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) die vorläufige Nutzung des Frequenzbereichs 50–52 MHz im Amateurfunk **bis zum 23. Juni 2024** im Rahmen der nachfolgenden Nutzungsbestimmungen gestattet.

#### Nutzungsbestimmungen

**Frequenzbereich:** 50,000 MHz–52,000 MHz

#### Maximal zulässige Sendeleistung im Frequenzteilbereich 50,000–50,400 MHz:

750 W PEP  
für Inhaber einer Zulassung zur Teilnahme am Amateurfunkdienst der Klasse A

100 W PEP  
für Inhaber einer Zulassung zur Teilnahme am Amateurfunkdienst der Klasse E

#### Maximal zulässige Sendeleistung im Frequenzteilbereich 50,400–52,000 MHz:

25 W PEP  
für Inhaber einer Zulassung zur Teilnahme am Amateurfunkdienst der Klassen A oder E

**Zugelassene Sendarten:** Alle Sendarten  
**Maximal zulässige belegte Bandbreite einer Aussendung:** 12 kHz  
**Antennenpolarisation:** horizontal  
**Kontestbetrieb:** zulässig

Die Nutzung ist auf feste Amateurfunkstellen beschränkt.

Andere Funkdienste und Telekommunikationsanlagen dürfen nicht gestört werden.

Im Störfall ist die störende Aussendung durch den Funkamateur sofort einzustellen. Störungen durch andere Funkdienste und Telekommunikationsanlagen sind hinzunehmen.

Die Nutzung darf auch durch Inhaber einer gültigen CEPT-Amateurfunkgenehmigung gemäß der CEPT/ECC-Empfehlung T/R 61-01 im Rahmen der vorgenannten Regelungen für Zulassungsinhaber der Klasse A und aller sonstigen geltenden Regelungen erfolgen.

Die Nutzung darf auch durch Inhaber einer gültigen CEPT-Novizen-Amateurfunkgenehmigung gemäß der CEPT/ECC-Empfehlung (05)06 im Rahmen der vorgenannten Regelungen für Zulassungsinhaber der Klasse E und unter Beachtung aller sonstigen im Amateurfunk geltenden Regelungen erfolgen.

Über den Sendebetrieb sind Aufzeichnungen mit folgenden Angaben zu führen:

Datum, Uhrzeit, Frequenz, Modulationsart, Leistung, ggf. Antennenrichtung, Rufzeichen der Gegenstation bei Kontakt, Unterschrift des Rufzeicheninhabers.

Auf die Abgabe einer Betriebsmeldung zur Nutzung des 50-MHz-Frequenzbereichs, sowie auf die jederzeitige telefonische Erreichbarkeit der Amateurfunkstelle während des Sendebetriebs wird bis auf Weiteres verzichtet. Hinsichtlich der 50-MHz-Funkbaken mit Rufzeichenzuteilungen nach § 13 AFuV gilt die zuletzt mit Verfügung Nr. 64/2019 geänderte Verfügung Nr. 36/2006. Rufzeichenzuteilungen gemäß § 13 AFuV sind im Rahmen der Regelungen dieser Mitteilung nicht möglich. Einer zeitgleichen Mehrfachnutzung eines Rufzeichens gemäß § 11 Abs. 4 AFuV kann nicht zugestimmt werden.

3.)

#### Befristeter Zugang im Frequenzbereich 70,150–70,210 MHz

In Abstimmung mit dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) und dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) wird im Amateurfunk die vorübergehende Nutzung des Frequenzbereichs 70,150–70,210 MHz **bis zum 23. Juni 2024** unter den nachfolgenden Nutzungsbestimmungen gestattet.



### Nutzungsbestimmungen

Die Nutzung ist auf ortsfeste Amateurfunkstellen beschränkt und darf nur durch Inhaber einer Zulassung zur Teilnahme am Amateurfunkdienst der Klasse A erfolgen.

**Zugelassene Sendearten:** Alle Sendearten  
**Maximal zulässige belegte Bandbreite einer Aussendung:** 12 kHz  
**Maximale Strahlungsleistung:** 25 Watt ERP  
**Antennenpolarisation:** horizontal

Andere Funkdienste und Telekommunikationsanlagen dürfen nicht gestört werden. Im Störfall ist die störende Aussendung durch den Funkamateurl sofort einzustellen. Störungen durch andere Funkdienste und Telekommunikationsanlagen sind hinzunehmen. Fernbedient erzeugte Aussendungen sind nicht gestattet. Rufzeichenzuteilungen nach § 13 AFuV sind im Rahmen dieser Regelung nicht möglich. Einer zeitgleichen Mehrfachnutzung eines Rufzeichens gemäß § 11 Abs. 4 AFuV kann nicht zugestimmt werden. Über den Sendebetrieb sind Aufzeichnungen mit folgenden Angaben zu führen: Datum, Uhrzeit, Frequenz, Modulationsart, Leistung, ggf. Antennenrichtung, Rufzeichen der Gegenstation bei Kontakt, Unterschrift des Rufzeicheninhabers. Bei der Nutzung des Frequenzbereichs 70,150–70,200 MHz im Rahmen des Amateurfunkdienstes sind alle sonstigen Bestimmungen des Amateurfunkgesetzes (AFuG) und der Amateurfunkverordnung (AFuV) einzuhalten und finden Anwendung. Störungen sind zu vermeiden und die maximale Leistung ist nur dann auszuschöpfen, wenn es für die Aufrechterhaltung einer Funkverbindung oder für experimentelle Zwecke als unbedingt notwendig erachtet wird.

4.)

### Nutzung der Frequenzbereiche 1850–1890 kHz und 1890–2000 kHz

Im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) und dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) werden bei der Nutzung der Frequenzbereiche 1850–1890 kHz und 1890–2000 kHz im Amateurfunk **bis zum 23. Juni 2024** die folgenden Abweichungen von den Nutzungsbestimmungen gestattet, die in Anlage 1 Buchstabe A lfd. Nr. 3, 3a, 4 und 4a der Amateurfunkverordnung (AFuV) enthalten sind:

1. In den Frequenzbereichen 1850–1890 kHz und 1890–2000 kHz wird die Verwendung einer Sendeleistung von maximal **750 Watt PEP** durch Inhaber einer Zulassung zur Teilnahme am Amateurfunkdienst der Klasse A an Wochenenden gestattet.

2. In den Frequenzbereichen 1850–1890 kHz und 1890–2000 kHz wird die Verwendung einer Sendeleistung von maximal **100 Watt PEP** durch Inhaber einer Zulassung zur Teilnahme am Amateurfunkdienst der Klasse E an Wochenenden gestattet.

3. In den Frequenzbereichen 1850–1890 kHz und 1890–2000 kHz wird die Teilnahme an Amateurfunk-Wettbewerben (Kontestbetrieb) an Wochenenden gestattet.

Bei Nutzungen gemäß den Nummern 1, 2 oder 3 dürfen andere Funkdienste und Telekommunikationsanlagen nicht gestört werden. Im Störfall ist die störende Aussendung durch den betreffenden Funkamateurl sofort einzustellen.

Bei Nutzungen gemäß den Nummern 1, 2 oder 3 sind alle sonstigen Bestimmungen des Amateurfunkgesetzes (AFuG) und der Amateurfunkverordnung (AFuV) einzuhalten und finden Anwendung.

### Vorbehalt des Widerrufs

Die vorstehenden Regelungen ergehen unter dem Vorbehalt des Widerrufs.

Von dem Widerrufsrecht wird die Bundesnetzagentur Gebrauch machen, wenn schädliche Störungen auf Grund des hiermit möglichen Funkbetriebs auftreten oder wenn sich die diesbezügliche Rechtslage ändert, etwa weil die o.g. Ministerien ihre Genehmigung widerrufen.

### Dauer der befristeten Erlaubnisse

Der Verordnungsgeber hat die Frequenznutzungen für den Amateurfunkdienst im Sommer 2023 in Kenntnis der aktuellen Rechtslage und in Kenntnis der aktuellen befristeten Erlaubnisse in Anlage 1 der zweiten Verordnung zur Amateurfunkverordnung (BGBl. 2023 I Nr. 160 vom 23.06.2023) neu geregelt. Diese Verordnung tritt zum 24.06.2024 in Kraft. Daher werden die befristeten Erlaubnisse bis zum 23.06.2024 erteilt.

### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn erhoben werden.

225-2

### Vfg Nr. 131/2023

#### Außerkraftsetzung der Funk-Schnittstellenbeschreibung LA-NOE 027 (Landfunk, Babyüberwachungsanlagen, 27-MHz-Bereich)

Im Amtsblatt der Bundesnetzagentur Nr. 23 vom 06.12.2023 (Verfügung Nr. 123/2023) wurde verfügt, dass die Allgemein-zuteilung von Frequenzen für Babyüberwachungsanlagen im 27-MHz-Bereich nicht über den 31.12.2023 hinaus verlängert wird.

Damit besteht keine Notwendigkeit mehr, eine Schnittstellenbeschreibung für diese Funkanlagen bereitzustellen.

Die SSB LA-NOE 027 (September 2013, notifiziert unter Nr. 2013/0653/D) wird mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt.

421

### Vfg Nr. 132/2023

#### Frequenznutzungsbestimmungen für Erdfunkstellen des Inmarsat Satellitenfunknetzes in den Frequenzbereichen 1626,5–1660,5 MHz (Richtung Erde – Weltraum), 1670–1675 MHz (Richtung Erde – Weltraum) und 1518–1559 MHz (Richtung Weltraum – Erde).

Der Frequenzbereich 1626,5–1660,5 MHz und 1670–1675 MHz ist in der Frequenzverordnung für die Bundesrepublik Deutschland (FreqV) vom 27. August 2013 (BGBl. I S. 3326) unter der laufenden Nummer

**277** (1626,5–1631,5 MHz) dem FESTEN FUNKDIENST und MOBILFUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Erde – Weltraum),  
**278** (1631,5–1634,5 MHz) dem FESTEN FUNKDIENST und MOBILFUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Erde – Weltraum),  
**279** (1634,5–1645,5 MHz) dem FESTEN FUNKDIENST und MOBILFUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Erde – Weltraum),  
**280** (1645,5–1646,5 MHz) dem MOBILFUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Erde – Weltraum),  
**281** (1646,5–1656,5 MHz) dem MOBILFUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Erde – Weltraum),  
**282** (1656,5–1660 MHz) dem MOBILFUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Erde – Weltraum),  
**283** (1660–1660,5 MHz) dem MOBILFUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Erde – Weltraum) und RADIOASTRONOMIEFUNKDIENST und  
**286** (1670–1675 MHz) dem FESTEN FUNKDIENST, MOBILFUNKDIENST, MOBILFUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Erde – Weltraum) und WETTERFUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Weltraum – Erde) zugewiesen.  
 Die Nutzung erfolgt im Rahmen MOBILFUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Erde – Weltraum).

Der Frequenzbereich 1518–1559 MHz ist in der FreqV unter den laufenden Nummern

**266** (1518–1525 MHz) dem FESTEN FUNKDIENST, MOBILFUNKDIENST außer mobiler Flugfunkdienst und MOBILFUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Weltraum – Erde),  
**267** (1525–1530 MHz) dem FESTEN FUNKDIENST 3, MOBILFUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Weltraum – Erde) und WELTRAUMFERNWIRKFUNKDIENT (Richtung Weltraum – Erde),  
**268** (1530–1535 MHz) dem MOBILFUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Weltraum – Erde), WELTRAUMFERNWIRKFUNKDIENT (Richtung Weltraum – Erde) und Fester Funkdienst 3,  
**269** (1535–1544 MHz) dem MOBILFUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Weltraum – Erde),  
**270** (1544–1545 MHz) dem MOBILFUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Weltraum – Erde),  
**271** (1545–1555 MHz) dem MOBILFUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Weltraum – Erde),  
**272** (1555–1559 MHz) dem MOBILFUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Weltraum – Erde) zugewiesen.  
 Die Nutzung erfolgt im Rahmen MOBILFUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Weltraum – Erde).

Im Frequenzbereich **1658,8–1660,5 MHz** und **1670–1671,2 MHz** ist **südlich des 53. Grades nördlicher Breite (< 53°N) kein Betrieb** zulässig. Erdfunkstellen dürfen diese Frequenzbereiche ab dem 53. Grad nördlicher Breite (> 53°N) benutzen, wenn sichergestellt ist, dass deren Position dem Satellitenfunknetz mit ausreichender Genauigkeit bekannt ist.

Für die Frequenzbereiche 1626,5–1660,5 MHz, 1670–1675 MHz und 1518–1559 MHz wird die Einhaltung folgender Standards, Entscheidungen und Empfehlungen in ihrer aktuellen Version vorausgesetzt: SSB FS 022, ERC/REC 74-01, ECC/DEC/(04)09, ECC/DEC/(12)01, EN 301 426, EN 301 444, EN 301 473, EN 301 681, EN 301 489-12, RTCA DO-210, RTCA DO-262, EUROCAE ED-243, ITU-R M.1480, ITU-R SM.1541-6, FreqV und VO Funk/ITU RR.

Bei den Nutzungen des **Inmarsat** Satellitenfunknetzes handelt es sich um die Verbindung von **mobilen Erdfunkstellen zu Land, zu Wasser und in der Luft** zu **geostationären Satelliten** unter der Systemkontrolle eines Satellitennetzes.

Nutzungen in den Frequenzbereichen 1626,5–1660,5 MHz, 1670–1675 MHz und 1518–1559 MHz, die die folgenden Frequenznutzungsbedingungen einhalten, bedürfen für den Betrieb im Rahmen der Frequenzzuteilung für das **Inmarsat** Satellitenfunknetz keiner weiteren Frequenzzuteilung im Einzelnen. Darüberhinausgehende Frequenznutzungen bedürfen im Geltungsbereich des Telekommu-

nikationsgesetzes (TKG) einer Einzelzuteilung durch die Bundesnetzagentur.

Nutzungsbestimmungen für Erdfunkstellen des **Intelsat Flex Network** Satellitenfunknetzes:

Maximale Bandbreite	200 kHz
Maximal abgestrahlte Leistung	20 dB(W) EIRP zu Land 22 dB(W) EIRP zu Wasser 27 dB(W) EIRP in der Luft
Polarisation	zirkular

Die Frequenznutzung ist nur zulässig, wenn eine Autorisierung durch das Satellitensystem besteht.

#### Hinweise:

- Falls Änderungen der Frequenzzuordnungen durch die Internationale Fernmeldeunion (ITU) Auswirkungen auf bestehende, durch Satelliten genutzte Frequenzbereiche haben, ist der Inhaber der Frequenzzuteilung verpflichtet, einen entsprechenden Änderungsantrag bei der Bundesnetzagentur zu stellen.
- Die Bundesnetzagentur übernimmt keine Gewähr für eine Mindestqualität oder Störungsfreiheit des Funkverkehrs. Ein Schutz vor Beeinträchtigungen durch andere bestimmungsgemäße Frequenznutzungen kann nicht in jedem Fall gewährleistet werden.
- Für die Strahlungssicherheit und die elektrische und mechanische Sicherheit der Funkanlagen einschließlich der Antennenanlagen gelten die einschlägigen Bestimmungen und Vorschriften.
- Eine Nutzung zugeteilter Frequenzen darf nur mit Funkanlagen erfolgen, die für den Betrieb in der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen bzw. gekennzeichnet sind (§ 99 Abs. 6 TKG).
- Rechtliche Verpflichtungen, die sich für die Frequenznutzer aus anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften, auch telekommunikationsrechtlicher Art, oder Verpflichtungen privatrechtlicher Art ergeben, bleiben unberührt. Dies gilt insbesondere für Genehmigungs- und Erlaubnisvorbehalte (z. B. baurechtlicher und umweltrechtlicher Art).
- Beauftragten der Bundesnetzagentur ist gemäß § 103 TKG die Prüfung der Frequenznutzungen am Betriebsort zu gestatten bzw. zu ermöglichen.
- Der Frequenznutzer unterliegt hinsichtlich des Schutzes von Personen in den durch den Betrieb von Funkanlagen entstehenden elektromagnetischen Feldern den jeweils gültigen Vorschriften. Insbesondere dürfen – unabhängig von dieser Frequenzzuteilung und der Festlegung der standortbezogenen Frequenznutzungsparameter – ortsfeste Sendefunkanlagen mit einer äquivalenten isotropen Strahlungsleistung (EIRP) von zehn oder mehr als zehn Watt erst betrieben werden, wenn die Bundesnetzagentur eine entsprechende Standortbescheinigung erteilt hat. Die Antragsunterlagen zum Standortverfahren sind auf der Internetseite der Bundesnetzagentur ([www.bundesnetzagentur.de/emf](http://www.bundesnetzagentur.de/emf)) abrufbar oder können postalisch bei der Bundesnetzagentur abgefordert werden.
- Die Herstellerfirmen, die Vertriebsfirmen bzw. andere Inverkehrbringer dieser Funkanlagen sind verpflichtet, die Nutzer dieser Funkanlagen auf diese Nutzungsbedingungen in geeigneter Form hinzuweisen.

**Sonstiges:**

Die Amtsblattverfügung 47/2005, veröffentlicht im Amtsblatt der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen Nr. 13/2005 vom 13.07.2005, wird hiermit aufgehoben.

Die in Deutschland zugeteilten öffentliche Satellitenfunknetze sind auf der Internetseite der Bundesnetzagentur ([www.bundesnetzagentur.de/satellitenfunk](http://www.bundesnetzagentur.de/satellitenfunk) >> Satellitenfunknetze >> Zugeteilte Satellitenfunknetze) veröffentlicht.

223-5

Vfg Nr. 133/2023

**Frequenznutzungsbestimmungen für Erdfunkstellen des STARLINK Satellitenfunknetzes in den Frequenzbereichen 14,0–14,5 GHz (Richtung Erde – Weltraum) und 10,95–12,75 GHz (Richtung Weltraum – Erde)**

Der Frequenzbereich 14,0–14,5 GHz ist in der Frequenzverordnung (FreqV) für die Bundesrepublik Deutschland vom 27. August 2013 (BGBl. I S. 3326) unter den laufenden Nummern

373 (14,0–14,25 GHz) dem FESTEN FUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Erde – Weltraum) und Mobilfunkdienst über Satelliten (Richtung Erde – Weltraum),

374 (14,25–14,3 GHz) dem FESTEN FUNKDIENST, FESTEN FUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Erde – Weltraum) und Mobilfunkdienst über Satelliten (Richtung Erde – Weltraum),

375 (14,3–14,47 GHz) dem FESTEN FUNKDIENST, FESTEN FUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Erde – Weltraum) und Mobilfunkdienst über Satelliten (Richtung Erde – Weltraum) und

376 (14,47–14,5 GHz) dem FESTEN FUNKDIENST, FESTEN FUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Erde – Weltraum), Mobilfunkdienst über Satelliten (Richtung Erde – Weltraum) und Radioastronomiefunkdienst zugewiesen.

Die Nutzung erfolgt im Rahmen FESTER FUNKDIENST ÜBER SATELLITEN.

Der Frequenzbereich 10,95–12,75 GHz ist in der FreqV unter den laufenden Nummern

366 (10,7–11,7 GHz) dem FESTEN FUNKDIENST und FESTEN FUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Weltraum – Erde),

367 (11,7–12,5 GHz) dem FESTEN FUNKDIENST, RUNDFUNKDIENST ÜBER SATELLITEN, D487 <sup>1)</sup> und D487A <sup>2)</sup> und

368 (12,5–12,75 GHz) dem FESTER FUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Weltraum – Erde) (Richtung Erde – Weltraum) zugewiesen.

Die Nutzung erfolgt im Rahmen FESTER FUNKDIENST ÜBER SATELLITEN.

<sup>1)</sup> Im Frequenzbereich 11,7–12,5 GHz darf der feste Funkdienst keine schädlichen Störungen bei Funkstellen des Rundfunkdienstes über Satelliten verursachen. Der feste Funkdienst kann gegenüber diesen Funkstellen keinen Schutz beanspruchen.

<sup>2)</sup> Der Frequenzbereich 11,7–12,5 GHz wird zusätzlich dem festen Funkdienst über Satelliten (Richtung Weltraum – Erde) für nichtgeostationäre Systeme auf primärer Basis zugewiesen. Der feste Funkdienst über Satelliten (Richtung Weltraum – Erde) für nichtgeostationäre Systeme kann keinen Schutz gegenüber geostationären Satellitennetzen des Rundfunkdienstes über Satelliten beanspruchen.

Für die Frequenzbereiche 14,0–14,5 GHz und 10,95–12,75 GHz wird die Einhaltung folgender technischer Referenzen, Standards, Entscheidungen und Empfehlungen vorausgesetzt: ECC Report 271, ECC Report 279 und VO Funk.

Bei den Nutzungen des Starlink Satellitenfunknetzes handelt es sich um die Verbindung von stationären Erdfunkstellen zu Land zu umlaufenden (nicht geostationären) Satelliten unter der Systemkontrolle eines Satellitennetzes.

Zusätzlich sind nicht-stationäre Erdfunkstellen zu Land, zu Wasser und in der Luft zulässig, für die spezielle Frequenznutzungsbestimmungen gelten.

Nutzungen in den Frequenzbereichen 14,0–14,5 GHz und 10,95–12,75 GHz, die die nachfolgenden Frequenznutzungsbestimmungen einhalten, bedürfen für den Betrieb im Rahmen der Frequenzzuteilung für das Starlink Satellitenfunknetz keiner weiteren Frequenzzuteilung im Einzelnen. Darüberhinausgehende Frequenznutzungen bedürfen im Geltungsbereich des TKG einer Einzelzuteilung durch die Bundesnetzagentur.

**Frequenznutzungsbestimmungen für Erdfunkstellen des Starlink Satellitenfunknetzes:**

Bandbreite	62,5 MHz (Uplink), 250 MHz (Downlink)
Maximal abgestrahlte Leistung	38,2 dB(W) EIRP
Maximale Leistungsdichte Richtung Horizont	-72,8 dB(W/Hz) EIRP
Maximaler Antennenöffnungswinkel (senderseitig)	2,8-4,5°
Nutzbarer Elevationswinkel	>= 25°

- Die Nebenaussendungen der Erdfunkstellen der Endkunden (Endkundenterminals) dürfen -32 dBc im ersten Nachbarkanal (ACLR1) und -55 dBc im zweiten Nachbarkanal (ACLR2) nicht übersteigen, basierend auf eine Kanalbandbreite von 62,5 MHz.
- Es gelten die Bestimmungen der Artikel 21 und 22 der VO Funk für die Uplink EIRP, Downlink PFD, Uplink EPFD und Downlink EPFD.
  - Das referenzierte Satellitensystem in der Frequenzzuteilung für das Starlink Satellitenfunknetz ist die FCC Autorisierung mit 4408 Satelliten vom 23 April 2021 (FCC 21-48), abweichend von den gegenwärtigen ITU-Anmeldungen STEAM-1 (CR/C/3739/M5 BR IFIC 2920) und USASAT-NGSO-3A-R (CR/C/4423M1 BR IFIC 2926).
- Schutzzonen um die RAS-Station Effelsberg (06°53'00"E, 50°31'32"N) und das Geodätische Observatorium Wettzell (12°52'40"E, 49°08'40"N):
  - Innerhalb eines Radius von 12,5 km um die RAS-Station Effelsberg und das Geodätische Observatorium Wettzell ist zu deren Schutz die Nutzung des Downlinks im gesamten Frequenzbereich 10,95–12,75 GHz durch das Starlink Satellitenfunknetz untersagt (keine DL-Spotbeams in diesem Bereich).
  - Innerhalb der in schwarz hervorgehobenen Bereiche der Abbildung 1 ist die Nutzung des Frequenzbereiches 14,47–14,50 GHz durch das Starlink Satellitenfunknetz untersagt.

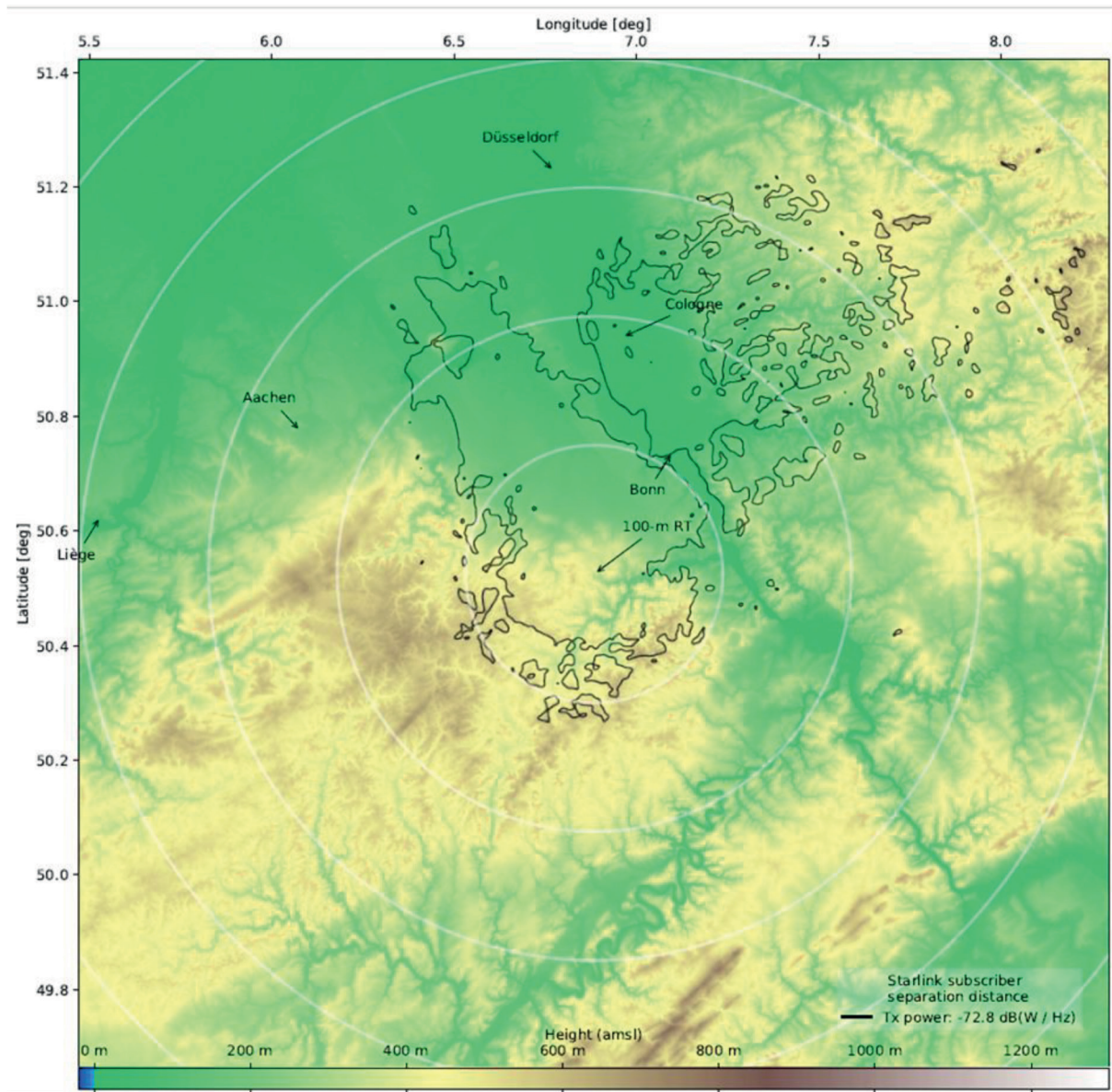


Abbildung 1

(Hinweis: Die weißen Ringe befinden sich in  $n \times 25$  km Abstand um die RAS-Station in Effelsberg)

- Im Frequenzbereich 14,25–14,5 GHz sind bestehende FS-Nutzungen zu schützen. Daher erfolgt für den Frequenzbereich 14,25–14,5 GHz die Frequenzzuteilung für das Starlink Satellitenfunknetz auf NIB (non-interference basis) und NPB (non-protection basis). In diesem Frequenzbereich sind keine Störungen bestehender FS-Nutzungen zulässig und es besteht kein Schutz vor Störungen durch vor Erteilung dieser Frequenzzuteilung bestehende FS-Nutzungen.
- Die Funkanwendung eines bei der ITU notifizierten deutschen Satellitennetzes, mit dem nicht abschließend koordiniert wurde, darf nicht gestört werden („non-Interference basis“ (NIB)).
- Die Frequenzzuteilung für das Starlink Satellitenfunknetz gewährt nicht das Recht auf exklusive Nutzung des zugeteilten Spektrums. Die Bundesnetzagentur kann auf Antrag auch andere NGSO-Satellitensysteme in den Frequenzbereichen 10,95–12,75 GHz und 14,0–14,5 GHz Frequenzen für die Nutzung in Deutschland zuteilen. In diesem Fall hat Starlink entsprechende Intra-Service Vereinbarungen zu treffen, die einen verlässlichen Zugang zum Spektrum durch mehrere NGSO Satellitensysteme (Sharing) gewährleisten.

- Die Frequenznutzung ist nur zulässig, wenn eine Autorisierung durch das Satellitensystem besteht.
- Nicht-stationäre Erdfunkstellen dürfen ausschließlich im Frequenzbereich 14,0–14,45 GHz senden. Die maximale Leistungsdichte Richtung Horizont ist für nicht-stationäre Erdfunkstellen auf -46,8 dB(W/4kHz) beschränkt.
- Für Erdfunkstellen an Bord von Luftfahrzeugen gilt die PFD-Maske im Anhang 1 Nr. 6 der ECC Entscheidung (18)05 für den Frequenzbereich 14,25–14,45 MHz. Für Erdfunkstellen an Bord von Wasserfahrzeugen auf Binnenwasserstraßen und in Hoheitsgewässern der Bundesrepublik Deutschland oder Fahrzeugen an Land (beinhaltet auch Luftfahrzeuge am Boden) gilt die PFD Beschränkung von -116 dB(W/m<sup>2</sup>/MHz) im Anhang 1 Nr.8 der ECC Entscheidung (18)05 für den Frequenzbereich 14,25–14,45 MHz.
- Die Frequenzzuteilung für das Starlink Satellitenfunknetz ist bis zum **31.12.2025** befristet. Die Frequenzzuteilung wird auf Antrag durch den Inhaber der Frequenzzuteilung für das Starlink Satellitenfunknetz verlängert werden, wenn die Zuteilungsvoraussetzungen weiterhin gegeben sind, erforderlichenfalls mit Änderungen der technischen Parameter, Bestimmungen und Auflagen.

#### Behandlung von Störungen:

- Störungsmeldungen an die Bundesnetzagentur leitet diese unverzüglich an den Inhaber der Frequenzzuteilung für das Starlink Satellitenfunknetz weiter.
- Der Inhaber der Frequenzzuteilung für das Starlink Satellitenfunknetz hat hierfür einen 24h-Dienst an jedem Wochentag (Montag–Sonntag) zur Störungsannahme und Störungsbeseitigung zu gewährleisten.
- Der Inhaber der Frequenzzuteilung für das Starlink Satellitenfunknetz ist verpflichtet, eine Störung innerhalb von 2 Stunden ab Kenntniserlangung zu beseitigen.
- Der Betreiber der gestörten Funkanwendung teilt dem Inhaber der Frequenzzuteilung für das Starlink Satellitenfunknetz mit, bis wann die „Einschränkung“ der FSS-Nutzung zum Schutz seiner Nutzung bestehen muss.

#### Abkürzungen

DL – Downlink – Verbindung Satellit Richtung Erde

ECC – European Communication Committee – Europäisches Komitee für Kommunikation

FS – Fixed Service – Richtfunk

FSS – Fixed Satellite Service – Satellitenfunkdienst

ITU – International Telecommunication Union – Internationale Fernmeldeunion

NGSO – Non-Geostationary Satellite Orbit – Erdumkreisende Satelliten Bahn

RAS – Radio Astronomy Service – Radioastronomiefunkdienst

TKG – Telekommunikationsgesetz

VO Funk – Vollzugsordnung für den Funkdienst – Radio Regulations (RR)

#### **Hinweise:**

- 1 Falls Änderungen der Frequenzzuordnungen durch die Internationale Fernmeldeunion (ITU) Auswirkungen auf bestehende, durch Satelliten genutzte Frequenzbereiche haben, ist der Inhaber der Frequenzzuteilung verpflichtet, einen entsprechenden Änderungsantrag bei der Bundesnetzagentur zu stellen.
- 2 Die Bundesnetzagentur übernimmt keine Gewähr für eine Mindestqualität oder Störungsfreiheit des Funkverkehrs. Ein Schutz vor Beeinträchtigungen durch andere bestimmungsgemäße Frequenznutzungen kann nicht in jedem Fall gewährleistet werden.
- 3 Für die Strahlungssicherheit und die elektrische und mechanische Sicherheit der Funkanlagen einschließlich der Antennenanlagen gelten die einschlägigen Bestimmungen und Vorschriften.
- 4 Eine Nutzung zugeteilter Frequenzen darf nur mit Funkanlagen erfolgen, die für den Betrieb in der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen bzw. gekennzeichnet sind (§ 91 Abs. 1 S. 3 TKG).

- 5 Rechtliche Verpflichtungen, die sich für die Frequenznutzer aus anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften, auch telekommunikationsrechtlicher Art, oder Verpflichtungen privatrechtlicher Art ergeben, bleiben unberührt. Dies gilt insbesondere für Genehmigungs- und Erlaubnisvorbehalte (z.B. baurechtlicher und umweltrechtlicher Art).
- 6 Beauftragten der Bundesnetzagentur ist gemäß § 103 TKG die Prüfung der Frequenznutzungen am Betriebsort zu gestatten bzw. zu ermöglichen.
- 7 Der Frequenznutzer unterliegt hinsichtlich des Schutzes von Personen in den durch den Betrieb von Funkanlagen entstehenden elektromagnetischen Feldern den jeweils gültigen Vorschriften. Insbesondere dürfen – unabhängig von dieser Frequenzzuteilung und der Festlegung der standortbezogenen Frequenznutzungsparameter – ortsfeste Sendefunkanlagen mit einer äquivalenten isotropen Strahlungsleistung (EIRP) von zehn oder mehr als zehn Watt erst betrieben werden, wenn die Bundesnetzagentur eine entsprechende Standortbescheinigung erteilt hat. Die Antragsunterlagen zum Standortverfahren sind auf der Internetseite der Bundesnetzagentur abrufbar oder können postalisch bei der Bundesnetzagentur abgefordert werden.
- 8 Die Herstellerfirmen, die Vertriebsfirmen bzw. andere Inverkehrbringer dieser Funkanlagen sind verpflichtet, die Nutzer dieser Funkanlagen auf diese Nutzungsbedingungen in geeigneter Form hinzuweisen.

**Sonstiges:**

Die in Deutschland zugeteilten Satellitenfunknetze sind auf der Internetseite der Bundesnetzagentur ([www.bundesnetzagentur.de/satellitenfunk](http://www.bundesnetzagentur.de/satellitenfunk)) veröffentlicht.

223-5



Vfg Nr. 134/2023

Vermittlungsdienst für gehörlose und hörgeschädigte Menschen;

Anhörung zur Bedarfsermittlung und -feststellung und Abfrage einer etwaigen Bereitstellung durch die Unternehmen gemäß Paragraph 51 Absatz 4 Telekommunikationsgesetz

Hinweis: Die vollständige Verfügung einschließlich der Begründung kann auf der Internetseite der Bundesnetzagentur eingesehen werden:

<https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/Telekommunikation/Unternehmenspflichten/VermittlungsdienstfuerGehoerlose/start.html>

## **Teil 1: Bedarfsermittlung und -festlegung durch die Bundesnetzagentur**

### **A) Einleitung**

Die Regelung in § 51 Absatz 4 Satz 1 TKG verpflichtet **jeden Anbieter von Sprachkommunikationsdiensten**, einen **eigenen Vermittlungsdienst** für gehörlose und hörgeschädigte Menschen bereitzustellen, um den Zugang auch gehörloser und hörgeschädigter Endnutzer zum öffentlich zugänglichen Telefondienst zu gewährleisten.<sup>1</sup>

Nach § 51 Absatz 4 Satz 2 TKG ist es Aufgabe der Bundesnetzagentur, den Bedarf für diese Vermittlungsdienste zu ermitteln. Dafür ist zunächst eine Überprüfung der Entwicklung der Nutzerzahlen und der Entwicklung des Nutzerverhaltens des zurzeit existierenden Vermittlungsdienstes für gehörlose und hörgeschädigte Menschen vorzunehmen. Als weiterer Teil dieser Bedarfsermittlung ist vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse der Umfang und Versorgungsgrad des Vermittlungsdienstes festzulegen.<sup>2</sup> Vergleichbare Festlegungen hat die Bundesnetzagentur bereits in den Jahren 2009, 2010, 2012, 2014, 2018 und 2022 getroffen.

Die Bedarfsermittlung und –feststellung berücksichtigt außerdem die durch das Telekommunikationsmodernisierungsgesetz<sup>3</sup> erfolgten Änderungen des TKG. Insbesondere kann die Bundesnetzagentur nach § 51 Absatz 4 Satz 4 des novellierten TKG eine Grenze vorsehen, bis zu welcher die Nutzung des Vermittlungsdienstes für die Nutzer kostenfrei ist. Diese neue Regelung ist seit April 2023 in die Praxis umgesetzt worden. So gibt es im Vermittlungsdienst seitdem eine kostenlose Grundversorgung von derzeit 30 Minuten monatlich. Zudem sieht § 164 Abs. 3 TKG nunmehr ausdrücklich eine *gleichwertige* Notrufkommunikation von Menschen mit Behinderungen vor. Die neue Vorschrift regelt daher, dass gehörlose und hörbehinderte Menschen den Vermittlungsdienst für unentgeltliche Notrufverbindungen nutzen können. Gesetzlich gewährleistet ist damit insbesondere, dass Notrufe mittels Gebärdensprachdolmetschern, d. h. gleichsam mündlich abgesetzt werden

<sup>1</sup> Vergleiche § 51 Absatz 4 Satz 1 TKG und BT-Drs. 16/12405, Seite 13 zu § 45 Abs. 3 TKG a. F.

<sup>2</sup> Vgl. BT-Drs. 16/12405, S. 14 zu § 45 Abs. 3 TKG a. F.

<sup>3</sup> Bundesgesetzblatt Teil I Nr. 35 vom 28.06.2021, S. 1858 ff.

können. Daneben stellt die novellierte Regelung zum Notruf sicher, dass auch Notrufe mittels Schriftdolmetschens möglich sind<sup>4</sup>.

Nachdem eine Bedarfsermittlung und -feststellung für das Jahr 2024 zunächst vorläufig getroffen worden ist (Vfg-Nr. 111, Amtsblatt der Bundesnetzagentur Nr. 19, S. v. 11. Oktober 2023, S. 1016 ff.), liegt nunmehr Datenmaterial vor, das eine solide Grundlage für eine – endgültige - Bedarfsermittlung und – feststellung bildet. Die Gesetzesänderungen, insbesondere die kostenlose Grundversorgung sind seit April 2023 in die Praxis umgesetzt. Die Auswirkungen auf Nutzerzahl und –verhalten konnten über 7 Monate beobachtet werden. Zwar ist die Entwicklung in der weiteren Zukunft noch nicht absehbar, jedoch erlauben die vorliegenden Daten jedenfalls für das kommende Jahr 2024 eine belastbare Prognose (siehe auch Teil 1, B I und D V).

## **B) Entwicklung der Nutzerzahlen und des Nutzerverhaltens**

Bei der Untersuchung der Entwicklung der Nutzerzahlen und des Nutzerverhaltens kann die Bundesnetzagentur derzeit ausschließlich auf die von der Tess - Sign & Script - Relay-Dienste für hörgeschädigte Menschen GmbH (Tess GmbH) zur Verfügung gestellten Daten zurückgreifen, weil bislang keine anderen vergleichbaren Angebote im deutschen Markt aktiv gewesen sind. Aus dem Umstand, dass auf das von der Tess GmbH zur Verfügung gestellte Datenmaterial zurückgegriffen wird, entsteht jedoch keine Vorfestlegung im Hinblick auf weitere Maßnahmen zur Umsetzung des § 51 Absatz 4 TKG (insbes. hinsichtlich einer etwaigen Beauftragung eines Leistungserbringers).

---

<sup>4</sup> § 108 TKG a. F. sah für sprach- und hörbehinderte Endnutzer lediglich das Einleiten eines Notrufs über ein Telefaxgerät vor.

## I. Nutzerentwicklung und -verhalten

Die Anzahl der gehörlosen und hörgeschädigten Endnutzer nimmt seit der erstmaligen Erbringung des Vermittlungsdienstes im Jahr 2007, zunächst als Pilotprojekt und seit 2009 im Regelbetrieb, beständig zu. So hat sich der Kundenstamm beim derzeitigen Leistungserbringer von Ende 2019 bis Ende Oktober 2023 weit mehr als verdoppelt. Während der Vermittlungsdienst am 31.12.2019 2896 Kunden hatte, waren es am 30.06.2023 bereits 6726 Kunden, vgl. Anlage 1.

Auch in den ersten zehn Monaten des Jahres 2023 ist die Anzahl der Kunden weiter gewachsen. Ende Dezember 2022 hatte der Vermittlungsdienst 6241 Kunden, Ende Oktober 2023 waren es 7053 Kunden, vgl. Anlage 1. Während im Jahr 2022 ein durchschnittlicher monatlicher Zuwachs von etwa 69 Kunden zu verzeichnen war, waren dies in den ersten zehn Monaten des Jahres 2023 durchschnittlich monatlich ca. 81 Kunden.

Im Jahr 2022 war für das Jahr 2023 ein Kundenzuwachs von 50% gegenüber dem Jahr 2022 prognostiziert worden (vgl. Vfg Nr. 140 / 2022, Bundesnetzagentur Amtsblatt 24 v. 21.12.2022, S. 1531 ff.). Grund für diese großzügige Prognose war die Annahme, dass durch die Bereitstellung einer kostenlosen Grundversorgung die Zahl der gehörlosen und hörgeschädigten Endnutzer im besonderen Maße ansteigt. Zumindest nach dem bislang vorliegenden Datenmaterial, welches die ersten zehn Monate des Jahres 2023 umfasst, lässt sich diese Annahme nicht bestätigen. Möglicherweise wissen viele gehörlose und hörgeschädigte Endnutzer noch nicht von der kostenlosen Grundversorgung im Vermittlungsdienst. Je nach Steigerung des Bekanntheitsgrades dieser Neuerung könnten jedoch auf längere Sicht auch die Nutzerzahlen stärker anwachsen.

Die überwiegende Zahl der Nutzer nimmt den Vermittlungsdienst für private Gespräche in Anspruch. In diesem Bereich waren Ende Oktober 2023 6250 Kunden registriert. Im Bereich der beruflichen Nutzung waren Ende Oktober 2023 105 Nutzer als Kunden registriert. 698 Nutzer waren zu diesem Zeitpunkt registriert, um ausschließlich im Notfall einen Dolmetscherdienst zu den Rufnummern 110 und 112 beanspruchen zu

können<sup>5</sup>. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass Notrufe nicht nur für die registrierten Notrufkunden, sondern auch für die Kunden der anderen Registrierungen (private oder berufliche Nutzung) möglich sind. Während die Anzahl der Kunden für den beruflich genutzten Vermittlungsdienst leicht abgenommen hat und die Anzahl der registrierten Notrufkunden moderat stieg, ist die Anzahl der Kunden, die den Vermittlungsdienst privat nutzen, von Ende 2019 bis Ende Juni 2023 um das 2,8 –fache gestiegen (Ende 2019: 2218 Kunden, Ende Oktober 2023 6250 Kunden). Weitere Details zur bisherigen Entwicklung der Kundenzahl sind der Anlage 1 zu entnehmen.

Das in den letzten Jahren stark gestiegene Gesprächsaufkommen zeigt sich auch an den gesamten Gesprächszeiten pro Jahr: Während 2019 im Gebärdensprachdolmetscherdienst „TeSign Privat“ 7235 Stunden telefoniert wurden, hat sich demgegenüber das Gesprächsaufkommen Jahr mit 22672 Stunden im Jahr 2022 mehr als verdreifacht. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2023 wurden über diesen Dienst 18.857 Stunden telefoniert. Setzt man den 12-monatigen Vorjahreszeitraum mit den ersten zehn Monaten des Jahres 2023 ins Verhältnis, lässt sich feststellen, dass TeSign Privat nicht stärker genutzt wurde. So wurde TeSign Privat 2022 durchschnittlich monatlich ca. 1889 Stunden, in Anspruch genommen, 2023 monatlich durchschnittlich 1886 Stunden. Damit ist zumindest in den ersten zehn Monaten des Jahres 2023 die Anzahl der Stunden, in denen über „TeSign Privat“ telefoniert wurde, etwa auf dem Vorjahresniveau geblieben. Die Gesprächszeiten im privat genutzten Schriftsprachdolmetscherdienst TeScript sind seit 2019 moderat, aber stetig angestiegen. (vgl. Anlage 2 zur Entwicklung der Gesprächszeiten).

Die Auslastung der Dolmetscher zeigt, dass die Schwerpunkte der privaten Nutzung des Vermittlungsdienstes – insbesondere des

---

<sup>5</sup> Der Dolmetscher verbindet mit der zuständigen Notrufzentrale und übersetzt das Telefonat.

Gebärdensprachdolmetscherdienstes – an den Tagen von Montag bis Freitag zwischen 09.00 und 18.00 Uhr liegen. Am Wochenende ist die private Nutzung sowohl des Gebärdens- als auch des Schriftdolmetscherdienstes geringer. (vgl. Anlage 3 zur Auslastung der Dolmetscherdienste).

Das hohe Gesprächsaufkommen gerade im Bereich des Gebärdensprachdolmetscherdienstes einerseits und der in Deutschland bestehende Mangel an Gebärdensprachdolmetschern andererseits bewirkt teilweise eine überhohe Auslastung der Gebärdensprachdolmetscher. So lag die Auslastung der Dolmetscher im Gebärdensprachdolmetscherdienst „TeSign Privat“ von Montag bis Freitag in der Hauptzeit von 09.00 bis 18.00 Uhr in den ersten zehn Monaten des Jahres 2023 meist über 70%, häufig über 80% und in wenigen Spitzenzeiten bei annähernd 90% (in den ersten zehn Monaten des Jahres 2023: montags um 10 Uhr und donnerstags um 11 Uhr). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass eine Dolmetscherstunde wegen der anspruchsvollen und anstrengenden Tätigkeit nicht zu 100%, sondern lediglich zu 60% ausgelastet sein sollte, so dass die Gebärdensprachdolmetscher eine ausreichende Pause machen können und damit die Möglichkeit zur Regeneration besteht und eine gleichbleibende Qualität des Dolmetschens gewährleistet ist (zur Auslastung der Dolmetscherdienste in den ersten zehn Monaten des Jahres 2023 vgl. Anlage 3).

## II. Technische Zugänge

Der Vermittlungsdienst ist technisch vor über den PC / das Notebook sowie mobile Endgeräte der Endnutzer (Smartphone oder Tablet) erreichbar. Beim Zugang über den PC mit Internetverbindung (ggf. zzgl. einer Webcam) wird in der Regel die Software „myMMX“<sup>6</sup> („Windows“-Betriebssystem) oder

Jitsi („Apple“) genutzt. Der Zugang über mobile Endgeräte erfolgt in der Regel mittels Apps („myMMXtc.iOS“ oder „myMMXtc-android“ für Apple bzw. Android-Betriebssysteme). In den Anfangsjahren des Vermittlungsdienstes wählten noch verhältnismäßig viele Nutzer den Zugang über den PC. In den folgenden Jahren erfolgte der Zugang demgegenüber weit überwiegend über

<sup>6</sup> Die Software „myMMXtc“ wurde in „myMMX“ lediglich umbenannt, bezeichnet aber dasselbe.

mobile Endgeräte. Angeboten wird auch der direkte Zugang über einen Browser („Webclient“), so dass keine Installation von o. g. spezieller Software notwendig ist. Die Inanspruchnahme eines solchen direkten Zugangs ist zwar im Vergleich zu anderen Zugangsarten noch gering, könnte aber in Zukunft an Bedeutung gewinnen, weil sie die Nutzer unabhängig von spezieller Software macht. Zugänge zum Vermittlungsdienst über Session Initiation Protocol (SIP) sind möglich, spielen jedoch im Vergleich zu den anderen Zugangsmöglichkeiten eine untergeordnete Rolle (vgl. zu den genutzten technischen Zugängen Anlage 4. Anzumerken ist, dass in den Balken „Telefon“ des jeweiligen Diagramms in Anlage 4 die abgehenden Telefonate der Dolmetscher zu den Hörenden aufgeführt sind. Umgekehrt sind in den Balken „MMXpro“ des jeweiligen Diagramms in Anlage 4 die bei den Dolmetschern eingehenden Telefonate der Hörenden aufgeführt (die Hörenden rufen bei den Dolmetschern an, um einen gehörlosen oder hörgeschädigten Menschen zu erreichen).

## C) Ermittlung und Feststellung zu Umfang und Versorgungsgrad

Die Bundesnetzagentur ermittelt gemäß § 51 Absatz 4 Satz 2 TKG den Bedarf an Vermittlungsdienstleistungen. Teil dieser Ermittlungen ist die Festlegung von Umfang und Versorgungsgrad des Vermittlungsdienstes<sup>7</sup>. Für das Jahr 2024 stellt die Bundesnetzagentur folgenden Umfang und Versorgungsgrad des Vermittlungsdienstes für gehörlose und hörgeschädigte Menschen fest.

### I. Umfang

Der Umfang des Vermittlungsdienstes legt inhaltlich fest, für welche Dienstleistungen Bedarf besteht (qualitativer Teil). Er wird im Wesentlichen durch die zur Verfügung gestellte **Gebärdensprach- und Schriftdolmetscherleistung** (Hauptleistung) bestimmt. Dabei müssen die folgenden Anforderungen erfüllt sein:

- **Bundesweite Erreichbarkeit**
- **Differenzierung in verschiedene Nutzergruppen**  
(private / zwei unterschiedliche berufliche Nutzergruppen, s. u.) bei Nutzung der o. g. Dolmetscherleistungen
- Möglichkeit des **Notrufs**

Weiterhin sind bestimmte **Annexleistungen** zu erbringen, welche die Hauptleistung, d.h. das Gebärdensprach- bzw. Schriftdolmetschen erst ermöglichen. Die Grundsätze der Effizienz und Sparsamkeit sind bei der Erbringung der Leistungen zu berücksichtigen.

---

<sup>7</sup> Vgl. BT-Drs. 16/12405, S. 14, Begründung zu § 45 TKG a. F.

## 1. Hauptleistung: Dolmetscher

### a) Qualifikation Gebärdensprachdolmetscher

Qualifizierte Gebärdensprachdolmetscher müssen über einen der folgenden Abschlüsse verfügen:

- Diplom im Fach Gebärdensprachdolmetschen
- Bachelor im Fach Gebärdensprachdolmetschen
- Master im Fach Gebärdensprachdolmetschen
- Staatlich geprüfte(r) Gebärdensprachdolmetscher(in)

### b) Qualifikation Schriftdolmetscher

Schriftsprachdolmetscher/innen übersetzen von gehörlosen bzw. hörgeschädigten Menschen schriftlich vorgetragene Gesprächsinhalte in deutsche Lautsprache für den hörenden Angerufenen bzw. umgekehrt die Lautsprache des hörenden Anrufers in Schriftsprache für den gehörlosen bzw. hörgeschädigten Angerufenen. Daher müssen sie insbesondere über die folgenden Qualifikationen verfügen:

- Sehr gute Deutschkenntnisse in Wort und Schrift (Sicherheit in Rechtschreibung, Grammatik, eine deutliche Aussprache sowie gute Rhetorik).
- Mindestanschlagszahl 400 Anschläge/Minute.

## 2. Differenzierung zwischen verschiedenen Nutzergruppen

Es wird festgestellt, dass zwischen drei unterschiedlichen Nutzergruppen zu unterscheiden ist. Die Endnutzer müssen sich vor der jeweiligen Inanspruchnahme des Vermittlungsdienstes in eine der folgenden Nutzungen/Nutzergruppen einordnen:

**a) Private Nutzung**

**b) Berufliche Nutzung bei Beschäftigung auf einem Arbeitsplatz**

i. S. d. § 156 SGB IX i.V. § 185 Absatz 2 S. 3 SGB IX ab 15

Wochenstunden bzw. 12 Wochenstunden (Inklusionsbetriebe).

**c) Berufliche Nutzung bei Beschäftigung unter 15 Wochenstunden bzw. 12 Wochenstunden (Inklusionsbetriebe), die nicht unter den Arbeitsplatzbegriff gemäß § 156 SGB IX i.V. § 185 Absatz 2 S. 3 SGB IX fällt.**

Der Endnutzer ist zu verpflichten, einen Nachweis darüber zu erbringen, dass kein Anspruch auf Finanzierung durch die Integrationsämter besteht.

**3. Notruf**

Es wird festgestellt, dass zur Gewährleistung einer gleichwertigen Notrufrückmeldung von Menschen mit Behinderungen sicherzustellen ist, dass bei Nutzung des Vermittlungsdienstes unentgeltliche Notrufverbindungen möglich sind.

Hierbei sind folgende Anforderungen zu erfüllen:

- Die Notrufverbindung wird jederzeit unverzüglich zu der für den Notruf örtlich zuständigen Notrufabfragestelle hergestellt.
- Der Vermittlungsdienst übermittelt der örtlich zuständigen Notrufabfragestelle mit der Notrufverbindung seine Rufnummer.
- Bei Nutzung mobiler Endgeräte stehen dem Vermittlungsdienst die Standortdaten über die Ortungsfunktion des mobilen Betriebssystems des Notrufenden automatisiert zur Verfügung.
- Notrufverbindungen werden vorrangig vor anderen Verbindungen, die über den Vermittlungsdienst aufgebaut werden, hergestellt. Gleiches gilt für Verbindungen, die von der Notrufabfragestelle zum Vermittlungsdienst aufgebaut werden.

- Der Vermittlungsdienst ist bei Notrufverbindungen für gehörlose und hörgeschädigte Endnutzer unentgeltlich.
- Die Übermittlung der Rufnummer des Vermittlungsdienstes (siehe Punkt 2) und der Standortdaten (siehe Punkt 3) sowie der Daten, die zur Verfolgung eines Missbrauchs des Notrufs erforderlich sind, erfolgt unentgeltlich.

#### 4. Annexleistungen

Darüber hinaus wird festgestellt, dass zum Umfang und Versorgungsgrad des Vermittlungsdienstes auch die notwendigen Annexleistungen zu zählen sind. Hierunter fallen insbesondere folgende Aspekte:

- Die Nutzbarkeit des Dienstes für gehörlose und hörgeschädigte Endnutzer über SIP sowie unter mindestens folgenden Betriebssystemen:
  - Windows,
  - Mac OS,
  - iOS,
  - Android.
- Erreichbarkeit des Dienstes für hörende Anrufer über das Telefonnetz.
- Die Datenverarbeitung der im Vermittlungsdienst anfallenden Daten entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die verschlüsselte Datenübertragung zwischen gehörlosem bzw. hörgeschädigtem Endnutzer und Vermittlungsdienst.
- Ein entsprechendes System zur Abrechnung der Endnutzerbeiträge, welches zwischen den unterschiedlichen Nutzergruppen (s. o. Teil 1 C I 2.) des Dienstes differenzieren kann.

- Ein System zur Kundenselbstbedienung für die Verwaltung und Einsicht von Stammdaten und Verbindungsdaten zum Vermittlungsdienst (Einzelverbindungs nachweis).
- Ein System zur Bereitstellung von verbindlichen und detaillierten Auswertungen über die Auslastung des Vermittlungsdienstes sowie über Gesprächszeiten und -dauer der Endnutzer.
- Die ausfallsichere technische Gestaltung des Dienstes.
- Die Bereitstellung notwendiger Personalressourcen für den Endnutzersupport.
- Die notwendigen Personal- und Sachmittelressourcen, um eine entsprechende Verwaltung des Dienstes zu gewährleisten.

## II. Versorgungsgrad

Der Versorgungsgrad wird durch das Volumen der im folgenden Vergabezeitraum, nämlich im Jahr 2024 zu erbringenden Leistungen bestimmt (Quantität). Hierzu werden die folgenden Feststellungen getroffen:

### 1. Möglichkeit der Nutzung rund um die Uhr

Im Bereich der **privaten Nutzung** muss der Vermittlungsdienst (Gebärdensprachdolmetschen und Schriftdolmetschen) von **00.00 bis 24.00 Uhr an allen Wochentagen erreichbar** sein. Hierfür müssen stets **mindestens zwei Leitungen**<sup>9</sup> verfügbar sein.

---

<sup>9</sup> Es stehen mindestens zwei Dolmetscherplätze zur Verfügung.

## 2. Kostenlose Grundversorgung

Im Bereich der **privaten Nutzung** ist eine **kostenlose Grundversorgung von 30 Minuten monatlich** zu gewährleisten.

## 3. Vorzuhaltende Dolmetscherkapazitäten

### a) Gebärdensprachdolmetschen:

- **Für die private Nutzung** (inklusive Notrufe)

Der Vermittlungsdienst muss in der Lage sein, mit der erforderlichen Dolmetscherqualität im Jahr 2024 insgesamt 2.880.000 Gesprächsminuten zu dolmetschen. Hierfür wird eine **jährliche Dolmetscherkapazität von 88.712 Stunden** benötigt. Dies bedeutet, dass eine **wöchentliche Dolmetscherkapazität von 1.706 Dolmetscherstunden, hiervon 1538 Dolmetscherstunden in der Kernzeit zwischen 08.00 und 20.00 Uhr bereitzuhalten ist**. Bei der Berechnung wird davon ausgegangen, dass eine Zeitstunde durchschnittlich zu 60% mit Dolmetschertätigkeit ausgelastet ist. Denn eine Zeitstunde darf aufgrund des Pausenanspruchs der Dolmetscher nicht vollständig mit zu dolmetschenden Gesprächen gefüllt werden. Zudem hat das bisherige Telefonverhalten gezeigt, dass die überwiegende Anzahl der Telefonate in der Kernzeit durchgeführt wird. Um das erwartete Telefonaufkommen in diesen Hauptnutzungszeiten bewältigen zu können, müssen die für das Gesprächsaufkommen notwendigen Dolmetscherkapazitäten in den Kernzeiten zur Verfügung gestellt werden (zu den Einzelheiten vgl. Prognose notwendiger Dolmetscherkapazitäten mit weiteren Erläuterungen Anlage 5, 5.1, 5.2 sowie Besetzungsplan, Anlage 6).

Die Bedarfsprognose und –feststellung geht davon aus, dass aktive Kunden den Gebärdensprachdolmetscherdienst **privat durchschnittlich 60 Minuten pro Monat** nutzen (vgl. Anlage 5, 5.1 Erläuterungen Nr. 3).

Die o. g. Bedarfsprognose umfasst auch die **berufliche Nutzung** von Montag bis Donnerstag von 08.00 bis 18.00 Uhr sowie Freitag von 08.00 bis 17.00 Uhr, **die nicht auf einem Arbeitsplatz** i. S. d. § SGB IX i. V. m. § 185 Absatz 2 S. 3 SGB IX stattfindet, s. o. C I 2 c.

- **Für die berufliche Nutzung im Rahmen der Beschäftigung auf einem Arbeitsplatz** i. S. d. § 156 SGB IX i.V. § 185 Absatz 2 S. 3 SGB IX müssen **je Arbeitswoche (Montag bis Donnerstag von 08.00 bis 18.00 Uhr und am Freitag von 8.00 bis 17.00 Uhr) 250 Dolmetscherstunden** mit der erforderlichen Dolmetscherqualität bereitgestellt werden (vgl. Anlage 7).

#### **b) Schriftdolmetschen**

Für die **private sowie berufliche Nutzung** in der erforderlichen Dolmetscherqualität sind im Jahr 2024 insgesamt 384.000 Minuten im Schriftdolmetschen zu bewältigen. Hierfür wird eine jährliche Schriftdolmetscherkapazität von 22.932 Stunden benötigt. Denn es sind **insgesamt 441**

**Schriftdolmetscherstunden je Kalenderwoche, davon 205 Stunden in der Kernzeit (Montag bis Freitag von 08.00 bis 18.00 Uhr) und 236 Stunden in der Nebenzeit (Montag bis Freitag von 00.00 bis 08.00 Uhr und 18 bis 00.00 Uhr sowie Samstag und Sonntag rund um die Uhr) zu gewährleisten.**

Wie im Gebärdensprachdolmetscherdienst wird auch im Schriftdolmetscherdienst davon ausgegangen, dass eine Zeitstunde durchschnittlich zu 60% mit Dolmetschertätigkeit ausgelastet ist, weil diese Zeitstunde aufgrund des Pausenanspruchs der Dolmetscher nicht vollständig mit zu dolmetschenden Gesprächen gefüllt werden darf. Zudem hat das bisherige Telefonverhalten gezeigt, dass die überwiegende Anzahl der Telefonate in der Kernzeit durchgeführt wird. Um das erwartete Telefonaufkommen in diesen Hauptnutzungszeiten bewältigen zu können, müssen die für das Gesprächsaufkommen notwendigen Dolmetscherkapazitäten daher in den Kernzeiten zur

Verfügung gestellt werden (vgl. Anlage 8, 8.1 und 8.2 zu den Dolmetscherkapazitäten mit Erläuterungen).

Anders als für den Gebärdensprachdolmetscherdienst wird der Bedarfsprognose des Schriftdolmetscherdienstes **eine 40-minütige Nutzung pro Monat zu Grunde gelegt**. Dieser Wert fußt auf aktuellen Werten zur Nutzungszeit<sup>10</sup> (zu den Einzelheiten vgl. Prognose notwendiger Dolmetscherkapazitäten Anlage 8 sowie Besetzungsplan, Anlage 9).

### III. Anpassung des Finanzierungsumfangs bei Änderung von Nutzerentwicklung oder Nutzerverhalten

Kommt es zu einer unvorhergesehenen Änderung der Nutzeranzahl oder des Nutzerverhaltens der gehörlosen oder hörgeschädigten Menschen, ist seitens des Leistungserbringers zunächst zu prüfen, ob bestehende Dolmetscherkapazitäten anders verteilt werden könnten (1. Stufe). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass stets rund um die Uhr zwei Leitungen bereitstehen müssen, um eine sichere Verfügbarkeit des Vermittlungsdienstes einschließlich des Notrufs zu gewährleisten. Ist eine geänderte Verteilung der Kapazitäten nicht ausreichend, muss seitens der Bundesnetzagentur eine Erhöhung der Dolmetscherkapazitäten erwogen und ggf. bestimmt werden (2. Stufe).

<sup>10</sup> In der Zeit von Januar bis Mai 2023 lag die monatliche Gesprächszeit im Schriftdolmetschdienst für die private und berufliche Nutzung insgesamt bei Werten zwischen 30 und 35 Minuten, siehe Erläuterungen in Anlage 8.1.

Bei einer Änderung der Stufe 2, die eine Erhöhung des Finanzierungsumfangs erfordert, sind durch die Bundesnetzagentur die entsprechenden Beteiligungsrechte der betroffenen Unternehmen und Verbände zu wahren (§ 51 Abs. 4 S. 2 TKG).

#### IV. Prognose der Gesamtkosten für das Jahr 2024

Aufgrund der Untersuchung des Nutzerverhaltens und des prognostizierten und festgestellten Umfangs und Versorgungsgrades ist für **das Jahr 2024** von **Gesamtkosten in Höhe von ca. 11.053.400,00 Euro** auszugehen. Es handelt sich dabei um die Nettokosten des Dienstes.

#### V. Befristung

Die von der Bundesnetzagentur getroffenen Feststellungen gelten vom 01.01. bis 31.12.2024.

#### VI. Widerrufsvorbehalt

Der Widerruf einzelner Teile der getroffenen Feststellungen und der auferlegten Verpflichtungen bleibt vorbehalten.

#### VII. Bekanntgabe

Die Verfügung gilt abweichend von § 210 Satz 3 TKG gemäß § 210 Satz 4 in Verbindung mit § 41 Absatz 4 Satz 4 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) am 21.12.2023 als bekanntgegeben.

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn oder bei einer sonstigen Dienststelle der Bundesnetzagentur einzulegen.

Der Widerspruch hat gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 3 VwGO in Verbindung mit § 217 Abs. 1 TKG keine aufschiebende Wirkung.

**Hinweis:**

Für ein ganz oder teilweises Widerspruchsverfahren werden gemäß § 226 TKG grundsätzlich Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben.

## **Teil 2: Vorbereitung der Ermittlung einer etwaigen Bereitstellung durch die Unternehmen (§ 51 Abs. 4 S. 1, 3 Hs. 1 TKG)**

### **A) Mögliche Konsequenzen des § 51 Abs. 4 TKG**

Gemäß § 51 Abs. 4 S. 1 TKG sind alle Anbieter öffentlich zugänglicher Telefondienste verpflichtet, „Vermittlungsdienste“ bereitzustellen. Laut Gesetzesbegründung ist damit jeder Anbieter verpflichtet, einen *eigenen* Vermittlungsdienst bereitzustellen.<sup>29</sup> Nur „soweit“ die Unternehmen keinen eigenen Vermittlungsdienst bereitstellen, beauftragt die Bundesnetzagentur einen Leistungserbringer mit der Bereitstellung eines Vermittlungsdienstes.<sup>30</sup> Bei Beauftragung eines Leistungserbringers erfolgt die Finanzierung des Vermittlungsdienstes über die Erhebung einer Sonderabgabe gegenüber denjenigen Anbietern öffentlich zugänglicher Telefondienste, die keinen eigenen Vermittlungsdienst erbringen.<sup>31</sup>

Nach § 51 Absatz 4 Satz 6 TKG werden die betroffenen Unternehmen, die Sprachkommunikationsdienste anbieten, anteilig zur Finanzierung des Vermittlungsdienstes per Kostenbescheid verpflichtet<sup>32</sup>. Der jeweils von einem Unternehmen zu tragende Anteil bemisst sich danach, welchen Anteil das jeweilige Unternehmen am Gesamtvolumen der von allen Unternehmen erbrachten Sprachkommunikationsdiensten hat, § 51 Abs. 4 Satz 6 TKG. Ein von der Bundesnetzagentur beauftragter Leistungserbringer wird seine Kosten bei der Bundesnetzagentur geltend machen. Da davon auszugehen ist, dass ein solcher Leistungserbringer privatrechtlich organisiert ist und damit den Regelungen des UStG unterfällt, wird dieser seine Nettokosten zuzüglich der Umsatzsteuer<sup>33</sup> gegenüber der Bundesnetzagentur geltend machen müssen. Somit werden die betroffenen Anbieter von Sprachkommunikationsdiensten bei

<sup>29</sup> Vgl. BT-Drs. 16/12405, S. 13 zu § 45 Abs. 3 TKG a. F.

<sup>30</sup> § 51 Abs. 4 S. 3 TKG.

<sup>31</sup> § 51 Abs. 4 S. 5 ff. TKG; vgl. BT-Drs. 16/12405, S. 14 zu § 45 Abs. 3 TKG a. F.

<sup>32</sup> Unternehmen, die weniger als 0,5% des Gesamtvolumens der abgehenden Verbindungen im Bereich der Sprachkommunikation erbringen, sind von der Zahlungspflicht befreit, § 51 Absatz 4 Satz 7.

<sup>33</sup> Vgl. § 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG.

dem von der Bundesnetzagentur zu erlassenen Kostenbescheid von den Vorteilen des Vorsteuerabzugs<sup>34</sup> nicht profitieren können.

**B) Mögliche Ausgestaltung der Bereitstellung eines Vermittlungsdienstes durch die Unternehmen (§ 51 Abs. 4 S. 1 TKG)**

Nach der Gesetzesbegründung ist jeder Anbieter von Sprachkommunikationsdiensten „grundsätzlich“ verpflichtet, einen „eigenen“ Vermittlungsdienst bereitzustellen<sup>35</sup>. Nach Einschätzung der Bundesnetzagentur entspräche es jedoch auch dem Sinn und Zweck der Regelung in § 51 Abs. 4 TKG, wenn der jeweilige Anbieter von Sprachkommunikationsdiensten gegenüber der Bundesnetzagentur nachweist, dass er direkt mit einem Drittanbieter für Vermittlungsdienste eine vertragliche Vereinbarung zur Erbringung dieses Dienstes geschlossen hat. Ferner entspricht es dem Sinn und Zweck des § 51 Abs. 4 TKG, wenn eine Gruppe oder alle Anbieter von Sprachkommunikationsdiensten gemeinsam vereinbaren, einen Drittanbieter auf privatrechtlicher Basis vertraglich mit der Erbringung des Vermittlungsdienstes zu beauftragen. Gerade eine umfassende Branchenlösung entspräche der bereits seit 2007 von der Bundesnetzagentur verfolgten Zielsetzung zu dieser Thematik.

Die Bundesnetzagentur erklärt sich bereit, einen etwaigen Selbstorganisationsprozess der Telekommunikationsbranche bzw. die Verlängerung bestehender privatrechtlicher Vereinbarungen aktiv zu begleiten. Gleichzeitig ist jedoch zu gewährleisten, dass beim Scheitern einer Eigenrealisierung durch die betroffenen Unternehmen seitens der Bundesnetzagentur zeitnah ein Leistungserbringer beauftragt und die entsprechenden Kostenbescheide erlassen werden müssen. Aufgrund dieser Ausgangslage wird bereits jetzt darauf hingewiesen, dass eine entsprechende detaillierte und verbindliche Erklärung einer Eigenrealisierung des Vermittlungsdienstes nach § 51 Absatz 4 Satz. 1 TKG spätestens bis zum

**28.12.2023**

bei der Bundesnetzagentur vorliegen muss.

<sup>34</sup> Vgl. § 15 Abs. 1 Nr. 1 UStG.

<sup>35</sup> Vgl. BT-Drs. 16/12405, S. 13 zu § 45 TKG a. F.

Gerade aufgrund dieser notwendigen Fristsetzung soll im Folgenden den betroffenen Unternehmen bereits jetzt eine erste, allerdings noch nicht abschließende Einschätzung der Bundesnetzagentur bzgl. der inhaltlich abzudeckenden Aspekte dargestellt werden:

- Vertragliche Vereinbarung zwischen Anbieter öffentlich zugänglicher Telefondienste und einem etwaigen Drittanbieter
  - Drittanbieter verpflichtet sich vertraglich zur Sicherstellung eines Vermittlungsdienstes nach dem durch die Bundesnetzagentur gem. § 51 Abs. 4 S. 2 TKG festgestellten Bedarf.
  - Zuverlässigkeit, Leistungsfähigkeit und Fachkunde eines etwaigen Drittanbieters werden nachgewiesen.
- Erklärung bzgl. der Eigenerbringung gegenüber der Bundesnetzagentur (§ 51 Abs. 4 S. 1 TKG)
- Gemeinsame Vereinbarung von allen bzw. mehreren Anbietern öffentlich zugänglicher Telefondienste
  - Der Kostenverteilungsschlüssel bei einer gemeinsamen Vereinbarung zwischen mehreren oder allen betroffenen Anbietern öffentlich zugänglicher Telefondienste sollte sich an dem in § 51 Abs. 4 S. 6 TKG gewählten Kriterium „abgehende Verbindungen“ orientieren. Da es sich bei diesem Kriterium für das jeweilige Unternehmen um ein Betriebs- und Geschäftsgeheimnis handelt, erklärt sich die Bundesnetzagentur bereit, hier als „neutraler Mittler“ die Umrechnung der unternehmensindividuellen Verbindungsminuten in den unternehmensindividuellen Beitrag zu übernehmen.
  - Die in § 51 Abs. 4 S. 7 TKG vorgesehene Bagatellgrenze von 0,5 % des Gesamtvolumens sollte Berücksichtigung finden.

- 21 -

Sollte seitens der betroffenen Anbieter öffentlich zugänglicher Telefondienste oder der sie vertretenden Fachverbände der o. g. Prozess erwogen und die aktive Begleitung der Bundesnetzagentur gewünscht werden, wird um möglichst kurzfristige Mitteilung an folgende E-Mail-Adresse gebeten:

[vermittlungsdienst@bnetza.de](mailto:vermittlungsdienst@bnetza.de)

Seitens der Bundesnetzagentur wird daraufhin eine zeitnahe Kontaktaufnahme erfolgen.

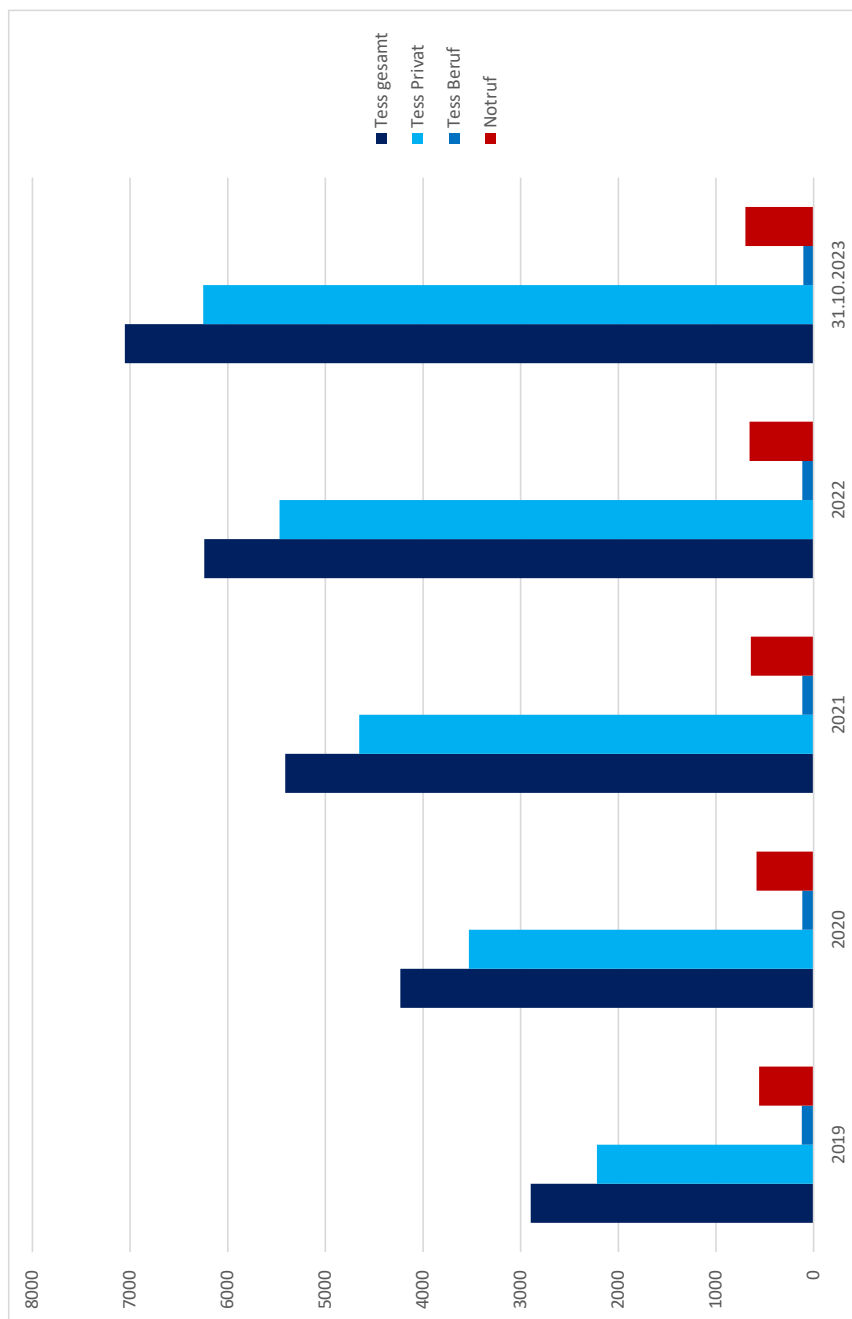
521d



Entwicklung der Kundenzahlen von 2019 bis 31.10.2023

Anlage 1

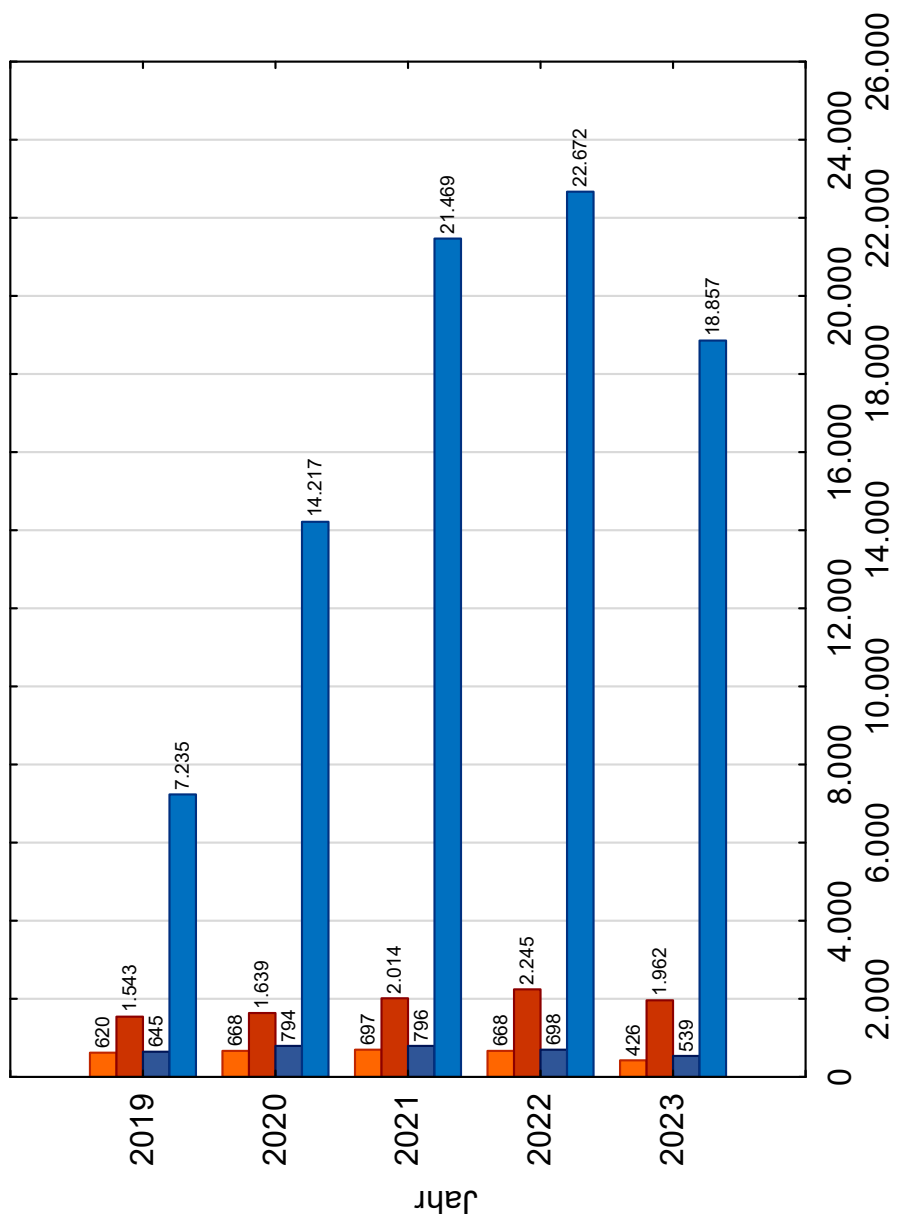
	2019	2020	2021	2022	31.10.2023
Tess gesamt	2896	4231	5412	6241	7053
Tess Privat	2218	3531	4654	5469	6250
Tess Beruf	120	115	115	115	105
Notruf	558	585	643	657	698





## Tess - Relay-Dienste GmbH

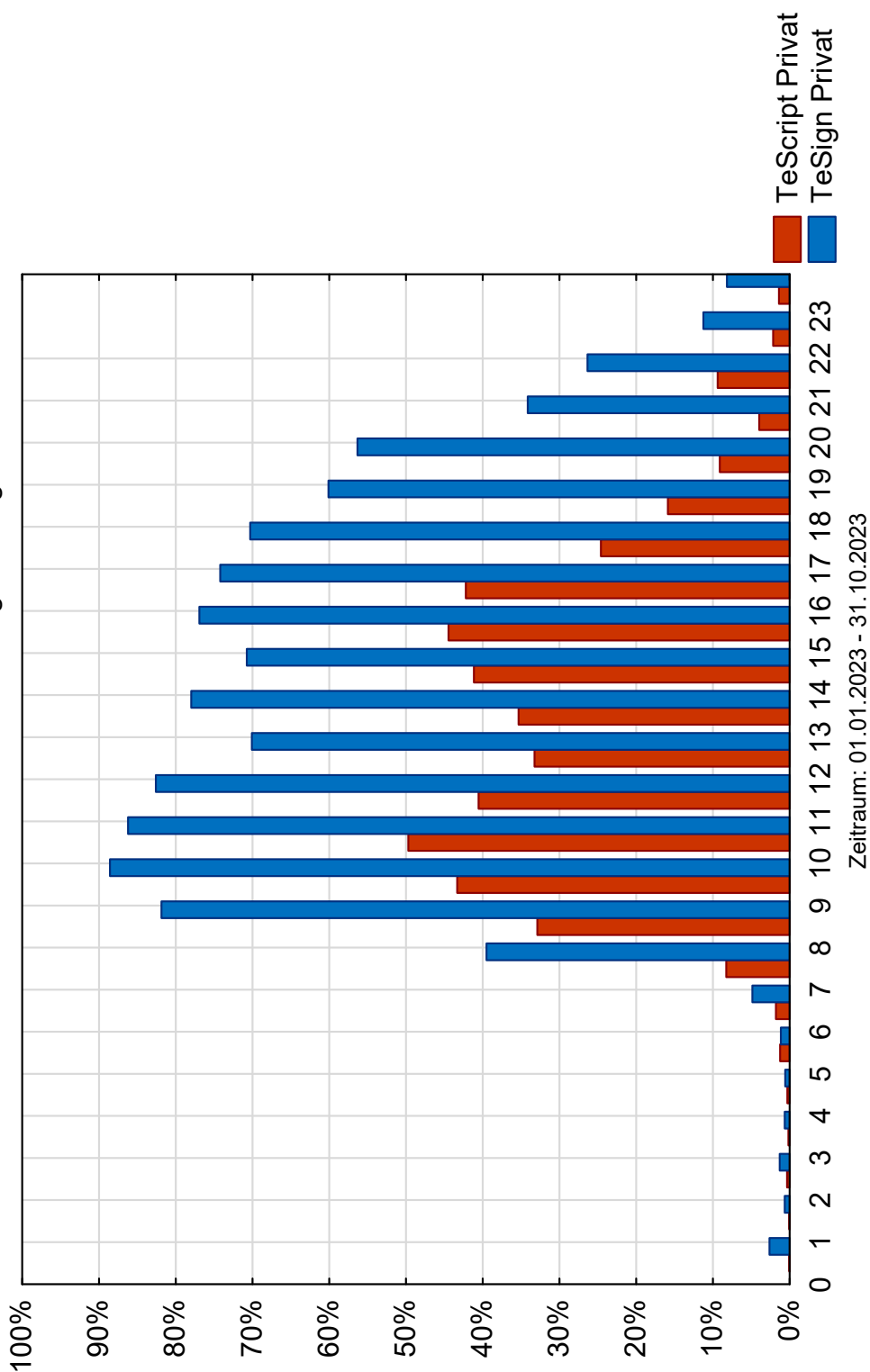
Gesprächszeiten gesamt in Stunden





## Tess - Relay-Dienste GmbH

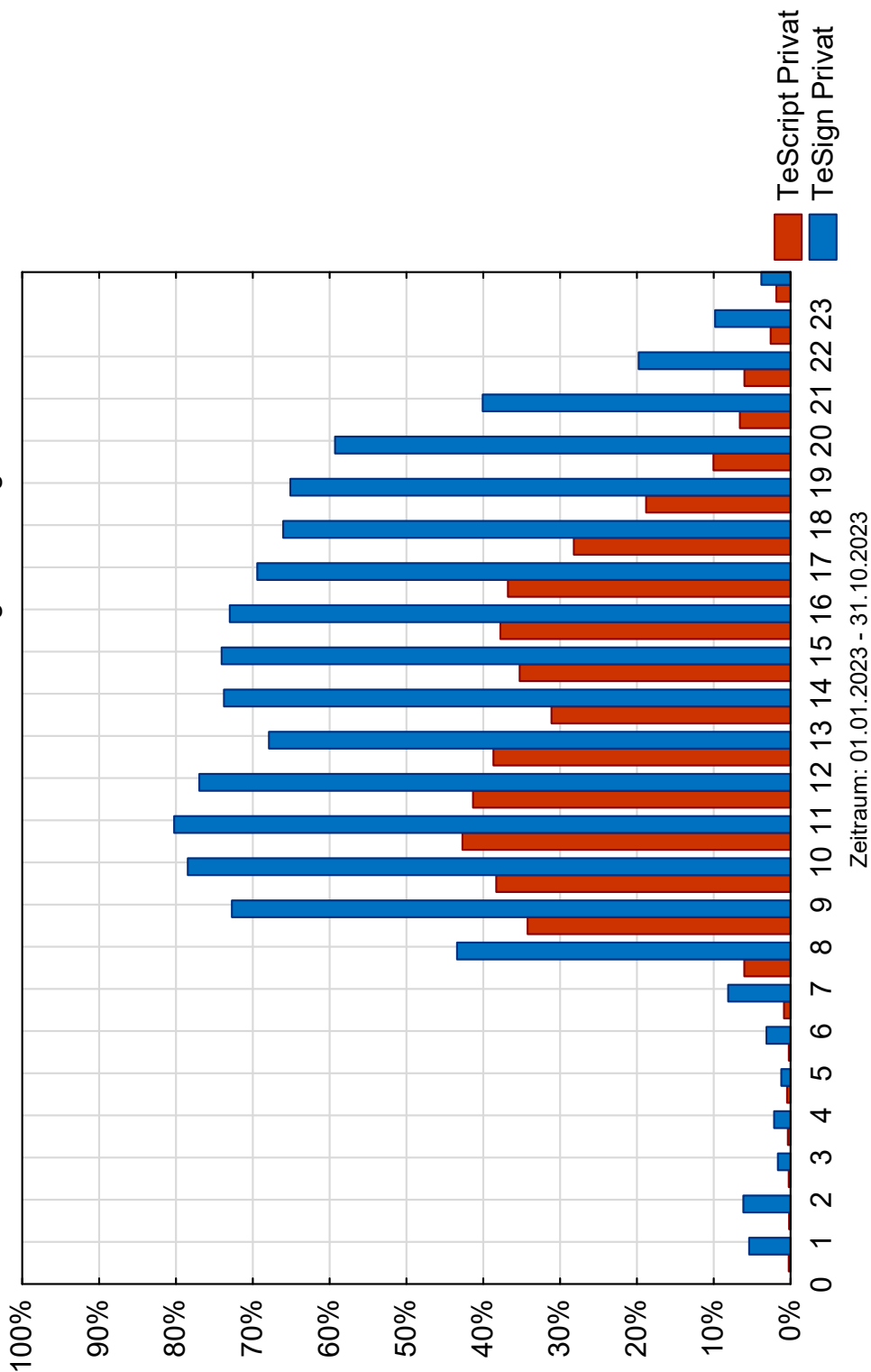
Dolmetscherauslastung: Montag





# Tess - Relay-Dienste GmbH

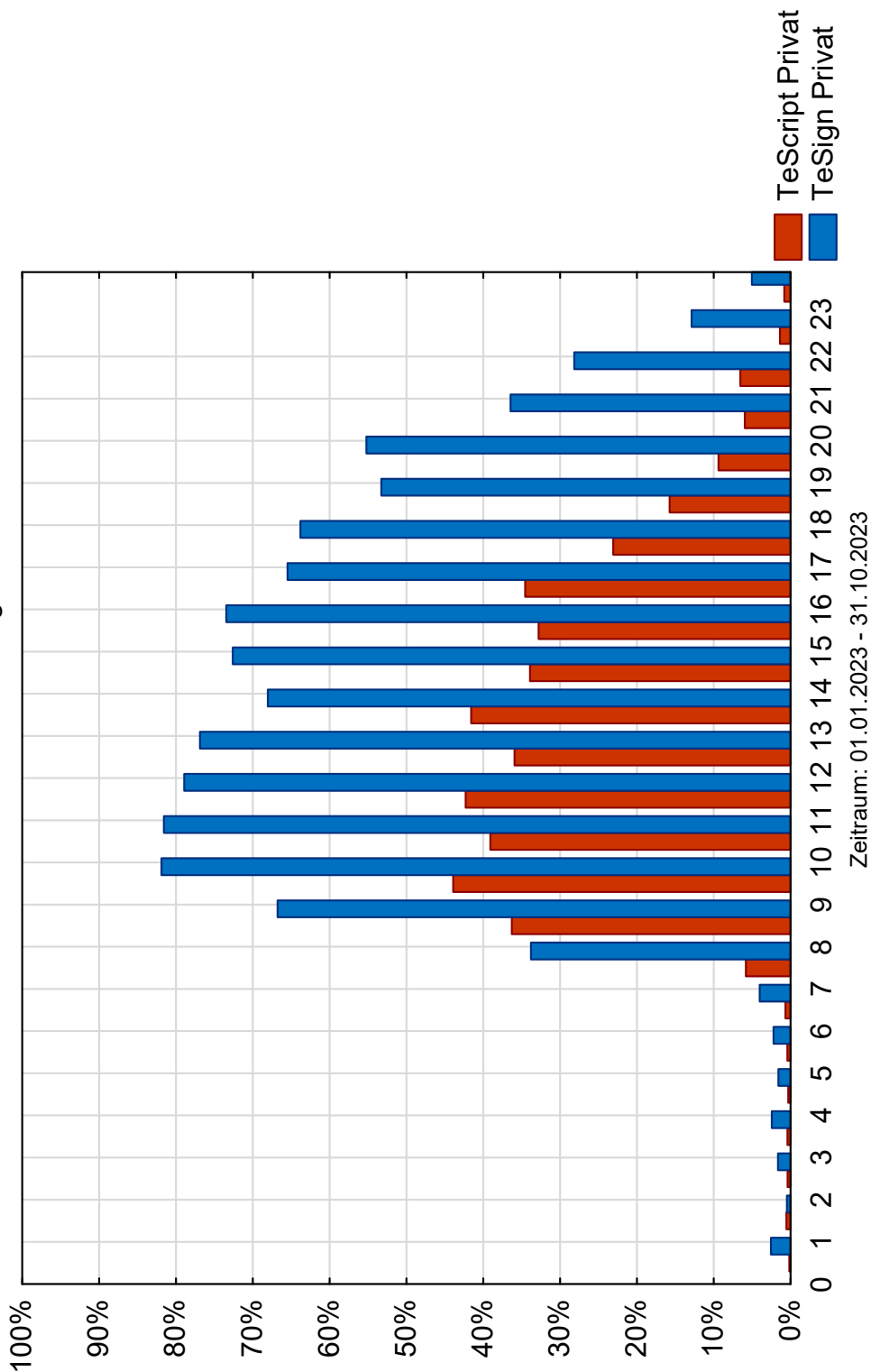
Dolmetscherauslastung: Dienstag





## Tess - Relay-Dienste GmbH

Dolmetscherauslastung: Mittwoch

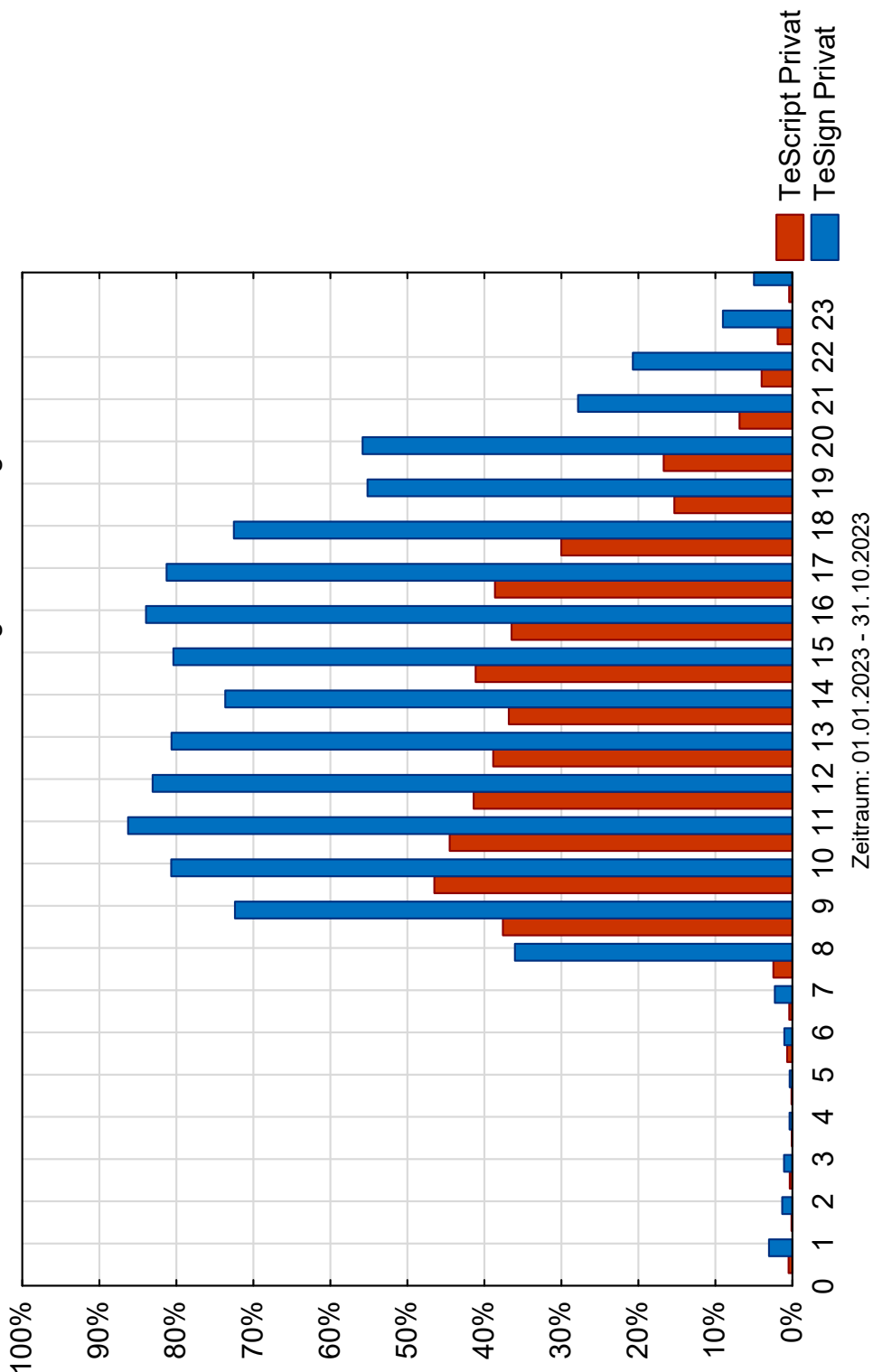


Anlage 3 - Do



# Tess - Relay-Dienste GmbH

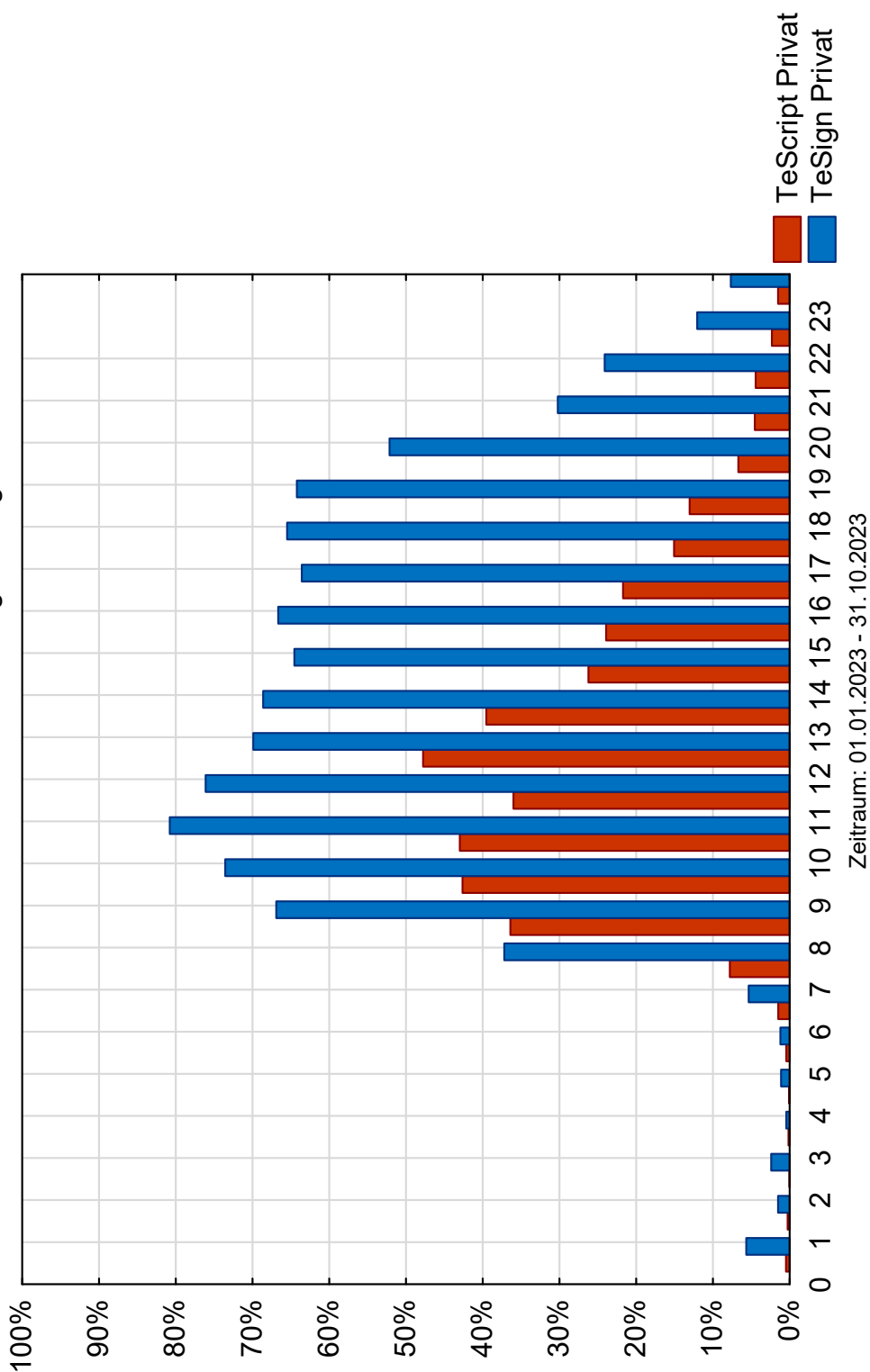
Dolmetscherauslastung: Donnerstag





## Tess - Relay-Dienste GmbH

Dolmetscherauslastung: Freitag

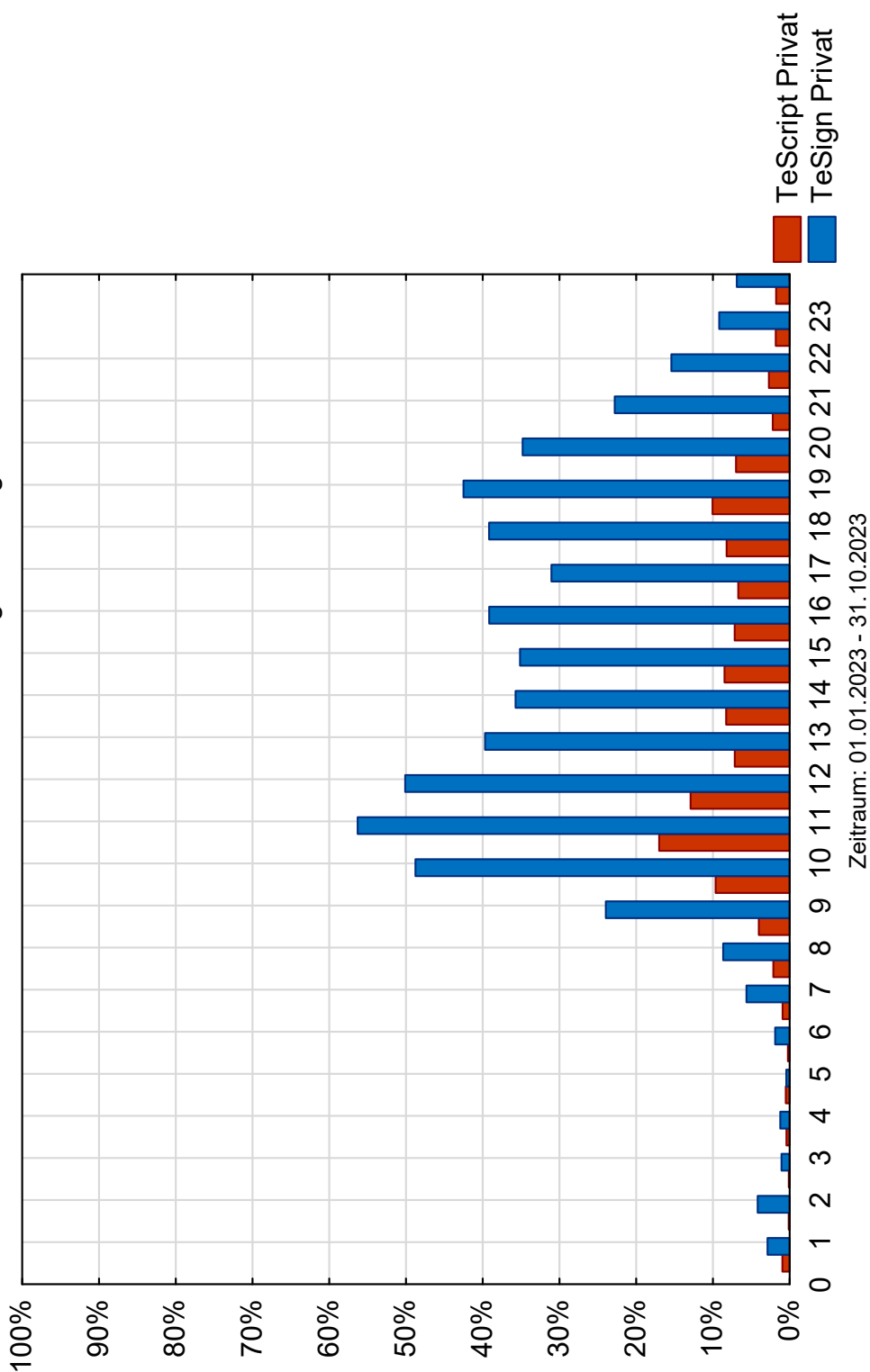


Anlage 3 - Sa



## Tess - Relay-Dienste GmbH

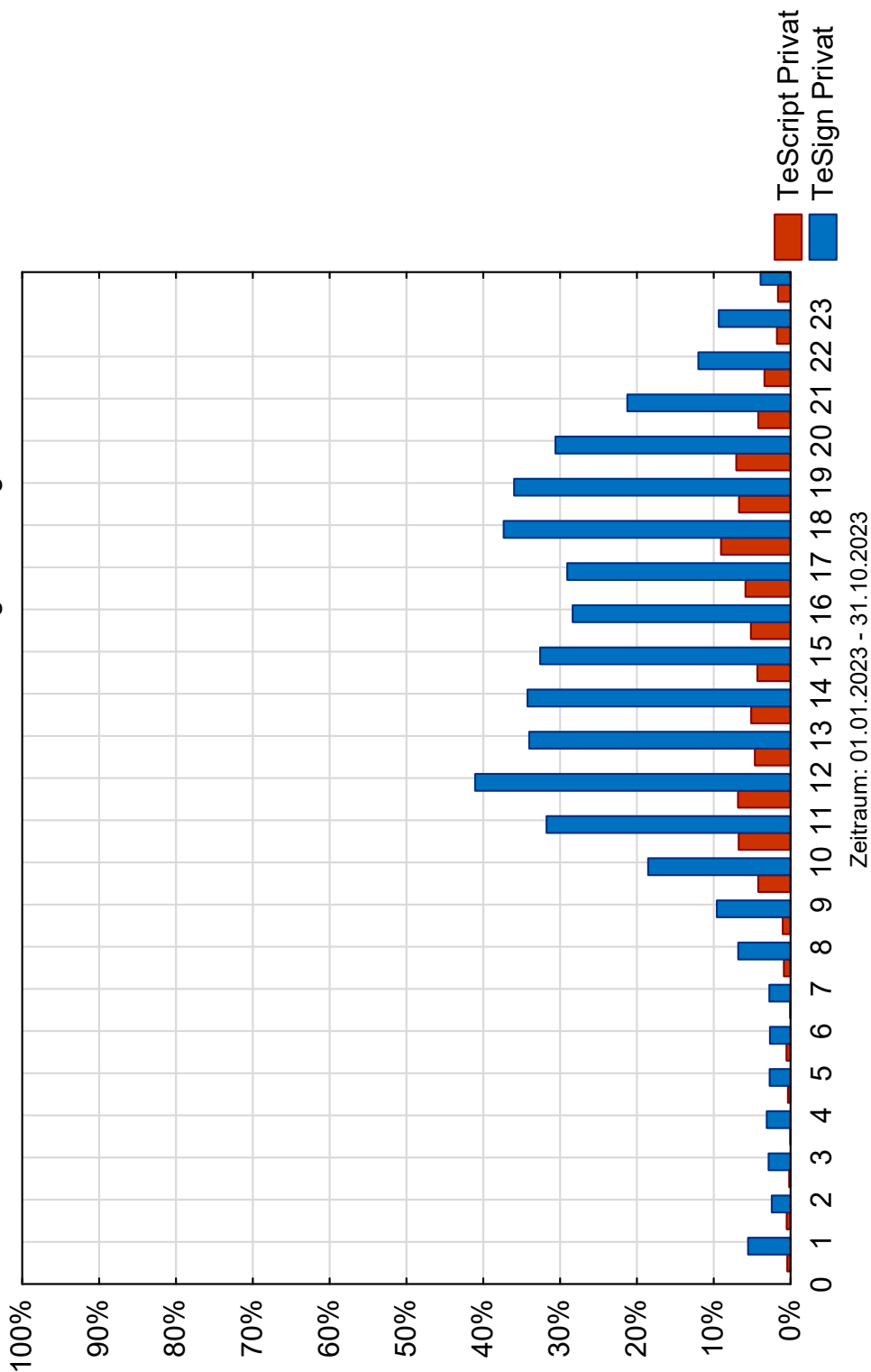
Dolmetscherauslastung: Samstag





## Tess - Relay-Dienste GmbH

Dolmetscherauslastung: Sonntag

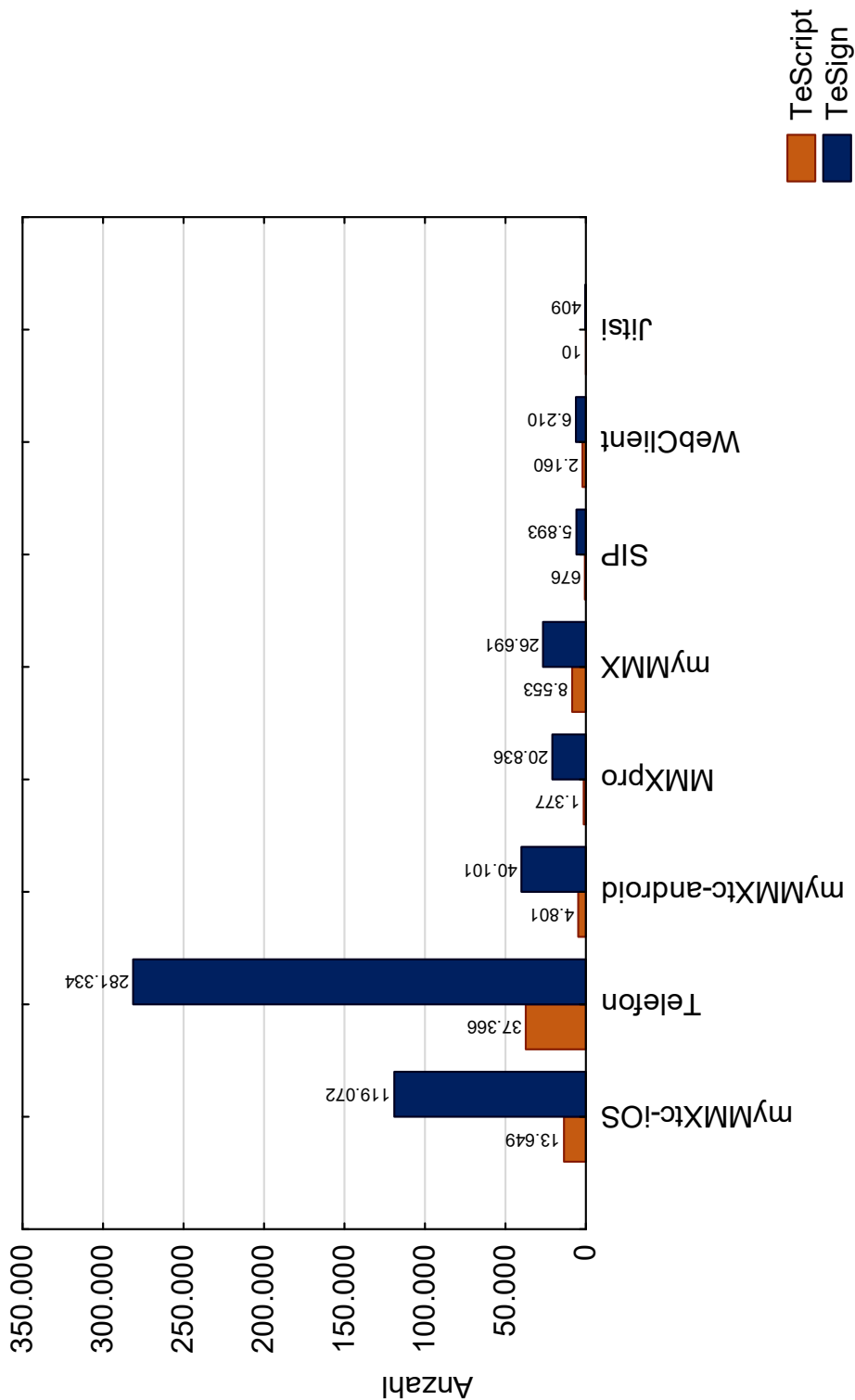


Anlage 4



# Tess - Relay-Dienste GmbH

Anzahl Gespräche pro Gesprächstyp



Zeitraum: 01.01.2023 - 31.10.2023

	2023	2023	2024
	Startwerte	Prognose	Prognose
		Grundversorgung 30 Min/Monat/ pro aktivem Kunden	Grundversorgung 30 Min/Monat/ pro aktivem Kunden
		Min/Monat/pro aktivem Kunden	Min/Monat/pro aktivem Kunden
1.1 Kundenzahl gesamt (incl. Notrufrufen) Entwicklung Notrufrufen: 2023: 650 2024: 700 2026: 800	6.250	7.450	8.700
1.2 Kundenzahl gesamt (ohne Notrufrufen) jährlich angenommener Kundenzuwachs: 100 Kunden monatlich	5.600	6.800	8.000
2 Aktive Kunden 50 %		3.400	4.000
3 Jährliche Gesprächszeit pro aktivem Kunden Kostenl. Grundversorgung: 30Min/Monat 60 Min/Monat		360	720
4 Gesprächsminuten gesamt/Jahr		1.224.000	2.880.000
5 Auslastung pro Dolmetscherstunde		60%	60%
6 Wöchentliche Dolmetscherkapazitäten "Kernzeit"/Stunden		654	769
7 Wöchentliche Dolmetscherkapazitäten "Nebenzzeit"/Stunden		168	168
8 Wöchentliche Dolmetscherkapazitäten gesamt/Stunden		822	937
9 Jährliche Dolmetscherkapazitäten/ Stunden		42.744	48.724
		76.752	88.712

## Anlage 5.1

Tess - Relay-Dienste - Dienst TeSign Privat  
Prognose erforderlicher Dolmetscherkapazitäten für 2023 - 2024  
Nur Grundversorgung (30 Minuten/Monat) / 60 Minuten Gesprächszeit monatlich pro aktivem Kunden



### Erläuterungen:

- 1.1 Die Prognose der Kundenentwicklung bezieht sich auf Nutzer der privaten Dolmetschdienste sowie auf Notrufrkunden. Nicht einbezogen in der Prognose sind Kunden der beruflichen Dolmetschdienste TeSign und TeScript. Die vermutete Entwicklung der Notrufrkunden pro Jahr kann der Spalte entnommen werden.
- 1.2 Notrufrkunden nutzen den Dienst nicht regelmäßig und werden daher bei der Ermittlung der notwendigen Dolmetscherkapazitäten bei den Berechnungen nicht berücksichtigt. Deshalb wird unter 1.2 die Kundenzahl ohne Notrufrkunden angegeben. Die vermutete Entwicklung der Kundenzahlen pro Jahr kann der Spalte zwei entnommen werden.
- 2 Nicht alle angemeldeten Kunden nutzen die Dolmetschdienste regelmäßig. Im Jahr 2020 haben durchschnittlich 49 % der Kunden den Dienst TeSign Privat aktiv genutzt. Dieser Wert stieg 2021 auf 50 % an, liegt im Jahresdurchschnitt 2023 (Stand Oktober 2023) bei dem gleichen Wert und wird auch für das Jahr 2024 angenommen. In der Prognose der aktiven Kunden werden ausschließlich Nutzer des Dolmetschdienstes TeSign Privat berücksichtigt.
- 3 In dieser Prognose sind zwei Szenarien berücksichtigt.
  1. Kostenlose Grundversorgung: aktive Kunden telefonieren 30 Minuten monatlich. Dieses Szenario stellt die für eine Abdeckung der kostenlosen Grundversorgung notwendigen Dolmetscherkapazitäten dar. (Mindestversorgung)
  2. Aktive Kunden telefonieren über die kostenlose Grundversorgung hinaus. Hier wird davon ausgegangen, dass jeder aktive Kunde im Jahresdurchschnitt 720 Minuten über den Dolmetschdienst TeSign Privat telefonieren wird. Die monatliche Gesprächszeit von 60 Minuten pro aktivem Kunden wurde aufgrund der aktuellen Entwicklung dieses Wertes ermittelt. In der Zeit von Januar bis Oktober 2023 lag die monatliche Gesprächszeit pro aktivem Kunden bei durchschnittlich 50 Minuten (Maximalversorgung). Es wird davon ausgegangen, dass sich dieser Wert im Jahr 2024 auf 60 Minuten pro aktivem Kunden steigern wird.
- 4 Aus der Anzahl der prognostizierten aktiven Kunden sowie des jährlichen Gesprächsbedarf pro aktivem Kunden werden die zu erwartenden Gesprächsminuten im Dolmetschdienst TeSign Privat für das jeweilige Jahr ermittelt.
- 5, 6 Die notwendigen **wöchentlichen** Dolmetscherkapazitäten errechnen sich aus den prognostizierten jährlichen Gesprächsminuten (4) sowie der angenommenen durchschnittlichen prozentualen Auslastung des Dolmetschdienstes (5). Ab 2023 wird davon ausgegangen, dass die für die Abdeckung der jährlichen Gesprächsminuten (4) erforderlichen Dolmetscherkapazitäten mit einem Wert von 60 % pro Stunde ausgelastet sind. Bei diesem Wert findet u.a. der Pausenanspruch der Dolmetscher Berücksichtigung: Pro Stunde haben Dolmetscher einen Pausenanspruch von 20 Minuten. Eine Dolmetscherstunde kann also mit maximal 66,66 % oder 40 Minuten ausgelastet werden. Das bisherige Telefonverhalten der Kunden hat gezeigt, dass die überwiegende Anzahl der Telefonate in der Zeit von 08 - 18 Uhr durchgeführt wird. Die Auslastung des Dolmetschdienstes und demzufolge die Telefonate sind am Wochenende nach wie vor erheblich geringer. Es ist jedoch zu beobachten, dass die Anzahl der Gespräche und damit die Auslastung an den Wochenenden ansteigt. Um das erwartete Telefonaufkommen in den Hauptnutzungszeiten bewältigen zu können, sollen die ermittelten notwendigen Dolmetscherkapazitäten zu sogenannten "Kernzeiten" zur Verfügung gestellt werden. Ab 2023 wird diese Kernzeit auf den Zeitraum Montag - Sonntag von 08 - 20 Uhr festgelegt. Berücksichtigt werden alle in dieser Zeit bereitgestellten Dolmetscherkapazitäten.
- 7 Zusätzlich zu den in den Kernzeiten benötigten Dolmetscherstunden müssen in der Zeit von 20 - 08 Uhr weitere Dolmetscherkapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Bei der Ermittlung der Kapazitäten wird berücksichtigt, dass mit dem Beginn eines 24/7 Dienstes eine grundsätzliche 2-teilige Besetzung der Dolmetschdienste zu allen Zeiten vorgenommen werden soll.

02.11.2023



Anlage 5.2

Tess - Relay-Dienste - Dienst TeSign Privat  
Prognose erforderlicher Dolmetscherkapazitäten für 2023 - 2024  
Nur Grundversorgung (30 Minuten/Monat) / 60 Minuten Gesprächszeit monatlich pro aktivem Kunden



Ermittlung erforderliche Dolmetscherkapazitäten für "Nebenzeiten" pro Woche:

Tag	Zeitraum	Leitungen	Stunden	Summe	Tag	Summe
Montag - Freitag:	20 - 00		2	4	8	5
Montag - Freitag:	00 - 08		2	8	16	5
Samstag - Sonntag:	20 - 00		2	4	8	2
Samstag - Sonntag:	00 - 08		2	8	16	2
					Gesamt:	168

8, 9 Die Dolmetscherkapazitäten werden wie folgt prognostiziert:

Nur kostenlose Grundversorgung (30 Minuten monatlich pro aktivem Kunden)					
Jahr	Kernzeitstd.	Nebenzeitstd.	ges. Woche	ges. Jahr	
2023	654	168	822	42.744	
2024	769	168	937	48.724	

60 Minuten Gesprächszeit monatlich pro aktivem Kunden					
Jahr	Kernzeitstd.	Nebenzeitstd.	ges. Woche	ges. Jahr	
2023	1.308	168	1.476	76.752	
2024	1.538	168	1.706	88.712	



Tess - Relay-Dienste - Dolmetschdienst TeSign Privat - Besetzungsplan ab 01.01.2024

Anlage 6 - Mo

Montag	0-1	1-2	2-3	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8	8-9	9-10	10-11	11-12	12-13	13-14	14-15	15-16	16-17	17-18	18-19	19-20	20-21	21-22	22-23	23-0	Std.
1. Leitung																									24
2. Leitung																									24
3. Leitung																									12
4. Leitung																									12
5. Leitung																									12
6. Leitung																									12
7. Leitung																									12
8. Leitung																									12
9. Leitung																									12
10. Leitung																									12
11. Leitung																									12
12. Leitung																									12
13. Leitung																									10
14. Leitung																									10
15. Leitung																									10
16. Leitung																									10
17. Leitung																									10
18. Leitung																									10
19. Leitung																									10
20. Leitung																									10
21. Leitung																									10
22. Leitung																									10
23. Leitung																									10
24. Leitung																									10
25. Leitung																									10
26. Leitung																									8
27. Leitung																									8
28. Leitung																									8
29. Leitung																									8
30. Leitung																									8

338 gesamt

02.11.2023



Tess - Relay-Dienste - Dolmetschdienst TeSign Privat - Besetzungsplan ab 01.01.2024

Anlage 6 - Di

Dienstag	0-1	1-2	2-3	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8	8-9	9-10	10-11	11-12	12-13	13-14	14-15	15-16	16-17	17-18	18-19	19-20	20-21	21-22	22-23	23-0	Std.
1. Leitung																									24
2. Leitung																									24
3. Leitung																									12
4. Leitung																									12
5. Leitung																									12
6. Leitung																									12
7. Leitung																									12
8. Leitung																									12
9. Leitung																									12
10. Leitung																									12
11. Leitung																									12
12. Leitung																									12
13. Leitung																									10
14. Leitung																									10
15. Leitung																									10
16. Leitung																									10
17. Leitung																									10
18. Leitung																									10
19. Leitung																									10
20. Leitung																									10
21. Leitung																									10
22. Leitung																									10
23. Leitung																									7
24. Leitung																									7
25. Leitung																									7
26. Leitung																									7
27. Leitung																									5
28. Leitung																									5

306 gesamt

02.11.2023



Tess - Relay-Dienste - Dolmetschdienst TeSign Privat - Besetzungsplan ab 01.01.2024

Anlage 6 - Mi

Mittwoch	0-1	1-2	2-3	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8	8-9	9-10	10-11	11-12	12-13	13-14	14-15	15-16	16-17	17-18	18-19	19-20	20-21	21-22	22-23	23-0	Std.
1. Leitung																									24
2. Leitung																									24
3. Leitung																									12
4. Leitung																									12
5. Leitung																									12
6. Leitung																									12
7. Leitung																									12
8. Leitung																									12
9. Leitung																									12
10. Leitung																									12
11. Leitung																									12
12. Leitung																									12
13. Leitung																									10
14. Leitung																									10
15. Leitung																									10
16. Leitung																									10
17. Leitung																									10
18. Leitung																									10
19. Leitung																									10
20. Leitung																									10
21. Leitung																									10
22. Leitung																									10
23. Leitung																									10
24. Leitung																									10
25. Leitung																									6
26. Leitung																									6
27. Leitung																									6
28. Leitung																									6

312 gesamt

02.11.2023



Anlage 6 - Do

Tess - Relay-Dienste - Dolmetschdienst TeSign Privat - Besetzungsplan ab 01.01.2024



Donnerstag	0-1	1-2	2-3	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8	8-9	9-10	10-11	11-12	12-13	13-14	14-15	15-16	16-17	17-18	18-19	19-20	20-21	21-22	22-23	23-0	Std.
1. Leitung																									24
2. Leitung																									24
3. Leitung																									12
4. Leitung																									12
5. Leitung																									12
6. Leitung																									12
7. Leitung																									12
8. Leitung																									12
9. Leitung																									12
10. Leitung																									12
11. Leitung																									12
12. Leitung																									12
13. Leitung																									10
14. Leitung																									10
15. Leitung																									10
16. Leitung																									10
17. Leitung																									10
18. Leitung																									10
19. Leitung																									10
20. Leitung																									10
21. Leitung																									10
22. Leitung																									10
23. Leitung																									10
24. Leitung																									10
25. Leitung																									10
26. Leitung																									10
27. Leitung																									10
28. Leitung																									7
29. Leitung																									7

332 gesamt

02.11.2023



Tess - Relay-Dienste - Dolmetschdienst TeSign Privat - Besetzungsplan ab 01.01.2024

Anlage 6 - Fr

Freitag	0-1	1-2	2-3	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8	8-9	9-10	10-11	11-12	12-13	13-14	14-15	15-16	16-17	17-18	18-19	19-20	20-21	21-22	22-23	23-0	Std.
1. Leitung																									24
2. Leitung																									24
3. Leitung																									12
4. Leitung																									12
5. Leitung																									12
6. Leitung																									12
7. Leitung																									12
8. Leitung																									12
9. Leitung																									12
10. Leitung																									12
11. Leitung																									12
12. Leitung																									12
13. Leitung																									10
14. Leitung																									10
15. Leitung																									10
16. Leitung																									10
17. Leitung																									10
18. Leitung																									10
19. Leitung																									10
20. Leitung																									10
21. Leitung																									7
22. Leitung																									7
23. Leitung																									7
24. Leitung																									7
25. Leitung																									5
26. Leitung																									5

286 gesamt

02.11.2023



Anlage 6 - Sa-So

Tess - Relay-Dienste - Dolmetschdienst TeSign Privat - Besetzungsplan ab 01.01.2024



	0-1	1-2	2-3	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8	8-9	9-10	10-11	11-12	12-13	13-14	14-15	15-16	16-17	17-18	18-19	19-20	20-21	21-22	22-23	23-0	Std.
1. Leitung																									24
2. Leitung																									24
3. Leitung																									10
4. Leitung																									9
5. Leitung																									6
6. Leitung																									5

78 gesamt

	0-1	1-2	2-3	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8	8-9	9-10	10-11	11-12	12-13	13-14	14-15	15-16	16-17	17-18	18-19	19-20	20-21	21-22	22-23	23-0	Std.
1. Leitung																									24
2. Leitung																									24
3. Leitung																									6
4. Leitung																									
5. Leitung																									
9. Leitung																									

54 gesamt

Stunden pro Woche gesamt: 1706

02.11.2023

Tess - Relay-Dienste - Besetzung beruflicher Dienst Stand 01.01.2024

Anlage 7 - Mo-Mi

Montag	8-8.30	8.30-9	9-10	10-11	11-12	12-12.30	12.30-13	13-13.30	13.30-14	14-15	15-15.30	15.30-16	16-17	17-18	Std.
1. Leitung															9
2. Leitung															8
3. Leitung															4,5
4. Leitung															4
5. Leitung															8
6. Leitung															5,5
7. Leitung															5
8. Leitung															5
9. Leitung															6
															55
Dienstag	8-8.30	8.30-9	9-10	10-11	11-12	12-12.30	12.30-13	13-13.30	13.30-14	14-15	15-15.30	15.30-16	16-17	17-18	
1. Leitung															9
2. Leitung															8
3. Leitung															4,5
4. Leitung															4
5. Leitung															8
6. Leitung															5,5
7. Leitung															5
8. Leitung															5
9. Leitung															6
															55
Mittwoch	8-8.30	8.30-9	9-10	10-11	11-12	12-12.30	12.30-13	13-13.30	13.30-14	14-15	15-15.30	15.30-16	16-17	17-18	
1. Leitung															9
2. Leitung															8
3. Leitung															4,5
4. Leitung															4
5. Leitung															8
6. Leitung															5,5
7. Leitung															5
8. Leitung															5
															49

02.11.2023



Anlage 7 - Do-Fr  
Tess - Relay-Dienste - Besetzung beruflicher Dienst Stand 01.01.2024

Donnerstag	8-8.30	8.30-9	9-10	10-11	11-12	12-12.30	12.30-13	13-13.30	13.30-14	14-15	15-15.30	15.30-16	16-17	17-18	Std.
1. Leitung															9
2. Leitung															8
3. Leitung															4,5
4. Leitung															4
5. Leitung															8
6. Leitung															5,5
7. Leitung															5
8. Leitung															5
															49
Freitag	8-8.30	8.30-9	9-10	10-11	11-12	12-12.30	12.30-13	13-13.30	13.30-14	14-15	15-15.30	15.30-16	16-17	17-18	
1. Leitung															8,5
2. Leitung															8
3. Leitung															5
4. Leitung															4
5. Leitung															4,5
6. Leitung															5
7. Leitung															4
8. Leitung															3
															42
															250

02.11.2023

Tess - Relay-Dienste - Dienst TeScript  
Prognose erforderlicher Dolmetscherkapazitäten für 2023 - 2024  
Nur Grundversorgung (30 Minuten/Monat) / 40 Minuten Gesprächszeit monatlich pro aktivem Kunden

## Anlage 8

	2023	2023	2024
	Startwerte	Prognose	Prognose
		Grundversorgung 30 Min/Monat/pro aktivem Kunden	Grundversorgung 30 Min/Monat/pro aktivem Kunden
		40 Min/Monat/pro aktivem Kunden	40 Min/Monat/akt. Kunde
1.1 Kundenzahl gesamt (incl. Notrufkunden) Entwicklung Notrufkunden: 2023: 650 2025: 750 2026: 800	6.250	7.450	8.700
1.2 Kundenzahl gesamt (ohne Notrufkunden) jährlich angenommener Kundenzuwachs: 100 Kunden monatlich	5.600	6.800	8.000
2 Aktive Kunden 10 %		680	800
3 Jährliche Gesprächszeit pro aktivem Kunden Kostenl. Grundversorgung: 30Min/Monat 40 Min/Monat		360	480
4 Gesprächsminuten gesamt/Jahr		244.800	288.000
5 Auslastung pro Dolmetscherstunde		60%	60%
6 Wöchentliche Dolmetscherkapazitäten "Kernzeit"/Stunden		131	154
7 Wöchentliche Dolmetscherkapazitäten "Nebenzeit"/Stunden		236	236
8 Wöchentliche Dolmetscherkapazitäten gesamt/Stunden		367	390
9 Jährliche Dolmetscherkapazitäten/Stunden		19.084	20.280
		21.320	22.932

02.11.2023



Tess - Relay-Dienste - Dienst TeScript  
 Prognose erforderlicher Dolmetscherkapazitäten für 2023 - 2024  
 Nur Grundversorgung (30 Minuten/Monat) / 40 Minuten Gesprächszeit monatlich pro aktivem Kunden

## Anlage 8.1

### Erläuterungen:

- 1.1 Die Prognose der Kundenentwicklung bezieht sich auf Nutzer der privaten Dolmetschdienste sowie auf Notrufkunden. Nicht einbezogen in der Prognose sind Kunden des beruflichen Dolmetschdienstes TeSign. Die vermutete Entwicklung der Notrufkunden pro Jahr kann der Spalte entnommen werden.
- 1.2 Notrufkunden nutzen den Dienst nicht regelmäßig und werden daher bei der Ermittlung der notwendigen Dolmetscherkapazitäten bei den Berechnungen nicht berücksichtigt. Deshalb wird unter 1.2 die Kundenzahl ohne Notrufkunden angegeben. Die vermutete Entwicklung der Kundenzahlen pro Jahr kann der Spalte zwei entnommen werden.
- 2 Nicht alle angemeldeten Kunden nutzen die Dolmetschdienste regelmäßig. Im Jahr 2020 haben durchschnittlich 12 % der Kunden die Dienste TeScript Privat und TeScript Beruf aktiv genutzt. Dieser Wert sank 2021 auf 11 %, lag im Juni 2022 bei 9% und stieg im Oktober 2023 auf 10 % an. Dieser Wert wird auch für das Jahr 2024 angenommen.
- 3 In dieser Prognose sind zwei Szenarien berücksichtigt.
  1. Kostenlose Grundversorgung: aktive Kunden telefonieren 30 Minuten monatlich. Dieses Szenario stellt die für eine Abdeckung der kostenlosen Grundversorgung notwendigen Dolmetscherkapazitäten dar. (Mindestversorgung)
  2. Aktive Kunden telefonieren über die kostenlose Grundversorgung hinaus. Hier wird davon ausgegangen, dass jeder aktive Kunde im Jahresdurchschnitt 480 Minuten über die Dolmetschdienste TeScript Privat und TeScript Beruf telefonieren wird. Die monatliche Gesprächszeit von 40 Minuten pro aktivem Kunden wurde aufgrund der aktuellen Entwicklung dieses Wertes ermittelt. In der Zeit von Januar bis Oktober 2023 lag die monatliche Gesprächszeit pro aktivem Kunden bei Werten zwischen 30 und 35 Minuten. (Maximalversorgung). Es wird davon ausgegangen, dass sich dieser Wert im Jahr 2024 auf 40 Minuten pro aktivem Kunden steigern wird.
- 4 Aus der Anzahl der prognostizierten aktiven Kunden sowie des jährlichen Gesprächsbedarf pro aktivem Kunden werden die zu erwartenden Gesprächsminuten in den Dolmetschdiensten TeScript Privat und TeScript Beruf für das jeweilige Jahr ermittelt.
- 5, 6 Die notwendigen **wöchentlichen** Dolmetscherkapazitäten errechnen sich aus den prognostizierten jährlichen Gesprächsminuten (4) sowie der angenommenen durchschnittlichen prozentualen Auslastung des Dolmetschdienstes (5). Ab 2023 wird davon ausgegangen, dass die für die Abdeckung der jährlichen Gesprächsminuten (4) erforderlichen Dolmetscherkapazitäten mit einem Wert von 60 % pro Stunde ausgelastet sind. Bei diesem Wert findet u.a. der Pausenanspruch der Dolmetscher Berücksichtigung: Pro Stunde haben Dolmetscher einen Pausenanspruch von 20 Minuten. Eine Dolmetscherstunde kann also mit maximal 66,66 % oder 40 Minuten ausgelastet werden. Das bisherige Telefonverhalten der Kunden hat gezeigt, dass die überwiegende Anzahl der Telefonate in der Zeit von 08 - 18 Uhr durchgeführt wird. Die Auslastung des Dolmetschdienstes und demzufolge die Telefonate sind am Wochenende nach wie vor erheblich geringer. Um das erwartete Telefonaufkommen in den Hauptnutzungszeiten bewältigen zu können, sollen die ermittelten notwendigen Dolmetscherkapazitäten zu sogenannten "Kernzeiten" zur Verfügung gestellt werden. Ab 2023 wird diese Kernzeit auf den Zeitraum Montag - **Freitag** von 08 - 18 Uhr festgelegt. Berücksichtigt werden alle in dieser Zeit bereitgestellten Dolmetscherkapazitäten.
- 7 Zusätzlich zu den in den Kernzeiten benötigten Dolmetscherstunden müssen in der Zeit von 18 - 08 Uhr sowie am Samstag und Sonntag weitere Dolmetscherkapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Bei der Ermittlung der Kapazitäten wird berücksichtigt, dass mit dem Beginn eines 24/7 Dienstes eine grundsätzliche 2-leitige Besetzung der Dolmetschdienste zu allen Zeiten vorgenommen werden soll.

02.11.2023



Anlage 8.2

Tess - Relay-Dienste - Dienst TeScript

Prognose erforderlicher Dolmetscherkapazitäten für 2023 - 2024

Nur Grundversorgung (30 Minuten/Monat) / 40 Minuten Gesprächszeit monatlich pro aktivem Kunden

Ermittlung erforderliche Dolmetscherkapazitäten für "Nebenzeiten" pro Woche:

Tage	Zeitraum	Leitungen	Stunden	Summe	Tage	Summe
Montag - Freitag:	18 - 00		2	6	12	5
Montag - Freitag:	00 - 08		2	8	16	5
Samstag - Sonntag	00 - 24		2	24	48	2
					Gesamt:	236

8, 9 Die Dolmetscherkapazitäten werden wie folgt prognostiziert:

Nur kostenlose Grundversorgung (30 Minuten monatlich pro aktivem Kunden)					
Jahr	Kernzeitstd.	Nebenzeitstd.	ges. Woche	ges. Jahr	
2023	131	236	367	19.084	
2024	154	236	390	20.280	

40 Minuten Gesprächszeit monatlich pro aktivem Kunden					
Jahr	Kernzeitstd.	Nebenzeitstd.	ges. Woche	ges. Jahr	
2023	174	236	410	21.320	
2024	205	236	441	22.932	



Tess Relay-Dienste  
Dolmetschdienst TeScript Privat/Beruf - Besetzung Dienst ab 01.01.2024

Anlage 9

	0-1	1-2	2-3	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8	8-9	9-10	10-11	11-12	12-13	13-14	14-15	15-16	16-17	17-18	18-19	19-20	20-21	21-22	22-23	23-0	Kern-zeit	Neben-zeit
<b>Montag</b>																									10	14
1. Leitung																									10	14
2. Leitung																									10	14
3. Leitung																									10	14
4. Leitung																									10	14
5. Leitung																									4	4
<b>Dienstag</b>																									10	14
1. Leitung																									10	14
2. Leitung																									10	14
3. Leitung																									10	14
4. Leitung																									10	14
5. Leitung																									4	4
<b>Mittwoch</b>																									10	14
1. Leitung																									10	14
2. Leitung																									10	14
3. Leitung																									10	14
4. Leitung																									9	9
5. Leitung																									4	4
<b>Donnerstag</b>																									10	14
1. Leitung																									10	14
2. Leitung																									10	14
3. Leitung																									10	14
4. Leitung																									9	9
<b>Freitag</b>																									10	14
1. Leitung																									10	14
2. Leitung																									10	14
3. Leitung																									10	14
4. Leitung																									5	5
<b>Samstag</b>																									0	24
1. Leitung																									0	24
2. Leitung																									0	24
<b>Sonntag</b>																									0	24
1. Leitung																									0	24
2. Leitung																									0	24
																									205	236
																									441	441

## Regulierung

### Energie

Vfg Nr. 135/2023

§ 12h Abs. 4 S. 3 EnWG

**Überprüfung der Ausnahmen von der Verpflichtung zur marktgestützten Beschaffung der nicht frequenzgebundenen Systemdienstleistungen Kurzschlussstrom (BK6-20-295), dynamische Blindstromstützung (BK6-20-296) und Inselbetriebsfähigkeit (BK6-20-297)**

Die Beschlusskammer 6 hat mit den Entscheidungen BK6-20-295, BK6-20-296 und BK6-20-297 vom 18.12.2020 Ausnahmen von der Verpflichtung zur marktgestützten Beschaffung der nicht frequenzgebundenen Systemdienstleistungen (nfSDL) Kurzschlussstrom, dynamische Blindstromstützung und Inselbetriebsfähigkeit festgelegt. Die getroffenen Entscheidungen sind gemäß § 12h Abs. 4 S. 3 EnWG spätestens alle drei Jahre zu überprüfen und das Ergebnis zu veröffentlichen.

Diese Überprüfung hat die Beschlusskammer vorgenommen mit dem Ergebnis, dass die wirtschaftliche Effizienz einer marktgestützten Beschaffung der genannten nfSDL weiterhin als nicht gegeben erachtet wird. Insoweit haben die erlassenen Ausnahmen von der Verpflichtung zur marktgestützten Beschaffung der nfSDL Kurzschlussstrom, dynamische Blindstromstützung und Inselbetriebsfähigkeit weiterhin Bestand.

#### Hinweis

Details sind auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter Beschlusskammern ► Beschlusskammer 6 ► Abgeschlossene Verfahren ► BK6-20-295, BK6-20-296 bzw. BK6-20-297 veröffentlicht.

Vfg Nr. 136/2023

Art. 37 Abs. 3 VO (EU) 2017/2195

**Abgeänderter Vorschlag aller Übertragungsnetzbetreiber der Kapazitätsberechnungsregion HANSA für eine Methode zur Berechnung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazität innerhalb des für den Austausch von Regelarbeit oder die Durchführung des IN-Verfahrens relevanten Zeitbereichs gemäß Art. 37 Abs. 3 der Verordnung (EU) 2017/2195 (BK6-22-408)**

Die der Kapazitätsberechnungsregion HANSA zugehörigen deutschen Übertragungsnetzbetreiber haben der Bundesnetzagentur einen geänderten Vorschlag für eine Methode zur Berechnung der grenzüberschreitenden Übertragungskapazität innerhalb des für den Austausch von Regelarbeit oder die Durchführung des IN-Verfahrens relevanten Zeitbereichs für die Kapazitätsberechnungsregion HANSA gemäß Art. 37 Abs. 3 der Verordnung (EU) 2017/2195 der Kommission vom 23. November 2017 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem (EB-Verordnung) zur Genehmigung gemäß Art. 5 Abs. 3 lit. f EB-Verordnung vorgelegt.

Die Bundesnetzagentur hat den abgeänderten Antrag auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Die Frist zur Stellungnahme läuft bis zum 10.01.2024.

Details sind über die Homepage der Bundesnetzagentur unter Beschlusskammern -> Beschlusskammer 6 -> Laufende Verfahren -> BK6-22-408 veröffentlicht.

Vfg Nr. 137/2023

Az.: BK6-23-102

23.11.2023

**Verwaltungsverfahren zur Genehmigung des Änderungsantrags für die Modalitäten für Bilanzkreisverantwortliche (Standard-bilanzkreisvertrag Strom)**

hier: Beschluss vom 23.11.2023

Die Beschlusskammer 6 hat am 23.11.2023 folgende Entscheidung getroffen:

1. Der Antrag wird genehmigt. Die Modalitäten für Bilanzkreisverantwortliche in Form eines Standard-Bilanzkreisvertrags Strom, zuletzt geändert durch den Beschluss BK6-18-061 vom 12.04.2019, werden in dem Umfang der in der Anlage markierten Änderungen geändert und ergänzt. Im Übrigen bleibt die Festlegung der Modalitäten für Bilanzkreisverantwortliche, Az. BK6-18-061, Beschluss vom 12.04.2019 unberührt.
2. Die Änderungen gemäß Tenorziffer 1 treten am 25.11.2024 in Kraft. Zu diesem Zeitpunkt bereits bestehende Bilanzkreisverträge sind zu dem in Satz 1 genannten Zeitpunkt auf den neuen Vertragsinhalt überzuleiten.
3. Ein Widerruf bleibt vorbehalten.
4. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

#### Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).



#### Hinweis

Auf den mit Vfg. Nr. 94 am 20.09.2023 im Amtsblatt Nr. 18 zur Genehmigung veröffentlichten Antrag wird verwiesen.

Die vollständige Entscheidung in dem Verfahren ist auf der Internetseite der Bundesnetzagentur ([www.bundesnetzagentur.de](http://www.bundesnetzagentur.de)) veröffentlicht und kann unter dem Aktenzeichen BK6-23-102 von der Seite der Beschlusskammer 6 (Startseite ► Beschlusskammern ► Beschlusskammer 6 ► Abgeschlossene Verfahren) kostenlos abgerufen werden.

– BK6-23-102 –

## Regulierung

### Elektronische Vertrauensdienste

Vfg Nr. 138/2023

**Verlängerung der befristeten Anerkennung der Methode der Videoidentifizierung als „sonstige Identifizierungsmethode“ gemäß § 11 Absatz 1 VDG**

Im Bundesgesetzblatt Nr. 52 wurde am 28.07.2017 das Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (eIDAS-Durchführungsgesetz) verkündet (BGBl. I, S. 2745). Artikel 1 des eIDAS-Durchführungsgesetzes beinhaltet das Vertrauensdienstegesetz (VDG).

Das VDG ist gemäß Artikel 12 Absatz 1 Satz 1 des eIDAS-Durchführungsgesetzes am 29.07.2017 in Kraft getreten.

Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Klaus Müller, verlängert die, im Amtsblatt der Bundesnetzagentur 11/2018 vom 13. Juni 2018 unter Mitteilung Nr. 208/2018 veröffentlichte und durch das Amtsblatt der Bundesnetzagentur 24/2021 vom 22. Dezember 2021 unter der Vfg Nr. 118/2021 verlängerte, Verfügung hinsichtlich der dort unter 10. b) Satz 4 benannten befristeten Anerkennung der Methode der Videoidentifizierung im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik um zwei Jahre bis zum 31.12.2025. Dieser Verfügung ist eine Anhörung der betroffenen Kreise vorausgegangen.

Die Verlängerung der befristeten Anerkennung dient der Fortsetzung der Eignungsprüfung (Evaluierung) der Methode durch die zuständigen Behörden.

**Verlängerung der befristeten Anerkennung der Methode der Videoidentifizierung als „sonstige Identifizierungsmethoden“ i. S. d. § 11 Absatz 1 VDG i. V. m. Artikel 24 Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe d Satz 1 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 (eIDAS-Verordnung)**

**Identifizierung einer natürlichen Person im Rahmen der Beantragung eines qualifizierten Zertifikates unter Nutzung einer Videoübertragung (Videoidentifizierung).**

Für Verfahren, die nach dieser Identifizierungsmethode erfolgen, und für welche die zuständige Aufsichtsstelle erstmalig gem. Art. 21 Abs. 2, Art. 24 Abs. 1, UAbs. 2 d) der eIDAS-Verordnung i. V. m. § 11 des Vertrauensdienstegesetzes über die Erteilung oder nach Ablauf der Frist des Art. 20 Abs. 1 Satz 1 der eIDAS-Verordnung über die Verlängerung des Qualifikationsstatus zu entscheiden hat, gelten folgende Vorgaben:

### 1. Anforderungen aus Normen des Europäischen Instituts für Telekommunikationsnormen (ETSI)

Soweit in der Verfügung keine anderen Vorgaben getroffen werden, müssen Identifizierungsmethoden den Vorgaben für Registrierungsstellen in den einschlägigen ETSI-Normen für Anbieter elektronischer Vertrauensdienste entsprechen. Einschlägig sind diesbezüglich die ETSI EN

119 461  
319 401  
319 411-1  
319 411-2

in der jeweils aktuellen Fassung.

### 2. Anforderungen an das Personal

Eine Videoidentifizierung darf nur von fachkundigem, qualifiziertem und zuverlässigem Personal durchgeführt werden.

#### a) Fachkunde

Zum Nachweis der Fachkunde der Mitarbeiter muss der Vertrauensdiensteanbieter Belege für eine Erst- und regelmäßige Fortgeschulungen vorhalten. Diese sind ihm im Falle einer Auslagerung der Tätigkeit auf einen beauftragten Dritten von diesem vor einer Tätigkeit der fraglichen Person zu übermitteln.

Die Schulungen müssen mindestens die Kenntnis der mittels Videoidentifizierung prüfbar Merkmale umfassen, einschließlich der anzuwendenden Prüfverfahren derjenigen Dokumente, die im Rahmen der Videoidentifizierung zulässig sind (s. Abschnitt 5.). Die Mitarbeiter müssen hinsichtlich gängiger Fälschungsmöglichkeiten dieser Dokumente geschult sein. Ferner ist eine Kenntnis der maßgeblichen Rechtsnormen, insbesondere des Datenschutzrechtes und der in dieser Verfügung gestellten Anforderungen, notwendig.

Die vorgenannten Inhalte müssen den Mitarbeitern vor Aufnahme ihrer Identifizierungstätigkeit angemessen vermittelt werden. Nachfolgend ist die Schulung in regelmäßigen Abständen (mindestens einmal jährlich) sowie bei Bedarf zu wiederholen und hierüber beim Vertrauensdiensteanbieter eine Dokumentation der vermittelten Inhalte zu erstellen. Die Notwendigkeit einer Schulung kann sich z. B. aus einer Änderung der gesetzlichen und/oder aufsichtsrechtlichen bzw. datenschutzrechtlichen Anforderungen oder im Falle eines Auftretens einer signifikanten Zahl von Betrugsversuchen, des Bekanntwerdens neuer Betrugsmöglichkeiten oder sonstigen Veränderungen im Verfahrensablauf ergeben.

#### b) Qualifikation

Die Qualifikation eines Mitarbeiters zum Einsatz als Identifizierungskraft bemisst sich nach seiner Fähigkeit, den Prozess der Identifizierung, also insbesondere des Abgleichs der antragstellenden Person mit einem Ausweisdokument, durchzuführen. Er muss zur Wahrnehmung der maßgeblichen Überprüfungskriterien in der Lage sein. Für die Kommunikation mit dem Antragsteller müssen je nach Angebot des Vertrauensdiensteanbieters i. S. des § 7 Abs. 1 des Vertrauensdienstegesetzes (Barrierefreie Dienste) geeignete Methoden (z. B. Sprache, Fremdsprache, Gebärdensprache) zur Verfügung stehen.

#### c) Zuverlässigkeit

Zum Nachweis der Zuverlässigkeit der Mitarbeiter muss der Vertrauensdiensteanbieter vor der Aufnahme der Tätigkeit des Mitarbeiters ein aktuelles Führungszeugnis einsehen. Lediglich Mitarbeiter mit einem Führungszeugnis ohne Eintragungen sind als Identifizierungskraft zu beschäftigen. Die Einsichtnahme in ein aktuelles Führungszeugnis durch den Vertrauensdiensteanbieter ist im Abstand von 2 Jahren zu wiederholen. Im Falle einer Auslagerung der Tätigkeit auf einen beauftragten Dritten gelten die Anforderungen an Vertrauensdiensteanbieter für diesen entsprechend.

### 3. Bauliche Anforderungen

Die Mitarbeiter müssen sich während der Identifizierung in zutrittsgeschützten Räumen aufhalten, zu denen nur autorisierte Mitarbeiter Zutritt haben.

### 4. Allgemeine Anforderungen an den Identifizierungsprozess

a) Bei der Zuteilung der Identifizierungsvorgänge an die Mitarbeiter müssen Mechanismen eingesetzt werden, die einer vorhersehbaren Zuteilung von Vorgängen und damit der dadurch bestehenden Möglichkeit einer Manipulation entgegenwirken.

b) Die Durchführung der Videoidentifizierung muss in Echtzeit und ohne Unterbrechung erfolgen.

c) Die audiovisuelle Kommunikation zwischen dem Mitarbeiter und der zu identifizierenden Person ist in Bezug auf Integrität und Vertraulichkeit ausreichend abzusichern; aus diesem Grund sind nur Ende-zu-Ende verschlüsselte Videochats zulässig. Es sind hierbei die Empfehlungen der Technischen Richtlinie des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) TR-02102 einzuhalten.

d) Die Bild- und Tonqualität der Kommunikation muss in einem ausreichenden Maße gegeben sein, um eine zweifelsfreie Identifizierung anhand aller in dieser Verfügung geforderten Prüfungen uneingeschränkt zu ermöglichen.

e) Ist die vorstehend beschriebene Überprüfung – etwa aufgrund von schlechten Lichtverhältnissen oder einer schlechten Bild- oder Tonqualität/-übertragung – und/oder eine sprachliche Kommunikation mit der zu identifizierenden Person nicht möglich, ist der Identifizierungsprozess abzubrechen.

f) Zur Überprüfung der Aktualität des Vorganges muss der Anbieter geeignete Maßnahmen ergreifen.

### 5. Anforderungen an geeignete Identitätsdokumente

Nur Identitätsdokumente, die über hinreichend fälschungssichere und im Verfahren prüfbare Sicherheitsmerkmale verfügen, können für die Identitätsüberprüfung herangezogen werden.

## 6. Anforderungen an die Überprüfung des Identitätsdokumentes und des Antragstellers

Die Echtheit des Identitätsdokumentes und die Zugehörigkeit zu der zu identifizierenden Person müssen zuverlässig überprüft werden. Der Anbieter muss geeignete Maßnahmen ergreifen, um eine Manipulation des Videobildes bzw. des Identitätsdokumentes oder der Person zu erkennen. Hierzu können organisatorische Maßnahmen gehören, die durch Interaktion mit dem verwendeten Ausweisdokument gemäß Anweisung des Mitarbeiters oder der zu identifizierende Person eine Manipulation erkennbar machen. Ferner kann der Anbieter technische Maßnahmen treffen, um eine Veränderung des Videostreams zu erkennen.

## 7. Anforderungen an die Aufzeichnung und Aufbewahrung

### a) Einwilligung zur Aufzeichnung

Die zu identifizierende Person hat zu Beginn einer Videoidentifizierung ihre ausdrückliche Einwilligung dazu zu erklären, dass Passagen des Identifizierungsprozesses aufgezeichnet werden.

Dem Nutzer ist detailliert zu beschreiben, wozu er eine Einwilligung erteilt (z. B.: Worauf bezieht sich die Einwilligung im Einzelnen, welche Art der Datenverarbeitung ist vorgesehen, durch wen und wie lange werden die Daten gespeichert, wie wird mit den Daten bei Abbruch der Identifizierung umgegangen?)

### b) Inhalt und Dauer der Aufzeichnung

Hinsichtlich des Inhalts der Aufzeichnung des Prozesses einer Identifizierung mittels Videotechnologie sowie der Aufbewahrung der in diesem Prozess erworbenen Daten sind die Vorgaben des § 16 Absatz 4 Nr. 2 VDG i. V. m. Artikel 24 Absatz 2 Buchstaben f) bis h) der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 zu beachten.

§ 16 Abs. 4 Nr. 2 VDG:

*„Qualifizierte Vertrauensdiensteanbieter haben für die gesamte Zeit ihres Betriebs die dazugehörigen Aufzeichnungen nach Artikel 24 Absatz 2 Buchstabe h der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 aufzubewahren.“*

Artikel 24 Absatz 2 Buchstaben f) bis h) der Verordnung (EU) Nr. 910/2014:

*f) Sie verwenden vertrauenswürdige Systeme für die Speicherung der ihnen übermittelten Daten in einer überprüfbarer Form, so dass*

- i) diese nur mit Zustimmung der Person, auf die sich die Daten beziehen, öffentlich abrufbar sind,*
- ii) nur befugte Personen Daten eingeben und gespeicherte Daten ändern können,*
- iii) die Daten auf ihre Echtheit hin überprüft werden können.*

*g) Sie ergreifen geeignete Maßnahmen gegen Fälschung und Diebstahl von Daten.*

*h) Sie zeichnen alle einschlägigen Informationen über die von dem qualifizierten Vertrauensdiensteanbieter ausgegebenen und empfangenen Daten auf und bewahren sie so auf, dass sie über einen angemessenen Zeitraum, auch über den Zeitpunkt der Einstellung der Tätigkeit des qualifizierten Vertrauensdiensteanbieters hinaus, verfügbar sind, um insbesondere bei Gerichtsverfahren entsprechende Beweise liefern zu können.*

Insbesondere hinsichtlich der Anforderung nach § 16 Abs. 4 Nr. 2 VDG i. V. m. Art. 24 Abs. 2 Buchstabe h) der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 sind die Grundsätze der Erforderlichkeit und der Datensparsamkeit mit dem Zweck der nachhaltigen Unabstreitbarkeit der Identifizierung in Einklang zu bringen. Die wesentlichen Passagen des Identifizierungsvorgangs sind mit Ton sowie Fotos bzw. Screenshots der Person und des verwendeten Identitätsdokuments dauerhaft aufzuzeichnen.

Auf den Fotos/Screenshots sind die zu identifizierende Person sowie Vorder- und Rückseite des von dieser zur Identifizierung verwendeten Identitätsdokumentes und die darauf jeweils enthaltenen Angaben deutlich erkennbar aufzunehmen. Daten, die nicht zur Ausstellung des qualifizierten Zertifikates erforderlich sind, sind unkenntlich zu machen. Die erforderlichen Daten ergeben sich aus ETSI EN 319 411-2 in der jeweils aktuellen Fassung, Kapitel 6.2.2..

Für eine Eignung der Aufzeichnung zum Zwecke der Beweisführung i. S. d. § 16 Abs. 4 Nr. 2 VDG i. V. m. Art. 24 Abs. 2 Buchstabe h) der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 ist es erforderlich, dass die antragstellende Person zweifelsfrei erkennbar und sprachlich oder gebärdensprachlich klar wahrnehmbar ist. Das verwendete Identitätsdokument muss inhaltlich und hinsichtlich der geprüften sicherheitstechnischen Vorkehrungen aufgezeichnet werden. Von dem qualitativ verwertbaren Videomaterial ist mindestens eine Sequenz von 15 Sekunden aufzuzeichnen.

Die Einwilligung zur Aufzeichnung des Identifizierungsvorgangs ist zusätzlich zu der Sequenz von 15 Sekunden Dauer aufzuzeichnen und so lange aufzubewahren wie der zugehörige Datensatz.

Die Auswertung der Anforderungen an die Aufzeichnung und Aufbewahrung muss in einem 4-Augen-Prinzip beurteilt werden. Dabei sind die Korrektheit der erhobenen Daten zu überprüfen sowie der Abgleich von verwendeten Identitätsdokumenten und antragstellender Person zu bestätigen und freizugeben.

## 8. Meldung von mutmaßlichen Betrugsfällen

Der Vertrauensdiensteanbieter oder der von ihm zur Videoidentifizierung beauftragte Dritte meldet mutmaßliche Betrugsversuche an das Postfach [tsp-incidents@bnetza.de](mailto:tsp-incidents@bnetza.de).

## 9. Feststellung der geeigneten Umsetzung

Die geeignete Umsetzung der in der Verfügung festgelegten Anforderungen ist durch eine Konformitätsbewertungsstelle im Rahmen der Bestätigung nach Artikel 24 Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe d Satz 1 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 zu beurteilen. Bei der Beurteilung ist der Stand der Technik zu beachten. Hierzu zählen die ergänzenden Kriterien zur Bewertung von sonstigen Identifizierungsmethoden nach Artikel 24 Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe d Satz 1 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 in der zum Zeitpunkt der Bewertung aktuellen Fassung. Diese werden bei berechtigtem Interesse von der Bundesnetzagentur zur Verfügung gestellt. Bei der Erstellung wirken Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und Bundesnetzagentur zusammen, die betroffenen Kreise werden angehört.

## 10. Einschränkungen

- a) Die Anerkennung der Methode ist ausgeschlossen für das Ausstellen qualifizierter Zertifikate für die Website-Authentifizierung.
- b) Die Anerkennung der Methode ist ferner für das Ausstellen qualifizierter Zertifikate für qualifizierte elektronische Signaturen oder qualifizierte elektronische Siegel beschränkt auf die Ausgabe von einmalig nutzbaren Zertifikaten (sog. Ad-Hoc-Zertifikate). Solche Zertifikate sind unmittelbar nach der vom Vertrauensdiensteanbieter mit Zustimmung der Akzeptanzstelle vorgegebenen Nutzung (z. B. Abschluss eines Mietvertrages für ein KFZ), jedenfalls innerhalb von 24 Stunden nach der Ausstellung, von diesem zu widerrufen, sofern sie zu diesem Zeitpunkt noch gültig sind. Die einmalige Nutzung darf



insbesondere nicht zur Beantragung eines neuen qualifizierten Zertifikates oder für andere Identifizierungen dienen. Die Anerkennung ist befristet bis zum 31.12.2025.

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Referat ITS 15, Canisiusstraße 21, 55122 Mainz oder bei einer sonstigen Dienststelle der Bundesnetzagentur erhoben werden.

# Mitteilungen

## Telekommunikation

### Teil A

### Mitteilungen der Bundesnetzagentur

#### Mitteilung Nr. 249/2023

TKG §§ 48 Abs. 1 i. V. m. 192 TKG;

#### Tenor des Beschlusses in dem Verwaltungsverfahren aufgrund des Antrages der Telekom Deutschland GmbH auf Genehmigung von Entgelten für Kollokation und Schaltverteiler

Die Beschlusskammer 3 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, hat aufgrund der am 27.10.2023 durchgeführten öffentlichen mündlichen Verhandlung beschlossen:

#### Entgelte für die HVT-Kollokation

- Folgende Entgelte für Kollokationsleistungen und Raumlufttechnik im Zusammenhang mit dem Zugang zur Teilnehmeranschlussleitung am HVT werden genehmigt:

I.	II.	III.
Produktbeschreibung	01.12.2023– 31.12.2023 - Preis (netto/mtl.)	01.01.2024– 31.07.2025 - Preis (netto/mtl.)
Kühllastberechnung Preisliste 1a Position 1.2.h.2.2	223,50 €	227,99 €
Kühllastberechnung Preisliste 1a Position 1.5.m.2.4	223,50 €	227,99 €
Kühllastberechnung Preisliste 1a Positionen 1.8.b.2.1 und 1.8.b.2.2	223,50 €	227,99 €

- Die Entgelte unter den Ziffern 1.2.h, 1.5.m, 1.8.b der **Preisliste Anlage 1a** werden mit Ausnahme der unter 1. genannten Positionen ab dem 01.12.2023 in der beantragten Höhe genehmigt.
- Die Entgelte unter den Ziffern 1.2.g; 1.5.i; 1.5.k.2; 1.5.l.2 und 1.9 einschließlich der Aufwandspauschalen unter den Ziffern 1.5.m.2.2; 1.5.m.3 und 1.5.m.4 der **Preisliste Anlage 1a**; die Ziffern 1.4.3.2, 1.7, 1.8 und 2 der **Preisliste Anlage 1b**; die Ziffern 1.4.2, die Ziffern 1.7, 1.8 und 2 der **Preisliste Anlage 1c**, die Ziffern 1.1.4.2, 1.1.7, 1.1.8 und 2 der **Preisliste Anlage 1d**; die Ziffern 3.2.2.1.2 und 6 der **Preisliste Anlage 1e** und die Ziffern 1 und 2 der **Preisliste Anlage 1i** sowie die Montageentgelte „Abrechnung Gebührenbescheide“, „Beseitigung von Engpässen bei HVT-Kollokation“, „besondere Leistungen Glasfaser-Montage“, „besondere Leistungen Tiefbau ausführen“, „Wartezeiten Kabelziehtrupp“ und „Wartezeiten Tiefbau“ der **Preisliste Anlage 1f** werden antragsgemäß nach Aufwand genehmigt.
- Die übrigen beantragten Entgelte für den Zugang am HVT werden auf Grundlage der mit dem Antrag vorgelegten Preislisten in den **Anlagen 1a und 1j** ab dem 01.12.2023 in der in der Beilage 1 ausgewiesenen Höhe genehmigt.

#### Entgelte für Schaltverteiler und neu zu errichtenden Kabelverzweiger sowie über die Umlegung von APL auf einen anderen Kabelverzweiger

- Die Entgelte für den vertraglich vereinbarten Zugang zur Teilnehmeranschlussleitung über Schaltverteiler und neu zu errichtenden Kabelverzweiger sowie über die Umlegung von APL auf einen anderen Kabelverzweiger werden auf Grundlage der mit dem Antrag vorgelegten **Preislisten in den Anlagen 1b, 1c, 1d, 1e und 1i** ab dem 01.12.2023 in der in der Beilage 1 genannten Höhe genehmigt.

#### Aufwandspauschalen

- Die in der **Preislisten 1f und 1g** ausgewiesenen Aufwandspauschalen für „Montage“ und „Material“ werden ab dem 01.12.2023 in der in der Beilage 1 ausgewiesenen Höhe genehmigt.
- Die in der Preisliste **Anlage 1h** ausgewiesenen Aufwandspauschalen (Preisliste „Installation und Instandhaltung nach Aufwand Stand 22.06.2023“) werden ab dem 01.12.2023 wie beantragt genehmigt.

#### Befristung

- Die mit der Ziffer 2 des Tenors erteilten Entgeltgenehmigungen sind bis zum 31.07.2025 befristet.
- Die mit der Ziffer 3 und 4 des Tenors erteilten Entgeltgenehmigungen sind bezüglich der Aufwandspauschalen unter den Ziffern 1.5.m.2.2, 1.5.m.3 und 1.5.m.4 der **Preisliste Anlage 1a** und der Entgelte unter den Ziffer 2.2 der **Preisliste Anlage 1a** sowie unter der Ziffer 1 der **Preisliste Anlage 1j** bis zum 31.07.2025 befristet. Die übrigen mit Ziffer 3 und 4 erteilten Entgeltgenehmigungen sind bis zum 31.07.2028 befristet.
- Die mit den Ziffern 5, 6 und 7 des Tenors erteilten Entgeltgenehmigungen sind bis zum 31.07.2028 befristet.
- Im Übrigen werden die Anträge abgelehnt.

Der Beschluss vom 30.11.2023 kann auf den Internetseiten der Bundesnetzagentur eingesehen bzw. heruntergeladen werden.

BK3a-23/076

Anlage:  
- Beilage zum Beschluss vom 30.11.2023

Nr.	Anlage	Preisliste/n	Ziffer	Var.- Bez.	Entgelt:	befristet bis:
1	1a	Kollo_16	1.1.a und 1.4 und 1.7.a	Bearbeitungspauschale für Begehung für Kollokation, einmalig je Begehung	168,89 €	31.07.2028
2	1a	Kollo_16	1.2.a.1	Verbindungskabel HVT-ÜVt : Bearbeitungspauschale für die Projektierung im Rahmen der Angebotserstellung wenn die Projektierung eine Kabelmontage beinhaltet	237,88 €	31.07.2028
3	1a	Kollo_16	1.2.a.2	Verbindungskabel HVT-ÜVt : Bearbeitungspauschale für die Projektierung im Rahmen der Angebotserstellung für die Projektierung ohne Kabelmontage	204,96 €	31.07.2028
4	1a	Kollo_16	1.2.b	Bearbeitungspauschale für die Projektierung im Rahmen der Angebotserstellung für Kollokationsfläche einschließlich Niederspannungsversorgung sowie alle weiteren Gewerke des Hochbaudienstleisters ohne RLT	433,02 €	31.07.2028
5	1a	Kollo_16	1.2.c	Bearbeitungspauschale für die Projektierung im Rahmen der Angebotserstellung für Raumluftechnik	364,47 €	31.07.2028
6	1a	Kollo_16	1.2.d,e,f	Kosten für Projektierung des Angebotes (Angebotsphase)- für Weiterführungs-, Flächenverbindungs- und Fernkollokationskabel	234,83 €	31.07.2028
7	1a	Kollo_16	1.3.a	Bearbeitungspauschale je erstmaliger Herrichtung und je Erweiterung von Kollokation für die Auftragsabwicklung und Fakturierung des Angebotes	137,81 €	31.07.2028
8	1a	Kollo_16	1.3.b	Bearbeitungspauschale je erstmaliger Herrichtung und je Erweiterung für RLT für die Auftragsabwicklung und Fakturierung des Angebotes	147,60 €	31.07.2028
9	1a	Kollo_16	1.5.a.1.1	Bearbeitungspauschale für die Feinprojektierung, die Baubegleitung und für die Abnahme im Rahmen der erstmaligen Herrichtung, der Erweiterung von Verbindungskabeln HVT-ÜVt wenn eine Kabelmontage mit enthalten ist.	711,58 €	31.07.2028
10	1a	Kollo_16	1.5.a.1.2	Rückbau (HVT): Feinprojektierung (Abbauplanung), Bauüberwachung, Abnahme Produktgruppenverbindungskabel (mit Kabelmontage) physische Kollokation	388,16 €	31.07.2028
11	1a	Kollo_16	1.5.a.2.1	Bearbeitungspauschale für die Feinprojektierung, die Baubegleitung und für die Abnahme im Rahmen der erstmaligen Herrichtung, der Erweiterung von Verbindungskabeln HVT-ÜVt ohne Kabelmontage.	394,51 €	31.07.2028
12	1a	Kollo_16	1.5.a.2.2	Rückbau (HVT): Feinprojektierung (Abbauplanung), Bauüberwachung, Abnahme Produktgruppenverbindungskabel (ohne Kabelmontage) physische Kollokation	329,01 €	31.07.2028
13	1a	Kollo_16	1.5.b.1	Bearbeitungspauschale für die Feinprojektierung, Baubegleitung und Abnahme im Rahmen der erstmaligen Herrichtung, der Erweiterung von Kollokationsfläche einschließlich Nsp.-versorgung sowie alle weiteren Gewerke des Hochbaudienstleisters ohne RLT	442,77 €	31.07.2028
14	1a	Kollo_16	1.5.b.2	Rückbau (HVT): Feinprojektierung (Abbauplanung), Bauüberwachung, Abnahme für Kollokationsfläche/Stromversorgung sowie alle weiteren Gewerke des Hochbaudienstleisters ohne RLT	421,37 €	31.07.2028
15	1a	Kollo_16	1.5.c.1	Bearbeitungspauschale für die Feinprojektierung, die Baubegleitung und für die Abnahme im Rahmen der erstmaligen Herrichtung, der Erweiterung für RLT	271,58 €	31.07.2028
16	1a	Kollo_16	1.5.c.2	Rückbau (RLT): Feinprojektierung (Abbauplanung), Bauüberwachung, Abnahme für Flächenmanagement-Gewerke für Raumluftechnik	257,74 €	31.07.2028
17	1a	Kollo_16	1.5.d.1	Rückbau (HVT): Feinprojektierung (Abbauplanung), Bauüberwachung, Abnahme für Kabelprodukte für phys. und virt. Kollokation und Flächenmngmt.-Gewerke für Kollok.-fläche/SV sowie alle weiteren Gewerke des Hochbaudienstleisters ohne RLT (Carriergemeinsch. An	530,97 €	31.07.2028
18	1a	Kollo_16	1.5.d.2	Rückbau (HVT): Feinprojektierung (Abbauplanung), Bauüberwachung, Abnahme für Kabelprodukte für phys. und virt. Kollokation und Flächenmngmt.-Gewerke für Kollok.-fläche/SV sowie alle weiteren Gewerke des Hochbaudienstleisters ohne RLT (Carrierindiv. An	211,74 €	31.07.2028
19	1a	Kollo_16	1.5.e.1	Kosten für Baumaßnahmen (Herstellungsphase) - Weiterführungskabel	538,55 €	31.07.2028
20	1a	Kollo_16	1.5.e.2, 1.5.f.2, 1.5.g.2	Rückbau HVT: Feinprojektierung (Abbauplanung), Bauüberwachung, Abnahme Weiterführungs-, Flächenverbindungs- und Fernkollokationskabel	368,18 €	31.07.2028
21	1a	Kollo_16	1.5.e.3	Auftragsbezogene Montagepauschale für die Herstellung - Weiterführungskabel	764,89 €	31.07.2028
22	1a	Kollo_16	1.5.f.1	Kosten für Baumaßnahmen (Herstellungsphase) - Fernkollokationskabel	642,91 €	31.07.2028
23	1a	Kollo_16	1.5.f.3	Auftragsbezogene Montagepauschale für die Herstellung - Fernkollokationskabel	455,11 €	31.07.2028
24	1a	Kollo_16	1.5.g.1	Kosten für Baumaßnahmen (Herstellungsphase) - Flächenverbindungskabel	540,67 €	31.07.2028
25	1a	Kollo_16	1.5.g.3	Auftragsbezogene Montagepauschale für die Herstellung - Flächenverbindungskabel	191,32 €	31.07.2028
26	1a	Kollo_16	1.5.h	Rückbau (HVT): Feinprojektierung (Abbauplanung), Bauüberwachung, Abnahme Verbindungskabel virtuelle Kollokation	293,72 €	31.07.2028
27	1a	Kollo_16	1.6.a und 1.1.b	Bearbeitungspauschale je erstmaliger Herrichtung, je Erweiterung sowie je Rückbau von Kollokation für die Auftragsabwicklung und Fakturierung der Bauphase, sowie je einmalig für Begehung	157,03 €	31.07.2028
28	1a	Kollo_16	1.6.b	Bearbeitungspauschale je erstmaliger Herrichtung, je Erweiterung sowie je Rückbau für RLT (Realisierung Telekom, Eigenrealisierung, kurzfristige bauliche Maßnahmen für mobile Klimageräte) für die Auftragsabwicklung und Fakturierung der Bauphase	309,81 €	31.07.2028

Nr.	Anlage	Preisliste/n	Ziffer	Var.- Bez.	Entgelt:	befristet bis:
29	1a	Kollo_16	1.6.c	Auftragsabwicklung und Fakturierung je erstmaliger Herrichtung, je Erweiterung sowie je Rückbau von RLT soweit keine bauliche Maßnahme erforderlich ist	198,42 €	31.07.2028
30	1a	Kollo_16	1.6.d	Auftragsabwicklung und Fakturierung (RLT) für Teilkündigung ohne bauliche Maßnahmen	175,24 €	31.07.2028
31	1a	Kollo_16	1.8.a	Eskalationsprozess Raumlufttechnik, Bearbeitungspauschale für Auftragsabwicklung und Fakturierung	189,77 €	31.07.2028
32	1a	Kollo_16	2.2.a	Bearbeitungspauschale je Kollokation für die laufende Bestandsführung und Fakturierung, monatlich	3,81 €	31.07.2025
33	1a	Kollo_16	2.2.b	Bearbeitungspauschale je RLT (Realisierung Telekom, Variante Teilklimatisierung,) für die laufende Bestandsführung und Fakturierung, monatlich	3,81 €	31.07.2025
34	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.1.1	TAL, SVT, Administrative Tätigkeiten der Auftragsabwicklung und Fakturierung, Bearbeitungspauschale je abgefragtem vollständigen Anschlussbereich bzw. Teil eines Anschlussbereichs	105,56 €	31.07.2028
35	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.1.2 a	TAL, SVT, Ermittlung und Bereitstellung der nachgefragten Informationen in Form einer Netzinfrastrukturskizze, welche die Informationen gemäß Leistungsbeschreibung enthält, je abgefragtem vollständigen Anschlussbereich	Anzahl HK-Linien x 202,65 €	31.07.2028
36	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.1.2 b	TAL, SVT, Ermittlung und Bereitstellung der nachgefragten Informationen in Form einer Netzinfrastrukturskizze, welche die Informationen gemäß Leistungsbeschreibung enthält, je abgefragtem Teil eines Anschlussbereichs (je HK)	202,65 €	31.07.2028
37	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.2.1	TAL, SVT, Administrative Tätigkeiten der Auftragsabwicklung und Fakturierung der gemeinsamen Abstimmung einschließlich Begehung, Bearbeitungspauschale je beauftragter Abstimmung, soweit eine Begehung durchgeführt wurde	205,59 €	31.07.2028
38	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.2.2	TAL, SVT, Gemeinsame Abstimmung über Dimensionierung, Ausstattung und Installationsstandort des neu zu errichtenden Schaltverteilers einschließlich einer Begehung	161,97 €	31.07.2028
39	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.3.1	TAL, SVT, Administrative Tätigkeiten der Auftragsabwicklung bei der Angebotserstellung, Bearbeitungspauschale	142,42 €	31.07.2028
40	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.3.2	TAL, SVT, Erstellung eines Angebots über einen neu zu errichtenden Schaltverteiler, Pauschale je Schaltverteiler	265,48 €	31.07.2028
41	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.4.1	TAL, SVT, administrative Tätigkeiten der Auftragsabwicklung bei der Bereitstellung des SVT, Bearbeitungspauschale	159,61 €	31.07.2028
42	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.4.2	TAL, SVT, Planung, Projektierung und Bauleitung	1.024,62 €	31.07.2028
43	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.4.3.3	TAL, SVT, Einmessung des Hauptkabelabschnitts zwischen HVT und neuem Schaltverteiler und Einmessung der Querkabeldämpfungen zwischen Schaltverteiler und den nachgelagerten KVZ, je Stück	410,60 €	31.07.2028
44	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.4.3.4 a	TAL, SVT, Dokumentation in Megaplan (je SVT)	49,92 €	31.07.2028
45	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.4.3.4 b	TAL, SVT, Dokumentation in Kontes-ORKA (je 100 DA)	67,92 €	31.07.2028
46	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.4.4.1 a	TAL, SVT, Dokumentation in Megaplan, je Übergabe-EVs Carrier	3,27 €	31.07.2028
47	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.4.4.1 b	TAL, SVT, Dokumentation in Kontes-ORKA, je Übergabe-EVs Carrier	4,99 €	31.07.2028
48	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.5.1.1	Rückbau: Administrative Tätigkeiten der Auftragsabwicklung, Bearbeitungspauschale für Auftragsabwicklung und Fakturierung im Rahmen der Angebotserstellung	147,49 €	31.07.2028
49	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.5.1.2	Rückbau: Angebotserstellung, Erstellung eines Angebots über einen vollständig oder teilweise rückzubauenden SVT, je Stück Gehäuse	100,73 €	31.07.2028
50	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.5.1.3	Rückbau: Administrative Tätigkeiten der Auftragsabwicklung, Bearbeitungspauschale für Auftragsabwicklung und Fakturierung im Rahmen des Rückbaus	253,48 €	31.07.2028
51	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.5.2.1 a	Rückbau: Komplett Rückbau, Kosten für Planung, Projektierung und Bauleitung in der Rückbauphase eines rückzubauenden Schaltverteilers, je Stück SVT-Gehäuse	898,76 €	31.07.2028
52	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.5.2.1 b	Rückbau: Teilrückbau; Kosten für Planung, Projektierung und Bauleitung in der Rückbauphase eines rückzubauenden Schaltverteilers, je Stück SVT-Gehäuse	859,63 €	31.07.2028
53	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.5.2.2	Rückbau: Entfernen der Dokumentation des Carrier-Zugangs einschließlich der Übergabe-Endverschlüsse in den Dokumentationssystemen der Telekom in Megaplan, je EVs	24,30 €	31.07.2028
54	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.5.2.3	Rückbau: Entfernen der Dokumentation der betroffenen Doppeladern des SVT in Kontes-ORKA, je 100 DA	16,05 €	31.07.2028
55	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.5.2.4	Rückbau: Umschaltliste erstellen je 100 DA (Mindermengen anteilig)	128,72 €	31.07.2028
56	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.5.2.5	Rückbau: Löschen des Schaltverteilers in den Dokumentationssystemen der Telekom in Kontes-ORKA je Gehäuse	1,28 €	31.07.2028
57	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.5.2.6	Rückbau: Änderung der Dokumentation des SVT in den Dokumentationssystemen der Telekom in Megaplan, je Stück Gehäuse	49,92 €	31.07.2028
58	1b	Schaltverteiler und neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Hauptkabel für AO-APL	1.5.2.7	Rückbau: Entfernen der Dokumentation des Carrier-Zugangs einschließlich der Übergabe-Endverschlüsse in den Dokumentationssystemen der Telekom in Kontes-ORKA, je EVs	12,84 €	31.07.2028

Nr.	Anlage	Preisliste/n	Ziffer	Var.- Bez.	Entgelt:	befristet bis:
59	1c	Neu zu errichtende Kabelverzweiger	1.1.1	TAL, KVz auf VzK, administrative Tätigkeiten der Auftragsabwicklung und Fakturierung der gemeinsamen Abstimmung einschließlich Begehung, Bearbeitungspauschale	205,59 €	31.07.2028
60	1c	Neu zu errichtende Kabelverzweiger	1.1.2	TAL, KVz auf VzK, Gemeinsame Abstimmung über Dimensionierung, Ausstattung und Installationsstandort des neu zu errichtenden KVz einschließlich einer Begehung	161,97 €	31.07.2028
61	1c	Neu zu errichtende Kabelverzweiger	1.2.1	TAL, KVz auf VzK, administrative Tätigkeiten der Auftragsabwicklung bei der Angebotserstellung	142,42 €	31.07.2028
62	1c	Neu zu errichtende Kabelverzweiger	1.2.2	TAL, KVz auf VzK, Erstellung des Angebots, Pauschale	265,48 €	31.07.2028
63	1c	Neu zu errichtende Kabelverzweiger	1.3.1	TAL, KVz auf VzK, administrative Tätigkeiten der Auftragsabwicklung bei der Bereitstellung des KVz	159,61 €	31.07.2028
64	1c	Neu zu errichtende Kabelverzweiger	1.3.2	TAL, KVz auf VzK, Planung Projektierung und Bauleitung	1.024,62 €	31.07.2028
65	1c	Neu zu errichtende Kabelverzweiger	1.4.3	TAL, KVz auf VzK, Einmessung des Hauptkabelabschnitts zw. HVT u. vorhandenem KVz u. Einmessung der Querkabeldämpfungen zw. vorhandenem KVz und neuem KVz, je Stück	410,60 €	31.07.2028
66	1c	Neu zu errichtende Kabelverzweiger	1.4.4 a	TAL, KVz auf VzK, Dokumentation in Megaplan, je zusätzlichen KVz	49,92 €	31.07.2028
67	1c	Neu zu errichtende Kabelverzweiger	1.4.4 b	TAL, KVz auf VzK, Dokumentation in Kontes-ORKA (je 100 DA)	67,92 €	31.07.2028
68	1c	Neu zu errichtende Kabelverzweiger	1.5.1 a	TAL, KVz auf VzK, Dokumentation in Megaplan, je Übergabe-EVs Carrier	3,27 €	31.07.2028
69	1c	Neu zu errichtende Kabelverzweiger	1.5.1 b	TAL, KVz auf VzK, Dokumentation in Kontes-ORKA, je Übergabe-Endverschlüsse Carrier	4,99 €	31.07.2028
70	1d	Neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Verzweigerkabel mit Rückeinspleißen	1.1.1.1	TAL, KVz auf VzK m Rück, administrative Tätigkeiten der Auftragsabwicklung und Fakturierung der gemeinsamen Abstimmung, Begehung mit Carrierbeteiligung	205,59 €	31.07.2028
71	1d	Neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Verzweigerkabel mit Rückeinspleißen	1.1.1.2	TAL, KVz auf VzK m Rück, Gemeinsame Abstimmung über Dimensionierung, Ausstattung und Installationsstandort des neu zu errichtenden KVz, Begehung mit Carrierbeteiligung	161,97 €	31.07.2028
72	1d	Neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Verzweigerkabel mit Rückeinspleißen	1.1.2.1	TAL, KVz auf VzK m Rück, administrative Tätigkeiten der Auftragsabwicklung bei der Angebotserstellung, Bearbeitungspauschale für Auftragsabwicklung und Fakturierung	142,42 €	31.07.2028
73	1d	Neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Verzweigerkabel mit Rückeinspleißen	1.1.2.2	TAL, KVz auf VzK m Rück, Erstellung eines Angebots über einen neu zu errichtenden Kabelverzweiger, Pauschale je Kabelverzweiger (Alle Kosten beauftragter Fremdleistungen, behördlicher Genehmigungen und Gutachten werden durchgereicht)	265,48 €	31.07.2028
74	1d	Neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Verzweigerkabel mit Rückeinspleißen	1.1.3.1	TAL, KVz auf VzK m Rück, administrative Tätigkeiten der Auftragsabwicklung bei der Bereitstellung des KVz, Bearbeitungspauschale	159,61 €	31.07.2028
75	1d	Neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Verzweigerkabel mit Rückeinspleißen	1.1.3.2	TAL, KVz auf VzK m Rück, Planung Projektierung und Bauleitung (Für die Erteilung von Genehmigungen durch den Straßen- und Wegebaulastträger werden die von der Telekom Deutschland GmbH zu entrichtenden Gebühren durchgereicht)	1.024,62 €	31.07.2028
76	1d	Neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Verzweigerkabel mit Rückeinspleißen	1.1.4.3 a	TAL, KVz auf VzK m Rück, Dokumentation in Megaplan, je zusätzlichen KVz	49,92 €	31.07.2028
77	1d	Neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Verzweigerkabel mit Rückeinspleißen	1.1.4.3 b	TAL, KVz auf VzK m Rück, Dokumentation in Kontes-ORKA, je 100 DA	67,92 €	31.07.2028
78	1d	Neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Verzweigerkabel mit Rückeinspleißen	1.1.5.1 a	TAL, KVz auf VzK m Rück, Dokumentation in Megaplan, je Übergabe-EVs Carrier	3,27 €	31.07.2028
79	1d	Neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Verzweigerkabel mit Rückeinspleißen	1.1.5.1 b	TAL, KVz auf VzK m Rück, Dokumentation in Kontes-ORKA, je Übergabe-Evs	4,99 €	31.07.2028
80	1d	Neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Verzweigerkabel mit Rückeinspleißen	1.2.1	TAL, KVz auf VzK m Rück, Entfernung der Dokumentation der betroffenen Doppeladern aus dem vorgelagerten KVz in KONTES-ORKA (je 100 DA)	16,05 €	31.07.2028
81	1d	Neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Verzweigerkabel mit Rückeinspleißen	1.2.2 a	TAL, KVz auf VzK m Rück, Bei Errichtung eines zusätzlichen Kabelverzweigers ohne gleichzeitige Erschließung des vorgelagerten Kabelverzweigers; Einmessung des Hauptkabelabschnitts zw HVT u neuem Kabelverzweiger, je Stück	347,62 €	31.07.2028
82	1d	Neu zu errichtende Kabelverzweiger auf dem Verzweigerkabel mit Rückeinspleißen	1.2.2 b	TAL, KVz auf VzK m Rück, Bei Errichtung eines zusätzlichen Kabelverzweigers mit gleichzeitiger Erschließung des vorgelagerten Kabelverzweigers; Einmessung der Kabeldämpfung des zusätzlichen Kabelverzweigers	62,98 €	31.07.2028
83	1e	Zugang zum KVz	1.1	KVz-Zuführungskabel Angebotsphase, Bearbeitungspauschale	89,86 €	31.07.2028
84	1e	Zugang zum KVz	1.2.1	Kollo Optimierung KVz Gehäusetausch Angebotsphase	145,03 €	31.07.2028
85	1e	Zugang zum KVz	1.2.2	Kollo Optimierung Schaltmittel Angebotsphase	106,05 €	31.07.2028
86	1e	Zugang zum KVz	2.1	Bearbeitungspauschale je erstmaliger Herrichtung und je Erweiterung von Kollokation für die Auftragsabwicklung und Fakturierung des Angebotes	118,53 €	31.07.2028
87	1e	Zugang zum KVz	3.1.1.1	KVz-Zuführungskabel Herstellungsphase für bis zu 100 DA, Bearbeitungspauschale für Feinprojektierung, Baubegleitung und Abnahme bei Herrichtung u Erweiterung	776,97 €	31.07.2028
88	1e	Zugang zum KVz	3.1.1.2	Rückbau (KVz): Feinprojektierung (Abbauplanung), Bauüberwachung, Montage, Material/Logistik und Abnahme für den Zugang zum KVz bis 100 DA	403,87 €	31.07.2028
89	1e	Zugang zum KVz	3.1.2.1	KVz-Zuführungskabel Herstellungsphase Zusatz für Kabel >100DA, je weitere 100 DA, Baubegleitung und Abnahme bei Herrichtung u Erweiterung	190,89 €	31.07.2028
90	1e	Zugang zum KVz	3.1.2.2	Rückbau (KVz): Feinprojektierung (Abbauplanung), Bauüberwachung, Montage, Material/Logistik und Abnahme für den Zugang zum KVz jede weitere 100 DA	65,46 €	31.07.2028
91	1e	Zugang zum KVz	3.2.1.1	Kollo Optimierung KVz Gehäusetausch Herstellungsphase, Feinprojektierung und Bauleitung	371,59 €	31.07.2028



Nr.	Anlage	Preisliste/n	Ziffer	Var.- Bez.	Entgelt:	befristet bis:
92	1e	Zugang zum KVz	3.2.1.3	Kollo Optimierung KVz mit KoVT überbauen; Gehäusetausch Herstellungsphase, Montagekosten für Gehäusetausch	733,42 €	31.07.2028
93	1e	Zugang zum KVz	3.2.2.1.1	Kollo Optimierung Schaltmittel Herstellungsphase: Planung, Projektierung und Bauleitung je Optimierung	512,31 €	31.07.2028
94	1e	Zugang zum KVz	3.2.2.1.3	Kollo Optimierung Schaltmittel Herstellungsphase: Dokumentation in Megeplan je KVz	49,92 €	31.07.2028
95	1e	Zugang zum KVz	3.2.2.1.4	Kollo Optimierung Schaltmittel Herstellungsphase: Dokumentation in Kontes- ORKA je 100 DA	67,92 €	31.07.2028
96	1e	Zugang zum KVz	4.1	Bearbeitungspauschale je erstmaliger Herrichtung, je Erweiterung sowie je Rückbau von Kollokation für die Auftragsabwicklung und Fakturierung der Bauphase, sowie je einmalig für Begehung	152,74 €	31.07.2028
97	1e	Zugang zum KVz	5.1	DPBO-Messung im Zusammenhang mit dem Zugang zum KVz	347,62 €	31.07.2028
98	1e	Zugang zum KVz	5.2	Durchführen einer DPBO Berechnung	85,08 €	31.07.2028
99	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	TAL, SVT, Herstellung von 1 zu 1 Rangierungen zwischen den Endverschlüssen (je 100 DA)	230,15 €	31.07.2028
100	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	TAL, SVT, Umschaltung aller HK-DA auf den SVT, deckt ein- u. ausgangsseitige Umschaltung ab, je 100 DA	165,00 €	31.07.2028
101	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Rückbau: Kabel zur Verbindung zwischen den Muffen verlegen, je 100 DA/ je m	2,19 €	31.07.2028
102	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Rückbau: Demontage der Endverschlüsse ankommend und abgehend im Gehäuse, je Stück Evs	7,22 €	31.07.2028
103	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Rückbau: Beschaltung an Schneidklemmen der HK-Endverschlüsse entfernen, je Stück angelegte Ader	0,28 €	31.07.2028
104	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Rückbau: Umschaltung der Doppeladern vom Schaltverteiler zurück in das Hauptkabel für eingangs- und ausgangsseitige Umschaltung, je 100 DA, Minderungen anteilig	330,00 €	31.07.2028
105	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Rückbau: Demontage der EVs für Carrier-Zuführung im Gehäuse nach Kündigung, je Evs	7,22 €	31.07.2028
106	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Rückbau: Kabel entfernen, je m	0,78 €	31.07.2028
107	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Rückbau: Beschaltung an Schneidklemmen der Carrier-Endverschlüsse entfernen, je Stück angelegte Ader	0,28 €	31.07.2028
108	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Rückbau: Leitungs-Umschaltungen am HVT und am regulären KVz, pro Leitung	16,32 €	31.07.2028
109	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	TAL, KVz auf VzK, Herstellung von 1 zu 1 Rangierungen zwischen den Endverschlüssen (je 100 DA), Minderungen anteilig	230,15 €	31.07.2028
110	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	TAL, KVz auf VzK, Umschaltung aller VzK-DA auf den KVz - ein- u. ausgangsseitige Umschaltung (je 100), Minderungen anteilig	165,00 €	31.07.2028
111	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	TAL, KVz auf VzK m Rück, Herstellung von 1 zu 1 Rangierungen zwischen den Endverschlüssen (je 100 DA)	230,15 €	31.07.2028
112	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	TAL, KVz auf VzK m Rück, Umschaltung aller VzK-DA auf den KVz - ein- u. ausgangsseitige Umschaltung (je 100 DA)	165,00 €	31.07.2028
113	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	TAL, KVz auf VzK m Rück, Beschaltung der Schneidklemmen für die betroffenen Doppeladern aufheben, je angelegte Ader	0,28 €	31.07.2028
114	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	TAL, KVz auf VzK m Rück, Entfernen der Rangierungen für die betroffenen Doppeladern (je 100 DA)	115,08 €	31.07.2028
115	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	TAL, KVz auf VzK m Rück, Leitungs-Umschaltungen am HVT und am regulären KVz (pro Leitung)	16,32 €	31.07.2028
116	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Kabeltrasse / Hauszuführung einmessen	1,43 €	31.07.2028
117	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Stopfstellen herstellen	99,48 €	31.07.2028
118	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Schrumpfmuffen herstellen	91,19 €	31.07.2028
119	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Sonstige Muffen herstellen	170,17 €	31.07.2028
120	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Schließsysteme einbauen	15,01 €	31.07.2028
121	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Glasfaser vorbereiten und verbinden (Indoor, je Faser)	15,22 €	31.07.2028
122	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Glasfaser vorbereiten und verbinden (Outdoor, je Faser)	15,22 €	31.07.2028
123	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Glasfaser-Muffe herstellen (je Muffe)	208,30 €	31.07.2028
124	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Kabel ausziehen und zerlegen	2,06 €	31.07.2028
125	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Kabel auslegen (bis 30mm)	2,93 €	31.07.2028
126	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Kabelverzweiger aufbauen	338,36 €	31.07.2028
127	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Kabelverzweiger abbauen	183,55 €	31.07.2028
128	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Kunststoffrohr auslegen (bis 110 mm)	5,23 €	31.07.2028
129	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Rohrabzüge abdichten	7,28 €	31.07.2028
130	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Glasfaser in E&MMS-Kassetten ablegen	7,97 €	31.07.2028

Nr.	Anlage	Preisliste/n	Ziffer	Var.- Bez.	Entgelt:	befristet bis:
131	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Gräben für den gebundenen Oberbau	30,41 €	31.07.2028
132	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Zulage Gräben: Aufnehmen & Wiederherstellen v. Klein-/Mosaikpflaster	65,44 €	31.07.2028
133	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Einbringen von Kabel/Rohren in unbelegte Rohrzüge	2,58 €	31.07.2028
134	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Ein-/Ausbringen von Kabel/Rohren in belegte Rohrzüge	3,49 €	31.07.2028
135	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Tiefenerder/Flächenerder einbringen	14,79 €	31.07.2028
136	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Motorpumpe einsetzen	31,30 €	31.07.2028
137	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Komponenten (Zubehör) ein-/ausbauen	4,99 €	31.07.2028
138	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Kabel ausbauen (je m)	0,78 €	31.07.2028
139	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Kabel ab 48-200 DA/-Gf ab 48Fs verlegen	1,69 €	31.07.2028
140	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Kabel bis 48 DA/-Gf 48Fs verlegen	1,15 €	31.07.2028
141	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Kanäle/Doppelböden öffnen und schließen (je m)	2,37 €	31.07.2028
142	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Brandschottsysteme öffnen und schließen (je öffnen und schließen)	45,78 €	31.07.2028
143	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Kabel zum Beschalten vorbereiten (je Kabelende)	2,79 €	31.07.2028
144	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Schneidklemmen beschalten (je Kabelader)	0,55 €	31.07.2028
145	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Kabelverbinden (Cu-DA bis 0,8mm)	1,65 €	31.07.2028
146	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Übergabeverteilerschrank 98 aufstellen	110,28 €	31.07.2028
147	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Wandverteilergehäuse WVt 95/4 befestigen	60,13 €	31.07.2028
148	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Rückbau (HVT): Übergabeverteilerschrank 98 abbauen	88,22 €	31.07.2028
149	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Rückbau (HVT): Wandverteilergehäuse WVt 95/4 entfernen	48,10 €	31.07.2028
150	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Gräben ohne/in ungebundenen Oberbau	24,21 €	31.07.2028
151	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Gruben ohne/in ungebundenen Oberbau	255,28 €	31.07.2028
152	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Sicherung n. Regelpl. größer 5 Tage	14,82 €	31.07.2028
153	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	>3-50 DA an HVT schalten	5,64 €	31.07.2028
154	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Schaltungen an HVT aufheben	4,23 €	31.07.2028
155	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	>50 DA an KVz/MFG schalten	2,30 €	31.07.2028
156	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	>50 DA an KVz/MFG umschalten	6,14 €	31.07.2028
157	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Kollo Optimierung Schaltmittel Herstellungsphase: Umschaltung aller VzK-DA je 100 DA	165,00 €	31.07.2028
158	1f	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Kollo Optimierung Schaltmittel Herstellungsphase: Herstellung von Rangierungen zwischen den Endverschlüssen je 100 DA, Mindermengen anteilig	230,15 €	31.07.2028
159	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	TAL, SVt, Auftragsbezogene Materialpauschale	739,83 €	31.07.2028
160	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Klappe für KVz	25,19 €	31.07.2028
161	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Trennleiste für HVT Typ 71	218,39 €	31.07.2028
162	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	KVz-Gehäuse	379,48 €	31.07.2028
163	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Sockel für KVz	197,04 €	31.07.2028
164	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Kabelkanalrohr (6mx110mm)	22,89 €	31.07.2028
165	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Klemmbohrmuffe (druckdicht)	189,09 €	31.07.2028
166	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Kupferkabel 300DA	15,64 €	31.07.2028
167	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Mehrfachrohr für ein Kabelkanalrohr	3,61 €	31.07.2028
168	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umliegen von APL	Diverse Bezüge	Kabelkanalrohrbogen (110mm, 90 Grad)	10,99 €	31.07.2028



Nr.	Anlage	Preisliste/n	Ziffer	Var.- Bez.	Entgelt:	befristet bis:
169	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Übergabeverteilerschrank Typ K	1.363,35 €	31.07.2028
170	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Kupfer-Aufteilungskabel 100 DA	10,20 €	31.07.2028
171	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Kupferkabel 32 DA	6,30 €	31.07.2028
172	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Kupferkabel 48 DA	9,73 €	31.07.2028
173	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Auftragsbezogene Brandschutzpauschale	57,29 €	31.07.2028
174	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Glasfaserkabel I-DH 1x12E9/125 0,45F5/0,38H21halogenfrei	0,43 €	31.07.2028
175	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Wandverteiler 95/4 4buchtig	1.071,72 €	31.07.2028
176	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	KMP für Flächenverbindungskabel	10,00 €	31.07.2028
177	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Auftragsbezogene Materialpauschale für Weiterführungskabel	45,88 €	31.07.2028
178	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Auftragsbezogene Materialpauschale für Fernkollokationskabel (Glasfaser)	54,64 €	31.07.2028
179	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Auftragsbezogene Materialpauschale für Fernkollokationskabel (Kupfer)	513,03 €	31.07.2028
180	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	KMP für PGVB-Kabel (Glasfaser)	10,00 €	31.07.2028
181	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	KMP für PGVB-Kabel (Kupfer)	10,00 €	31.07.2028
182	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	KMP für Aufträge ohne Kabelmontage	10,00 €	31.07.2028
183	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Glasfasermaterial am HVT je 12 Fasern	170,04 €	31.07.2028
184	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Glasfasermaterial am ÜVT je 12 Fasern	533,96 €	31.07.2028
185	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Satz TrLe-DS 80Q abs zu 8 DA o DfÜ SA	79,20 €	31.07.2028
186	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Schaltblock 95S/48-DS f HVT71 waagerecht	163,12 €	31.07.2028
187	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Vzk - Kupferkabel 100x2x0,5	5,87 €	31.07.2028
188	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	HK - Kupferkabel 100x2x0,5	5,82 €	31.07.2028
189	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Glasfasermuffe bis 48 Fasern	167,39 €	31.07.2028
190	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Glasfasermuffe bis 96 Fasern	183,08 €	31.07.2028
191	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Glasfasermuffe bis 192 Fasern	195,29 €	31.07.2028
192	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Glasfaserinnenkabel 24 Fasern	1,36 €	31.07.2028
193	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Glasfaserinnenkabel 48 Fasern	1,52 €	31.07.2028
194	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Glasfaserinnenkabel 72 Fasern	1,97 €	31.07.2028
195	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Glasfaserinnenkabel 96 Fasern	2,53 €	31.07.2028
196	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Glasfaserinnenkabel 144 Fasern	2,52 €	31.07.2028
197	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Glasfaserinnenkabel 192 Fasern	5,05 €	31.07.2028
198	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	H07V-R 1G16 gnge PVC-Aderleitung	6,61 €	31.07.2028
199	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Kollo Optimierung, Auftragsbezogene Materialpauschale	72,25 €	31.07.2028
200	1g	HVT-/KVz-Kollokation, Schaltverteiler, Zusätzlicher KVz auf HK/VzK mit/ohne Rückeinspleißen, Umlegen von APL	Diverse Bezüge	Auftragsbezogene Verbrauchsmaterialpauschale	10,00 €	31.07.2028
201	1j	Kollokationsstrom und RLT-Überlassung_17	1.1.1	Administrierung einzelner Zähler inkl. SMG-Verkabelung	239,85 €	31.07.2025
202	1j	Kollokationsstrom und RLT-Überlassung_17	1.1.1 u. 1.3.1.1.2	Realisierung SM-Gateway	354,77 €	31.07.2025
203	1j	Kollokationsstrom und RLT-Überlassung_17	1.2.1	Stromzählerablesung je Zähler (über Smart Meter), monatlich	0,98 €	31.07.2025
204	1j	Kollokationsstrom und RLT-Überlassung_17	1.2.2	Stromzählerablesung je Zähler (über Smart Meter)	10,36 €	31.07.2025
205	1j	Kollokationsstrom und RLT-Überlassung_17	1.2.3	manuelle Zählerablesung	60,02 €	31.07.2025
206	1j	Kollokationsstrom und RLT-Überlassung_17	1.3.1.1.1	Austausch einzelner Stromzähler	324,34 €	31.07.2025
207	1j	Kollokationsstrom und RLT-Überlassung_17	1.3.1.2.1	Projektaustausch Stromzähler	675,43 €	31.07.2025
208	1j	Kollokationsstrom und RLT-Überlassung_17	1.3.2	Auftragsabwicklung und Fakturierung der Zählerauswechslung	99,83 €	31.07.2025
209	1j	Kollokationsstrom und RLT-Überlassung_17	1.4 u. 1.3.1.1.2	Rückbau der MUS-Verkabelung	104,07 €	31.07.2025

**Mitteilung Nr. 250/2023****§§ 192 i. V. m. § 29 TKG;****Standardangebot der Telekom Deutschland GmbH für den Zugang zu Wholesale Premium mit einer Ethernet-Schnittstelle und einer Übertragungsrate von 150 Mbit/s als hochqualitatives Zugangsprodukt**

Am 29.11.2023 hat die Telekom Deutschland GmbH gemäß der Verpflichtung aus Ziffer 3.2 der am 31.07.2023 erlassenen Änderung der Regulierungsverfügung (BK2b-21-004) ein Standardangebot für den Zugang zu Wholesale Premium mit einer Ethernet-Schnittstelle und einer Übertragungsrate von 150 Mbit/s vorgelegt.

Das Standardangebot ist auf den Extranetseiten der Telekom Deutschland GmbH veröffentlicht.

Ferner ist das vorgelegte Standardangebot auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter Beschlusskammer 2 – laufende Verfahren – BK2c-23/007 abrufbar.

Die Beschlusskammer hat ein Standardangebotsüberprüfungsverfahren eingeleitet.

Das Verfahren wird unter dem Aktenzeichen BK2c-23/007 geführt.

Stellungnahmen der Verfahrensbeteiligten sind unter Angabe des Aktenzeichens BK2c-23-007 bis zum **09.02.2024** auf dem Postweg oder in elektronischer Form zu richten an die

**Bundesnetzagentur  
Beschlusskammer 2  
Postfach 8001  
53105 Bonn**

oder an folgende E-Mail Adresse: [BK2.-Postfach@bnetza.de](mailto:BK2.-Postfach@bnetza.de).

Sofern Sie eine Stellungnahme abgeben möchten, werden Sie gebeten, eine vertrauliche und eine öffentliche Fassung Ihrer Stellungnahme einzureichen. In der öffentlichen Fassung sind die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse unkenntlich zu machen. Wenn Sie keine öffentliche Fassung übersenden, wird davon ausgegangen, dass Ihre Stellungnahme keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält, vgl. § 216 TKG.

Sollten in Ihrer Stellungnahme ferner personenbezogene Daten enthalten sein, wird darum gebeten, entweder eine schriftliche (bzw. elektronisch erfolgende) Einwilligung zur Offenlegung von demjenigen vorzulegen, dessen personenbezogenen Daten enthalten sind. Sofern eine solche Einwilligung nicht erteilt wird, wird gebeten, die personenbezogenen Daten ebenfalls zu schwärzen.

Der Termin für die öffentliche mündliche Verhandlung vor der Beschlusskammer 2 der Bundesnetzagentur wurde bestimmt auf **Montag, den 11.03.2024, 10:00 Uhr** und findet im Dienstgebäude der Bundesnetzagentur, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, im **Haus 7, Raum 0.02** statt. Dabei wird sowohl eine **persönliche Teilnahme** in den Räumlichkeiten der Bundesnetzagentur als auch eine Teilnahme über **Video- oder Telefonzuschaltung** möglich sein. Die Beschlusskammer bittet um **Anmeldung** bei geplanter Teilnahme an das Postfach [BK2.-Postfach@BNetzA.de](mailto:BK2.-Postfach@BNetzA.de) bis zum **05.03.2024, 12:00 Uhr**.

Die erforderlichen Einwahlmöglichkeiten sowie ggfs. weitere Details zur Durchführung der öffentlichen mündlichen Verhandlung werden zeitnah auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter „Termine der Beschlusskammern“ veröffentlicht.

Die öffentliche Fassung der Verfahrensunterlagen sowie die im Verfahren abgegebenen öffentlichen Stellungnahmen der Verfahrensbeteiligten werden Ihnen zum elektronischen Abruf (Herunterladen) über die Dokumenten-Austauschplattform „Geschlossene Benutzergruppe“ (GBG) im Bereichsordner [BK2c-23/007] bereitgestellt. Für die Nutzung ist eine einmalige Registrierung bei der Bundesnetzagentur erforderlich. Diese wird von der Geschäftsstelle der Beschlusskammern vorgenommen, die Sie unter [BK.Service@bnetza.de](mailto:BK.Service@bnetza.de) bzw. unter den Rufnummern 0228/14-4714 und 0228/14-4702 erreichen. Sollte Ihr Unternehmen/ Ihr Verband bereits registriert sein, entfällt eine erneute Registrierung für den jeweiligen Nutzer. Mit dem Erlass des Beiladungsbeschlusses, erfolgt die Freigabe des entsprechenden Verfahrensordners. Ihr Unternehmen kann dann auf sämtliche dort bereits abgelegten und zukünftig eingestellten Dokumente zugreifen. Ausführliche Informationen hierzu erhalten Sie unter [www.bundesnetzagentur.de](http://www.bundesnetzagentur.de) <<http://www.bundesnetzagentur.de>> auf der Seite der Beschlusskammer 2 unter „Aktuelles“. Sollte Ihnen die Registrierung nicht möglich sein, bitten wir Sie um eine diesbezügliche Rückmeldung.

Sofern Sie als Nutzer registriert sind, können Sie die Dateien zu diesem Verfahren ab sofort und bis ca. 6 Wochen nach Beendigung des Verfahrens einsehen bzw. herunterladen.

BK2c-23/007

**Mitteilung Nr. 251/2023****§§ 192 i. V. m. § 29 Abs. 5 TKG;****Verwaltungsverfahren zur Überprüfung des Standardangebots Wholesale Ethernet VPN 2.0 der Telekom Deutschland GmbH****Bekanntgabe des Termins der öffentlich mündlichen Verhandlung nach der 1. Teilentscheidung**

Der Termin für die öffentlich mündliche Verhandlung im o. g. Verfahren vor der Beschlusskammer 2 der Bundesnetzagentur wurde bestimmt auf **Montag, den 19.02.2024, 10:00 Uhr** und findet im Dienstgebäude der Bundesnetzagentur, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, im **Haus 7, Raum 0.02** statt. Dabei wird sowohl eine **persönliche Teilnahme** in den Räumlichkeiten der Bundesnetzagentur als auch eine Teilnahme über **Video- oder Telefonzuschaltung** möglich sein. Die Beschlusskammer bittet um **Anmeldung** bei geplanter Teilnahme an das Postfach [BK2.-Postfach@BNetzA.de](mailto:BK2.-Postfach@BNetzA.de) bis zum **14.02.2024, 12:00 Uhr**.

BK2c-19/008

Mitteilung Nr. 252/2023

**§ 192 TKG i. V. m. §§ 40, 38ff TKG;****Antrag der Telekom Deutschland GmbH vom 30.11.2023 auf Genehmigung von Entgelten für den Zugang zu Wholesale Premium 2.0 mit einer Ethernet-Schnittstelle und einer Übertragungsrate von 150 Mbit/s**

Die Telekom Deutschland GmbH hat mit Schreiben vom 30.11.2023 die Genehmigung von Entgelten für den Zugang zu Wholesale Premium 2.0 mit einer Ethernet-Schnittstelle und einer Übertragungsrate von 150 Mbit/s beantragt.

Das Verfahren wird unter dem Aktenzeichen BK2a-23-006 geführt.

Die beantragten Entgelte werden hiermit veröffentlicht.

**Entgeltantrag OTN**

Einmalige Entgelte für die Bereitstellung von WS 150M OTN GE

je Anschluss [in EUR]

Customer Sited (CS)	1.747,42
Kollokationszuführung (K)	1.747,42

Monatliche Entgelte für die Überlassung der Anschlüsse WS 150M OTN GE

je Anschluss [in EUR]

Customer Sited (CS)	Short Range (SRR)	398,83
	Backbone (BBR)	434,91
	Regio (RRR)	487,1
	Country (CRR)	530,85
Kollokation (K)	Short Range (SRR)	274,93
	Backbone (BBR)	311,01
	Regio (RRR)	363,2
	Country (CRR)	406,95

Monatliche Entgelte für die Überlassung der Verbindung WS 150M OTN GE

je Verbindung [in EUR]

Preisstufe 0	keine Verbindungslinie	0
Preisstufe 1	Verbindungslinie < 100km	473,65
Preisstufe 2	Verbindungslinie > = 100km	791,83

Entgelte für Zusatzleistungen WS 150M OTN GE

Zusätzliche Anfahrt	einmalig	80,91
Überführung aus einem Vertrag mit Dritten	einmalig	91,58
Proaktives Faultmanagement	einmalig	176,34
	monatlich	15,36
High Performance Solution (HPS)	einmalig	nach Aufwand
	monatlich	nach Aufwand

Der Termin für die **öffentlich mündliche Verhandlung** vor der Beschlusskammer 2 der Bundesnetzagentur wurde bestimmt auf **den 09.01.2024, 10:00 Uhr** und findet im Dienstgebäude der Bundesnetzagentur, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, im **Haus 7, Raum 0.02** statt. Dabei wird sowohl eine **persönliche Teilnahme** in den Räumlichkeiten der Bundesnetzagentur als auch eine Teilnahme über **Video- oder Telefonzuschaltung** möglich sein. Die Beschlusskammer bittet um **Anmeldung** bei geplanter Teilnahme an das Postfach [BK2-Postfach@BNetzA.de](mailto:BK2-Postfach@BNetzA.de) bis zum **05.01.2024, 12:00 Uhr**.

Die erforderlichen Einwahlmöglichkeiten sowie ggfs. weitere Details zur Durchführung der öffentlich mündlichen Verhandlung werden zeitnah auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter „Termine der Beschlusskammern“ veröffentlicht.

Die öffentliche Fassung der Antragsunterlagen sowie die im Verfahren abgegebenen öffentlichen Stellungnahmen werden den Verfahrensbeteiligten zum elektronischen Abruf (Herunterladen) über die Dokumentenaustauschplattform „Geschlossene Benutzergruppe“ (GBG) im Bereichsordner BK2a-23-006 bereitgestellt. Für die Nutzung der GBG ist eine einmalige Registrierung bei der Bundesnetzagentur erforderlich. Ausführliche Informationen hierzu erhalten Sie unter [www.bundesnetzagentur.de](http://www.bundesnetzagentur.de) auf der Seite der Beschlusskammer 2 unter „Aktuelles“, Aktuelle Mitteilungen der Beschlusskammer 2. Sollte Ihnen die Registrierung nicht möglich sein, bitten wir Sie um eine diesbezügliche Rückmeldung.

Sofern Sie als Nutzer registriert sind, können Sie die Dateien ab sofort und bis ca. 6 Wochen nach Beendigung des Verfahrens einsehen bzw. herunterladen

Etwaige **Stellungnahmen können bis zum 05.01.2024** auf dem Postweg an die Bundesnetzagentur, Beschlusskammer 2, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn oder elektronisch an [BK2-Postfach@BNetzA.de](mailto:BK2-Postfach@BNetzA.de) jeweils unter Angabe des Aktenzeichens BK2a-23-006 gesendet werden.

Sofern Ihre Stellungnahme Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält, fügen Sie bitte eine öffentliche Fassung Ihrer Stellungnahme ohne Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bei. Wenn Sie keine öffentliche Fassung beifügen, wird davon ausgegangen, dass Ihre Stellungnahme keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält, vgl. § 216 TKG.

Sollten in Ihrer Stellungnahme ferner personenbezogene Daten enthalten sein, wird darum gebeten, entweder eine schriftliche (bzw. elektronisch erfolgende) Einwilligung zur Offenlegung von demjenigen vorzulegen, dessen personenbezogenen Daten enthalten sind. Sofern eine solche Einwilligung nicht erteilt wird, wird gebeten, die personenbezogenen Daten ebenfalls zu schwärzen.

Die 10-wöchige Verfahrensfrist endet am 08.02.2024. Daran schließen sich die nationale Konsultation und die Zuleitung des Entscheidungsentwurfs an die EU-Kommission, das GEREK und die übrigen nationalen Regulierungsbehörden gem. §§ 13 Abs. 1 Satz 2, 12 Abs. 2 Nr. 1 TKG an.

BK2a-23-006


**Mitteilung Nr. 253/2023**
**Auslaufen der Vfg. 1/2014 „Allgemeinzuteilung von Frequenzen für die Benutzung durch die Allgemeinheit für den nicht navigatorischen Ortungsfunk innerhalb vollständig geschlossener Räume oder Behältnisse“**

Im Amtsblatt Nr. 01/2014 vom 15.01.2014 hat die Bundesnetzagentur die Verfügung 1/2014 „Allgemeinzuteilung von Frequenzen für die Benutzung durch die Allgemeinheit für den nicht navigatorischen Ortungsfunk innerhalb vollständig geschlossener Räume oder Behältnisse“ veröffentlicht.

Diese Verfügung enthält Regelungen zur Anwendung der Frequenzbereiche 5,15–6,45 GHz und 8,10–10,60 GHz für die Benutzung durch die Allgemeinheit für Tankradare in geschlossenen Behältern. Diese Regelungen ermöglichen die Nutzung bis zum 31.12.2023.

Aufgrund der Entwicklung der europäischen Harmonisierung sowie der technischen Weiterentwicklungen am Markt ist die Bundesnetzagentur der Auffassung, dass die nationale Verfügung 1/2014 nicht mehr benötigt wird.

Interessierten Kreisen wurde mittels einer öffentlichen Anhörung (Mitteilungsnummer 202/2023, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 21/2023 vom 8.11.2023) die Möglichkeit der Stellungnahme mit Frist bis zum 6.12.2023 gegeben.

Deren Ergebnis – es gingen keine Stellungnahmen bei der Bundesnetzagentur ein – bestätigt die Auffassung der Bundesnetzagentur, dass für die Verfügung 1/2014 kein Bedarf mehr besteht. Somit wird diese nicht verlängert.

221-5

**Mitteilung Nr. 254/2023**
**Beabsichtigte Außerkraftsetzung einer Funk-Schnittstellenbeschreibung (SSB FE-OE 027)**

Die Bundesnetzagentur beabsichtigt, die nachstehende SSB außer Kraft zu setzen:

**FE-OE 027 – Punkt-zu-Mehrpunkt-Digital-Richtfunkanlagen des festen Funkdienstes im 26-GHz-Bereich**

(Ausgabe: November 2009) notifiziert unter der Nr. 2010/0050/D.

Hintergrund ist, dass in Deutschland im 26-GHz-Bereich keine Frequenzen für P-MP mehr zugeteilt werden. Die SSB FE-OE 027 ist somit obsolet.

In Umsetzung der Durchführungsbeschlüsse (EU) 2019/784 vom 14. Mai 2019 und (EU) 2020/590 vom 24. April 2020 hat die Bundesnetzagentur die „VV lokales Breitband 26 GHz“ (vollständiges Zitat: siehe REF1 unten) erlassen, welche die Frequenzzuteilung für den drahtlosen breitbandigen Netzzugang für lokale Anwendungen in diesem Frequenzbereich regelt. Darauf wird auch im besonderen Teil für den Frequenzbereich von 26 GHz der aktuellen Verwaltungsvorschrift für den Richtfunk, VV-RiFu (siehe REF2 unten), hingewiesen.

Frequenzzuteilungen nach älteren Vorschriften können noch auslaufend betrieben werden.

**REF1:** VV lokales Breitband 26 GHz, Verwaltungsvorschrift für Frequenzzuteilungen für lokale, breitbandige Frequenznutzungen im Frequenzbereich 24,25-27,5 GHz

(VV Lokales Breitband 26 GHz), Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Referat 226, Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin, Stand: 15.05.2023

**REF2:** VV RiFu

Verwaltungsvorschrift für Frequenzzuteilungen im festen Funkdienst für Richtfunkanwendungen (VV RiFu), Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Referat 226, Stand: 31.05.2022

Den interessierten Kreisen der Öffentlichkeit wird hiermit die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Anregungen und Bedenken zur Außerkraftsetzung können **innerhalb von 6 Wochen nach Erscheinen dieser Mitteilung** an die E-Mail Adresse [ssb@bnetza.de](mailto:ssb@bnetza.de) in deutscher Sprache eingereicht werden.

Die o. g. SSB ist auf der INTERNET-Seite der Bundesnetzagentur (<http://www.bundesnetzagentur.de>) unter „Fachthemen → Telekommunikation → Technik und Produktsicherheit → Funk-Schnittstellenbeschreibungen → „Fester Funk (FE), Punkt-zu-Mehrpunkt Richtfunk“ abrufbar.

Die Bundesnetzagentur prüft die vorgebrachten Anregungen und Bedenken. Diese werden im Amtsblatt der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Aufgrund der Veröffentlichung sollten keine Geschäftsgeheimnisse enthalten sein.

Eine Pflicht zur Mitteilung des Ergebnisses der Prüfung besteht nicht. Die Bundesnetzagentur wird in Fällen besonderer Bedeutung das Ergebnis der Prüfung veröffentlichen oder einzelne Betroffene über das Ergebnis der Prüfung unterrichten. Die Bundesnetzagentur kann zur Klärung von widerstreitenden Belangen eine mündliche Anhörung durchführen. Eine Entscheidung über die Außerkraftsetzung der o. g. SSB erfolgt unter Würdigung der Ergebnisse des Verfahrens abschließend durch die Bundesnetzagentur. Die Außerkraftsetzung wird im Amtsblatt der Bundesnetzagentur veröffentlicht.

421

## Mitteilung Nr. 255/2023

**Erneute Anhörung zur Befristung bisher unbefristeter Frequenzzuteilungen im nichtöffentlichen mobilen Landfunk**

Es ist beabsichtigt, sämtliche bisher unbefristeten Zuteilungen im Bereich des nichtöffentlichen mobilen Landfunks nachträglich zu befristen.

Hierbei werden drei Fallgruppen unterschieden:

1. Unbefristet erteilte Zuteilungen für die in der Anlage konkret aufgeführten Frequenzen, welche bereits in der Verwaltungsvorschrift für den nichtöffentlichen mobilen Landfunk (VVnömL)<sup>1</sup> als zu befristen ausgewiesen sind oder waren, werden **befristet bis zum 31.12.2025**
2. Unbefristet erteilte Zuteilungen entsprechend den aktuellen Kapiteln 1.2.2, 1.2.3, 1.2.4, 1.4.2, 1.8, 1.9, 1.10, 1.11, 1.14, 1.17, 1.18, 1.19, 1.22, 1.25, 6.3, 9.3 der VVnömL aufgrund der Ablösung der 20-kHz-Kanalbandbreite und Umstellung auf das 12,5-kHz-Kanalaraster werden **befristet bis zum 31.12.2028**
3. Alle übrigen unbefristet erteilten Zuteilungen entsprechend den übrigen ehemaligen und aktuellen Kapiteln der VVnömL werden **befristet bis zum 31.12.2028**

Die jeweilige Befristung soll gemäß § 99 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) als nachträgliche Nebenbestimmung zu den Frequenzzuteilungen durch personengebundene Allgemeinverfügung erfolgen.

Inhaber einer bereits befristeten Frequenzzuteilung im nichtöffentlichen mobilen Landfunk sind von den Änderungen nicht betroffen. Bereits individuell festgelegte Befristungen gelten weiterhin. Ebenfalls nicht betroffen sind Frequenzzuteilungen nach anderen (Verwaltungs-) Vorschriften.

Interessierte Kreise haben hiermit gemäß § 99 Abs. 3 Satz 2 TKG die Möglichkeit, Stellung zu nehmen.

**Stellungnahmen** sind in deutscher Sprache bis zum **01.02.2024** vorrangig elektronisch im PDF-Dateiformat (Kopieren und Drucken muss zugelassen sein) an [225-anhoerung@bnetza.de](mailto:225-anhoerung@bnetza.de) zu senden. Schriftliche Stellungnahmen können an die Bundesnetzagentur, Referat 225, Canisiusstraße 21, 55122 Mainz geschickt werden.

Alle Informationen finden Sie auch auf [www.bundesnetzagentur.de/umstellung-befristung](http://www.bundesnetzagentur.de/umstellung-befristung)

**Begründung**

Zur geplanten Befristung bisher unbefristeter Frequenzzuteilungen im nichtöffentlichen mobilen Landfunk hat die Bundesnetzagentur bereits im Sommer 2023 eine erste öffentliche Anhörung durchgeführt. Interessierte Kreise hatten vom 09.08.2023 bis 22.09.2023 Gelegenheit, hierzu Stellung zu nehmen.<sup>2</sup>

Es sind vier Stellungnahmen eingegangen. Inhaltlich wird auf diese an den entsprechenden Stellen in der weiteren Begründung eingegangen. Im Rahmen der Anhörung ist aufgefallen, dass eine weitere Fallgruppe besonders betrachtet werden muss, damit die Umstellung des Kanalarasters praxistauglich erfolgen kann. Daher wird zu dem jetzt geplanten leicht veränderten Vorgehen eine erneute Anhörung durchgeführt, die gleichzeitig die bisher vorliegenden Stellungnahmen würdigt.

Die neue weitere Fallgruppe wird nachfolgend als „1. Fallgruppe“ beschrieben. Die beiden Fallgruppen aus der ersten Anhörung im Sommer 2023 werden nachfolgend als „2. Fallgruppe“ sowie als „3. Fallgruppe“ beschrieben.

<sup>1</sup> [www.bnetza.de/vvnoeml](http://www.bnetza.de/vvnoeml)

<sup>2</sup> Amtsblatt Mitteilung Nr. 135/2023, auch veröffentlicht unter [www.bnetza.de/umstellung-befristung](http://www.bnetza.de/umstellung-befristung)

Grundsätzlich und für alle folgenden Fallgruppen gleichermaßen wird darauf hingewiesen, dass Frequenzen gemäß § 92 Abs. 1 S. 1 TKG<sup>3</sup> in der Regel befristet zugeteilt werden. Hintergrund dieser Regelung ist auch eine flexible Frequenzplanung. Damit besteht die Möglichkeit, diese an geänderte Anforderungen (z. B. steigende Nachfrage nach bestimmten Frequenzen, Erweiterung oder Änderung des Nutzungszwecks) anzupassen und dadurch eine effiziente und störungsfreie Frequenznutzung sicherzustellen. Unbefristete Zuteilungen verhindern eine flexible und nachfrageorientierte Frequenzplanung und dadurch eine effiziente und störungsfreie Frequenznutzung. Frequenzzuteilungen entsprechend der VVnöML sind aus diesem Grund seit 2004 grundsätzlich nur bis zu zehn Jahre befristet. Von den beabsichtigten Regelungen betroffen sind folglich insbesondere Zuteilungen, die vor 2004 ausgestellt wurden.

Inhaber einer bereits befristeten Frequenzzuteilung im nichtöffentlichen mobilen Landfunk sind von den Änderungen nicht betroffen. Bereits individuell festgelegte Befristungen gelten weiterhin. Dies gilt auch für Befristungen, die nach dem 31.12.2028 enden. Ebenfalls nicht betroffen sind Frequenzzuteilungen nach anderen (Verwaltungs-) Vorschriften.

In Stellungnahmen wurde darauf hingewiesen, dass die in der ersten Anhörung beschriebene Amortisation für Investitionen in Netze, die auf Grundlage einer unbefristeten Frequenzzuteilung die vor 2004 ausgestellt wurde, betrieben werden, nicht zutreffe. Zudem wird angeregt, die bisherige Befristung von zehn Jahren zu verlängern.

Nach § 92 Abs. 1 S. 2 TKG muss die Befristung für die betreffende Nutzung angemessen sein und die Amortisation der dafür notwendigen Investitionen angemessen berücksichtigen. Die aktuelle Befristung von bis zu zehn Jahren wird seit 2004 praktiziert. In der jüngeren Vergangenheit vor der ersten Anhörung gab es keinen vergleichbaren Vortrag der Marktakteure hinsichtlich der Dauer der Befristung oder der Amortisation von Investitionen und daher keinen Grund die aktuelle Dauer der Befristung zu hinterfragen. Im Zusammenhang mit der nächsten Änderung der VVnöML wird die Bundesnetzagentur die maximale Dauer der Befristung für künftige Frequenzzuteilungen neu bewerten.

### **Befristung 1. Fallgruppe bis 31.12.2025**

Dies betrifft alle aktuell noch unbefristet erteilten Zuteilungen für die in der Anlage aufgeführten Frequenzen, welche bereits in der VVnöML als zu befristen ausgewiesen sind oder waren. Diese werden nachträglich befristet bis zum 31.12.2025.

Insbesondere im Zusammenhang mit der Ablösung der 20-kHz-Kanalbandbreite und die Umstellung auf das 12,5-kHz-Kanalraster im Betriebsfunk (siehe dazu auch nachfolgende 2. Fallgruppe) werden bereits seit 2018 sukzessive einzelne Frequenzen oder Frequenzbereiche nachträglich befristet und geräumt. Dies ist notwendig, damit alle Zuteilungsinhaber möglichst unterbrechungsfrei in das neue Kanalraster wechseln können, denn eine Umstellung aller Zuteilungen zu einem festen Stichtag ist nicht möglich.

Eine formale Umstellung zu einem festen Stichtag ist theoretisch denkbar. In der Praxis müssen die Zuteilungsinhaber im Rahmen der Umstellung nicht selten ihre Endgeräte auf die neue Frequenz umstellen. Dies ist im laufenden Betrieb zu einem bestimmten Stichtag insbesondere bei größeren Netzen kaum möglich.

Durch die vorzeitige Befristung und Räumung bestimmter Frequenzbereiche werden Ausweichmöglichkeiten für alle Zuteilungsinhaber geschaffen und gleichzeitige Nutzungen im alten und im neuen Kanalraster während der Umstellungsphase ermöglicht.

Die in der Anlage 1a aufgeführten Frequenzen wurden überwiegend erstmals mit der VVnöML Stand Oktober 2018 befristet ausgewiesen bis 31.12.2022. Für den weit überwiegenden Teil der Frequenzen enthielt zudem der Frequenzplan Stand Oktober 2019 eine Befristung für das 20-kHz-Kanalraster bis zum 31.12.2022. Diese Frequenzen waren zuletzt in der VVnöML Stand September 2022 aufgeführt.

Die in der Anlage 1b aufgeführten Frequenzen wurden überwiegend erstmals mit der VVnöML Stand Oktober 2018 befristet ausgewiesen bis zum 31.12.2020. Seit der VVnöML Stand Dezember 2021 sind sie befristet bis

<sup>3</sup> wortgleich in § 55 Abs. 9 TKG a.F.

zum 31.12.2025 ausgewiesen. Diese Frequenzen sind mit der Befristung in der aktuellen VVnömL Stand Mai 2023 enthalten.

Um das gesamte neue Frequenzraster effizient und störungsfrei nutzen zu können, sind sämtliche Frequenzzuteilungen umzustellen. Gleichzeitig muss aber auch eine unterbrechungsfreie Frequenznutzung möglich sein. Dafür ist es erforderlich, dass einige Frequenzen zu einem früheren Zeitpunkt befristet und dadurch Ausweichmöglichkeiten geschaffen werden können.

Ein milderes und gleich effektives Mittel zur Sicherstellung der effizienten und störungsfreien Frequenznutzung der betroffenen Frequenzbereiche ist nicht ersichtlich.

Der Befristungszeitraum ist auch angemessen. Es ist zum einen seit fünf Jahren bekannt, dass die Umstellung des Kanalarasters erfolgt und die in der Anlage aufgeführten Frequenzen vorzeitig befristet werden. Zum anderen verbleiben bis zur Befristung noch fast zwei Jahre, obwohl die große Anzahl der in Anlage 1a genannten Frequenzen bereits seit drei Jahren nicht mehr im 20-kHz-Raster genutzt werden soll. Zudem erfolgen seit 2018 keine neuen Zuteilungen mehr auf den Frequenzen. In der Zwischenzeit beantragte Änderungen von Zuteilungen führten bereits zu einem Wechsel der Frequenz. Folglich ist nur eine relativ geringe Anzahl an Zuteilungen von dieser Befristung betroffen.

Ein frequenzregulatorischer Grund im Sinne von § 99 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 TKG für eine nachträgliche Befristung liegt demnach vor (Sicherung der effizienten und störungsfreien Nutzung der Frequenzen).

### **Befristung 2. Fallgruppe bis 31.12.2028**

Dies betrifft alle noch unbefristet erteilten Zuteilungen entsprechend den aktuellen Kapiteln 1.2.2, 1.2.3, 1.2.4, 1.4.2, 1.8, 1.9, 1.10, 1.11, 1.14, 1.17, 1.18, 1.19, 1.22, 1.25, 6.3, 9.3 der VVnömL, die nicht bereits von der 1. Fallgruppe erfasst sind. Diese werden nachträglich befristet bis zum 31.12.2028.

Im Jahr 2018 hat die Bundesnetzagentur nach einer öffentlichen Anhörung<sup>4</sup> die Ablösung der 20-kHz-Kanalbandbreite und die Umstellung auf das 12,5-kHz-Kanalaraster im Betriebsfunk festgelegt.<sup>5</sup> Die technologische Weiterentwicklung, das neue Frequenzraster gemäß CEPT ECC T/R 25-08<sup>6</sup> und die damit verbundene effizientere und störungsfreie Frequenznutzung haben die Umstellung notwendig gemacht. Das aktuelle Kanalaraster kann der Verwaltungsvorschrift für den nichtöffentlichen mobilen Landfunk entnommen werden.<sup>7</sup>

Daher werden seit 2018 Frequenzzuteilungen für neu zu errichtende Funknetze nur noch im 12,5-kHz-Kanalaraster zugeteilt. Ausnahmsweise werden daneben bestimmte befristete Zuteilungen im 20-kHz-Kanalaraster längstens bis 31.12.2028 erneut zugeteilt.<sup>8</sup>

Um das gesamte neue Frequenzraster effizient und störungsfrei nutzen zu können, sind sämtliche Frequenzzuteilungen umzustellen. Dies erfordert es, die noch vorhandenen unbefristeten Frequenzzuteilungen nachträglich zu befristen.

In einem Kommentar wird vorgetragen, die Umstellung des 20-kHz-Rasters im Betriebsfunkblock des Rundfunks nach Abschnitt 1.18.2 b) der VVnömL widerspreche einer effizienten und störungsfreien Frequenznutzung, da einige dieser Frequenzen auch für andere Dienste des Rundfunks genutzt und weiterhin mit den bisherigen Parametern und im 20-kHz-Raster benötigt würden.

Die Bundesnetzagentur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass in diesem Fall eine Mehrfachnutzung von Frequenzen in unterschiedlichen Funkdiensten vorliegt. Die Frequenzen nach Abschnitt 1.18.2 b) der VVnömL stehen außerhalb des Betriebsfunks in den Abschnitten 10.2 sowie 10.3.3 der VVnömL im 20-kHz-Raster zur Verfügung. Da diese Abschnitte nicht von der Umstellung des Kanalarasters betroffen sind, stehen diese

4 Amtsblatt Mitteilung Nr. 253/2018, auch veröffentlicht unter [www.bnetza.de/umstellung-befristung](http://www.bnetza.de/umstellung-befristung)

5 Amtsblatt Mitteilung Nr. 418/2018, auch veröffentlicht unter [www.bnetza.de/umstellung-befristung](http://www.bnetza.de/umstellung-befristung)

6 [https://www.ecodocdb.dk/document/category/ECC\\_Recommendations?status=ACTIVE](https://www.ecodocdb.dk/document/category/ECC_Recommendations?status=ACTIVE)

7 [www.bnetza.de/vvnoeml](http://www.bnetza.de/vvnoeml)

8 Amtsblatt Mitteilung Nr. 418/2018

Frequenzen auch weiterhin im 20-kHz-Raster zur Verfügung. Ein unterschiedliches Kanalaraster in unterschiedlichen Funkdiensten schränkt eine effiziente und störungsfreie Frequenznutzung nicht ein.

Ein milderes und gleich effektives Mittel zur Sicherstellung der effizienten und störungsfreien Frequenznutzung der betroffenen Frequenzbereiche ist nicht ersichtlich.

Der Befristungszeitraum ist auch angemessen. Zum einen ist seit fünf Jahren bekannt, dass die Umstellung des Kanalarasters erfolgt, zum anderen verbleibt in den kommenden fünf Jahren bis zum Ende der Befristung am 31.12.2028 ausreichend Zeit, Bestandsnetze umzustellen.

Ein frequenzregulatorischer Grund im Sinne von § 99 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 TKG für eine nachträgliche Befristung liegt demnach vor (Sicherung der effizienten und störungsfreien Nutzung der Frequenzen).

In einer Stellungnahme wird die Umstellung des Kanalarasters sowie die nachträgliche Befristung für die Sicherung der effizienten und störungsfreien Nutzung der Frequenzen im Betriebsfunk ausdrücklich unterstützt.

Ab dem 01.01.2029 ist keine Frequenznutzung im 20-kHz-Raster zu den genannten Kapiteln der VVnöML mehr möglich. Zur Planung der Frequenzumstellung von Bestandsnetzen werden den Zuteilungsinhabern auf Antrag innerhalb der Übergangsfrist Frequenzen aus dem neuen Kanalaraster zur Verfügung gestellt. Ein erforderlicher Parallelbetrieb von Frequenzen des auslaufenden 20 kHz sowie des neuen Kanalarasters für eine Übergangszeit bis maximal 31.12.2028 kann mit der Bundesnetzagentur abgestimmt werden.

Im Zusammenhang mit der Umstellung von Bestandsnetzen wird in einer Stellungnahme angeregt, dass erneute Frequenzzuteilungen nicht erst zwölf Monate, sondern bereits fünf Jahre vor Ablauf der Befristung beantragt und zugeteilt werden sollten. Dies erhöhe die Planungssicherheit auf Seiten der Frequenznutzer.

Mit der nächsten Änderung der VVnöML wird die Bundesnetzagentur die Regelungen für Verlängerungsanträge neu bewerten. Es erscheint denkbar, von der bisherigen strikten Handhabung abzuweichen.

Ein weiterer Kommentator bittet um konkrete Beratung zur Umstellung und zum Parallelbetrieb im alten und neuen Kanalaraster.

Die Bundesnetzagentur ist im Rahmen ihrer Möglichkeiten gerne bereit, Zuteilungsinhaber bei der Umstellung zu unterstützen. Aufgrund der großen Anzahl an potenziell Betroffenen muss hierbei allerdings priorisiert werden, so dass möglicherweise nicht alle Anfragen zeitnah abgearbeitet werden können.

### **Befristung 3. Fallgruppe bis 31.12.2028**

Dies betrifft alle restlichen noch unbefristet erteilten Zuteilungen entsprechend den übrigen ehemaligen und aktuellen Kapiteln der VVnöML, die nicht bereits von der 1. oder 2. Fallgruppe erfasst sind. Diese werden nachträglich befristet bis zum 31.12.2028.

Vorliegend deuten stichprobenartige Überprüfungen der Bundesnetzagentur über mehrere Jahre auf einen hohen Anteil nicht genutzter Frequenzzuteilungen in den übrigen ehemaligen und aktuellen Kapiteln der VVnöML hin, die nicht von der 1. oder 2. Fallgruppe erfasst sind.

Gleichzeitig steigt der Bedarf an Frequenzen in den von der 2. Fallgruppe erfassten Kapiteln. In manchen Ballungsräumen wird es zunehmend schwierig, allen Antragstellern ausreichend Frequenzen zur Verfügung zu stellen.

Durch die Befristung bisher unbefristeter Zuteilungen sind alle Zuteilungsinhaber gezwungen, sich mit ihrem künftigen Frequenzbedarf auseinanderzusetzen und diesen bedarfsgerecht anzupassen. Es wird erwartet, dass nur bei tatsächlichem Bedarf ein Antrag auf eine erneute Zuteilung gestellt wird. In Anbetracht der teilweise hohen Quoten an Nichtnutzungen wird auch erwartet, dass zahlreiche Frequenzen ab 2029 frei werden. Diese können dann für Anwendungen entsprechend den anderen Kapiteln der VVnöML genutzt werden. Dies erfordert allerdings, die noch vorhandenen unbefristeten Frequenzzuteilungen nachträglich bis zum 31.12.2028 zu befristen.

Ein milderes und gleich effektives Mittel zur Sicherstellung der effizienten und störungsfreien Frequenznutzung ist nicht ersichtlich. Der Befristungszeitraum ist angemessen. Betroffen sind insbesondere Zuteilungen vor 2004. Es verbleiben noch fünf Jahre bis zum Ende der Befristung. Eine technische Umstellung von Bestandsnetzen erscheint darüber hinaus derzeit in der 3. Fallgruppe nicht notwendig, so dass eine unterbrechungsfreie Frequenznutzung durch einen rechtzeitigen Antrag auf Frequenzzuteilung ab dem 1.1.2029 möglich ist.

In einer Stellungnahme wird gefordert, dass die nachträgliche Befristung in dieser Fallgruppe nicht mit einer Vorlaufzeit von fünf, sondern ebenfalls mit zehn Jahren erfolgen sollte.

In diesem Zusammenhang weist die Bundesnetzagentur darauf hin, dass nur durch die nachträgliche Befristung bisher unbefristeter Frequenzzuteilungen alle Zuteilungsinhaber gezwungen sind, sich mit ihrem künftigen Frequenzbedarf auseinanderzusetzen. Im Einzelfall mag auch ohne Befristung eine effiziente Frequenznutzung gegeben sein. Für eine effiziente Nutzung des gesamten zur Verfügung stehenden Frequenzspektrums und für eine eventuelle Nutzung in anderen Kapiteln der VVnöML ist jedoch eine möglichst zeitnahe Befristung notwendig. Da in dieser Fallgruppe keine technischen Änderungen notwendig erscheinen, ist die kürzere Vorlaufzeit von fünf Jahren verhältnismäßig.

Ein frequenzregulatorischer Grund im Sinne von § 99 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 TKG für eine nachträgliche Befristung liegt demnach vor (Sicherung der effizienten und störungsfreien Nutzung der Frequenzen).

### **Personengebundene Allgemeinverfügung**

Aktuell gibt es rund 20.000 unbefristete Frequenzzuteilungen entsprechend der VVnöML. Aufgrund der Menge soll die nachträgliche Nebenbestimmung der Befristung für alle Fallgruppen als personenbezogene Allgemeinverfügung erfolgen.

Denkbar wäre zwar auch, statt der beabsichtigten nachträglichen Befristung die Frequenzinhaber um einen Verzicht auf die Frequenzzuteilung zu ersuchen. Problematisch ist jedoch, dass die Kontaktaufnahme angesichts der hohen Anzahl der Zuteilungsinhaber mit einem äußerst hohen Verwaltungsaufwand verbunden wäre. Zudem wird eine Vielzahl der Zuteilungsinhaber noch ein gegenwärtiges Interesse an dem Fortbestand der Frequenzzuteilung haben, so dass mit einem unzureichenden Rücklauf zu rechnen sein dürfte, so dass das Ziel der effizienten und störungsfreien Nutzung des betroffenen Frequenzbereichs nicht erreicht würde.

Möglich wäre auch eine nachträgliche Befristung durch einen jedem einzelnen Zuteilungsinhaber bekanntzugebenden Verwaltungsakt. Problematisch ist jedoch insoweit, dass eine Bekanntgabe gegenüber jedem einzelnen Frequenzinhaber wiederum einen äußerst hohen Verwaltungsaufwand darstellt und teilweise auch mangels Kenntnis der aktuellen Adressen nicht realisierbar ist.

Die beabsichtigte Befristung als nachträgliche Nebenbestimmung zu den Frequenzzuteilungen durch personenbezogene Allgemeinverfügung ist daher zur Erreichung des Zwecks (Sicherstellung einer effizienten und störungsfreien Nutzung des betroffenen Frequenzbereichs) geboten.

Die Adressaten der Allgemeinverfügung sind allesamt Inhaber einer bislang unbefristeten Frequenzzuteilung entsprechend der VVnöML, also ein nach allgemeinen Merkmalen bestimmter oder jedenfalls bestimmbarer Adressatenkreis, so dass eine personenbezogene Allgemeinverfügung ergehen kann.

**Anlage zur Amtsblattmitteilung Erneute Anhörung zur Befristung bisher unbefristeter Frequenzuteilungen  
im nichtöffentlichen mobilen Landfunk**

Übersicht der Frequenzen (in MHz) zu Fallgruppe 1a

147,85	150,43	155,03	158,35	158,53	158,71	158,89	159,07
147,87	150,45	155,05	158,37	158,55	158,73	158,91	163,31
147,89	150,47	155,07	158,39	158,57	158,75	158,93	163,33
147,91	150,49	155,09	158,41	158,59	158,77	158,95	163,35
147,93	150,51	155,11	158,43	158,61	158,79	158,97	163,37
147,95	150,53	155,13	158,45	158,63	158,81	158,99	163,39
147,97	150,57	155,17	158,47	158,65	158,83	159,01	163,41
147,99	150,59	155,19	158,49	158,67	158,85	159,03	163,43
148,01	150,61	155,21	158,51	158,69	158,87	159,05	163,45
456,09	456,83	457,21	457,39	459,77	459,95	466,79	467,15
456,67	457,03	457,23	459,13	459,79	459,97	466,81	467,17
456,69	457,05	457,25	459,63	459,81	466,09	466,83	467,19
456,71	457,07	457,27	459,65	459,83	466,67	467,03	467,21
456,73	457,09	457,29	459,67	459,85	466,69	467,05	467,23
456,75	457,11	457,31	459,69	459,87	466,71	467,07	467,25
456,77	457,13	457,33	459,71	459,89	466,73	467,09	467,27
456,79	457,17	457,35	459,73	459,91	466,75	467,11	467,29
456,81	457,19	457,37	459,75	459,93	466,77	467,13	467,31
467,33	469,71	469,89					
467,35	469,73	469,91					
467,37	469,75	469,93					
467,39	469,77	469,95					
469,13	469,79	469,97					
469,63	469,81	163,47					
469,65	469,83						
469,67	469,85						
469,69	469,87						

Übersicht der Frequenzen (in MHz) zu Fallgruppe 1b

455,77	455,81	455,99
465,77	455,85	
465,81	455,89	
465,89	455,93	
465,93	455,97	

**Mitteilung Nr. 256/2023****Anhörung zum künftigen „Antragsverfahren und Durchführung von Amateurfunkprüfungen“**

Am 23.06.2023 wurde die zweite Änderungsverordnung zur Amateurfunkverordnung (AFuV) veröffentlicht (BGBl. 2023 I Nr. 160 vom 23.06.2023). Diese tritt am 24.06.2024 in Kraft. Darin wird unter anderem eine neue Lizenzklasse N eingeführt, die einen niederschweligen Einstieg in das Hobby Amateurfunk erlaubt.

Aus diesem Grund sind das Antragsverfahren und die Regelungen zur Durchführung von Amateurfunkprüfungen für die Zeit ab dem 24.06.2024 neu festzulegen. Gleichzeitig werden sämtliche Regelungen im Zusammenhang mit den Amateurfunkprüfungen, welche bislang in unterschiedlichen Verfügungen der Bundesnetzagentur festgelegt waren, in einer Verfügung zusammengeführt. Dies betrifft das Antragsverfahren, die Bestellung von Prüfern und Prüfungsausschussvorsitzenden und die Durchführung der Amateurfunkprüfungen.

Der Entwurf der künftigen Verfügung „Antragsverfahren und Durchführung von Amateurfunkprüfungen“ ist als Anlage abgedruckt.

Die betroffenen Kreise haben gemäß § 5 Abs. 5 AFuV die Möglichkeit, hierzu Stellung zu nehmen.

Stellungnahmen sind in deutscher Sprache bis zum 01.02.2024 vorrangig elektronisch im PDF-Dateiformat (Kopieren und Drucken muss zugelassen sein) an [225-anhoerung@bnetza.de](mailto:225-anhoerung@bnetza.de)

zu senden. Schriftliche Stellungnahmen können an die Bundesnetzagentur, Referat 225, Canisiusstraße 21, 55122 Mainz geschickt werden.

Weitere Informationen zum Amateurfunk, beispielsweise auch die ab 24.06.2024 gültigen Prüfungsfragen zum Erwerb von Amateurfunkprüfungsbescheinigungen, finden Sie online unter [bundesnetzagentur.de/amateurfunk](https://bundesnetzagentur.de/amateurfunk).

225-2



## Anlage

Entwurf einer Verfügung zum Antragsverfahren und Durchführung von Amateurfunkprüfungen

Gemäß § 3 Abs. 1 Satz 2, § 4 Abs. 6, § 5 Abs. 5 und § 6 Abs. 3 der Zweiten Verordnung zur Änderung der Amateurfunkverordnung (AFuV) vom 21. Juni 2023 (BGBl. I Nr. 160) gelten ab 24. Juni 2024 folgende Einzelheiten zur Durchführung von Amateurfunkprüfungen.

Die Verfügungen Nr. 03/2007 und Nr. 04/2007 veröffentlicht im Amtsblatt der Bundesnetzagentur Nr. 02/2007 vom 24.01.2007 sowie die Verfügung Nr. 9/2005 und die Mitteilung Nr. 88/2005 veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 07/2005 vom 20.04.2005 werden mit Wirkung vom 23. Juni 2024 aufgehoben.

### 1 Allgemeines

Die Amateurfunkprüfungen werden von der zuständigen Stelle in der Bundesnetzagentur zentral für alle Prüfungsaußenstellen organisiert und unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt. Die zuständige Stelle wird auf der Internetseite der Bundesnetzagentur bekannt gegeben. Prüfungen an externen Prüfungsorten sind mit der zuständigen Stelle zu vereinbaren. Die Bundesnetzagentur legt Zeitpunkt und Ort der Prüfung fest und lädt die zugelassenen Bewerber zur Prüfung ein.

Vor dem Beginn der Prüfung wird die Anwesenheit und Identität durch Vorlage eines Personalausweises oder eines amtlichen Lichtbildausweises in Kombination mit einer Meldebescheinigung der teilnehmenden Personen festgestellt und in der Prüfungsniederschrift vermerkt.

Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann Personen, die ein berechtigtes Interesse nachweisen, die Anwesenheit bei der Prüfung gestatten. Die Prüfung ist von mindestens einer Person des Prüfungsausschusses ständig zu beaufsichtigen.

### 2 Einzelheiten zur Bestellung von Prüfern und Bildung von Prüfungsausschüssen

Die zuständige Stelle benennt für jeden Prüfungstermin einen Prüfungsausschuss, der aus einer oder einem Vorsitzenden und einem oder mehreren Beisitzern besteht. Die Entscheidung und Auswahl obliegt der zuständigen Stelle.

Anträge und Vorschläge zur Bestellung von Prüfern können von der Bundesnetzagentur, von Amateurfunkverbänden und -vereinen oder von Funkamateuren selbst gestellt werden. Die Auswahl der Anträge und Vorschläge zur Bestellung obliegt der Bundesnetzagentur. Bei der Auswahl gelten die Anforderungen nach § 6 Abs. 3 AFuV. Außerdem werden die Kriterien der Eignung und der regionale Bedarf an Prüfern berücksichtigt.

### 3 Antragsverfahren

Für die Zulassung zur Prüfung ist der im Folgenden beschriebene Antrag auf Zulassung zur Prüfung und die Entrichtung der jeweiligen Gebühr erforderlich.

Mit dem Antrag kann die Zulassung zur Erst- oder Wiederholungsprüfung und die Erteilung der entsprechenden Amateurfunkprüfungsbescheinigung nach bestandener Prüfung beantragt werden. Außerdem kann auch die Zulassung zu einer Zusatzprüfung beantragt werden. Zusatzprüfungen sind die Erweiterung von Klasse N nach E, N nach A oder von Klasse E nach A sowie die freiwillige Morseprüfung gemäß § 4 Abs. 4 AFuV.

Voraussetzung für die Teilnahme an einer Zusatzprüfung der Klasse N nach E bzw. N oder E nach A ist neben dem entsprechenden Antrag und der Entrichtung der erforderlichen Gebühr eine Amateurfunkprüfungsbescheinigung der Klassen N, 3 oder E bzw. eine von

der Bundesnetzagentur als entsprechend anerkannte ausländische Prüfungsbescheinigung oder eine Genehmigung.

Als Prüfungsort kann eine der Prüfungsaußenstellen ausgewählt werden. Die zuständige Stelle in der Bundesnetzagentur kann weitere Prüfungsorte festlegen. Die Prüfungsorte werden auf der Internetseite der Bundesnetzagentur bekannt gegeben.

Im Antrag ist neben den persönlichen Daten und dem gegebenenfalls bereits zugeteilten Amateurfunkrufzeichen auch der Wunschtermin für die Prüfung anzugeben. Die Prüfungstermine werden auf der Internetseite der Bundesnetzagentur bekannt gegeben.

Der Antrag auf Zulassung zur Prüfung ist auf der Internetseite der Bundesnetzagentur verlinkt. Dieser kann in schriftlich und elektronisch gestellt werden. Bei Minderjährigen ist die Einverständniserklärung des gesetzlichen Vertreters erforderlich.

Nach Eingang des Antrages bei der zuständigen Stelle erhält der Antragsteller (bei Minderjährigen der gesetzliche Vertreter) einen Zwischenbescheid mit den erforderlichen Angaben für die Überweisung der Gebühren. Die Einladung zur Prüfung erfolgt durch die zuständige Stelle nach Zahlungseingang bei der Bundeskasse.

Sollte die Prüfung bzw. Teile der Prüfung nicht bestanden werden, besteht die Möglichkeit nicht bestandene Prüfungsteile innerhalb von 24 Monaten nach Bekanntgabe des ersten Prüfungsergebnisses zu wiederholen. Der Antrag auf Zulassung zur Wiederholungsprüfung sollte mindestens 8 Wochen vor Ablauf der 24-Monats-Frist gestellt werden. Nach Fristablauf kann die Prüfung nur vollständig als neue Erstprüfung abgelegt werden.

Ist der Antragsteller zum genannten Prüfungstermin verhindert, so ist dies der zuständigen Stelle der Bundesnetzagentur zeitnah mitzuteilen.

### 4 Nichterscheinen zur Prüfung, Rücktritt von der Prüfung, Krankheit

Erscheint der Bewerber unentschuldigt nicht zur Prüfung, gilt dies als Antragsrücknahme, der Antrag auf Erteilung der Amateurfunkprüfungsbescheinigung oder einer Bescheinigung nach bestandener Prüfung wird abgelehnt.

Der erstmalige Wunsch zur Änderung des Prüfungsdatums muss spätestens 14 Tage vor dem in der Einladung angegebenen Termin bei der Bundesnetzagentur eingegangen sein, um gebührenfrei berücksichtigt werden zu können. Kann der Bewerber vor Beginn der Prüfung glaubhaft Belegen, dass er aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage ist, an der Prüfung teilzunehmen, gilt die Prüfung als nicht angetreten. In diesem Fall erhält der Bewerber kostenfrei eine neue Einladung.

Tritt der Bewerber nach der Bekanntgabe von Prüfungsaufgaben oder nach Beginn der Höraufnahme in einem oder in mehreren Prüfungsteilen von der Prüfung zurück, gelten die betroffenen Prüfungsteile und das Gesamtergebnis der Prüfung als nicht bestanden. Nicht bestandene Prüfungsteile der schriftlichen Prüfung können entsprechend § 5 Abs. 3 AFuV wiederholt werden. Die Zusatzprüfungen können nur vollständig als erneute Zusatzprüfung abgelegt werden.

### 5 Prüfungshilfsmittel, Täuschung und Störung

Die Prüfungsteilnehmer werden vor Beginn der Prüfung über den Prüfungsablauf, erlaubte Hilfsmittel und die Verfahrensweise bei Täuschungsversuchen und Störungen unterrichtet. Prüfungsteilnehmer, die unzulässige Hilfsmittel benutzen, täuschen, zu täuschen versuchen oder zu einem Täuschungsversuch eines anderen Prüfungsteilnehmers Beihilfe leisten, werden von der Prüfung ausgeschlossen. Um den Anschein eines Täuschungsversuches zu vermeiden, sind elektronische Kommunikationsgeräte im Prüfungsraum grundsätzlich auszuschalten. Prüfungsteilnehmer, die den Prüfungsablauf

stören können von der Prüfung ausgeschlossen werden. Die Entscheidung über den Ausschluss trifft die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Die Prüfung gilt in diesem Fall als nicht bestanden.

## 6 Prüfungsinhalte und Anforderungen bei der fachlichen Prüfung

Die fachliche Prüfung für Funkamateure ist eine schriftliche Prüfung zum Erwerb einer Amateurfunkprüfungsbescheinigung. Die Prüfung besteht aus den Prüfungsteilen „Technische Kenntnisse“ für die Klassen N, E oder A, „Betriebliche Kenntnisse“ und „Kenntnisse von Vorschriften“. Für den Erwerb einer Amateurfunkprüfungsbescheinigung müssen die drei vorgenannten Prüfungsteile erfolgreich abgelegt werden.

Die Prüfungsinhalte und Anforderungen richten sich nach § 4 Abs. 1 und 2 der AFuV, der CEPT-Empfehlung T/R 61-02 (Klasse A), dem ERC-Report 32 (Klasse E), dem ECC-Report 89 (Klasse N) sowie nach weitergehenden Anforderungen, die sich unter anderem aus dem Amateurfunkgesetz und der Amateurfunkverordnung ergeben. Der Umfang ist begrenzt auf Themen, die für Tests und Experimente mit einer Amateurfunkstelle und deren Betrieb für Funkamateure relevant sein können.

Die genannten Dokumente bzw. Verlinkungen darauf sowie weitere Informationen zum Amateurfunk sind auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht.

Die Prüfungsinhalte werden von der Bundesnetzagentur in den „Prüfungsfragen zum Erwerb von Amateurfunkprüfungsbescheinigungen“ zusammengestellt. Diese sind ebenfalls auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Eventuelle Änderungen werden mindestens drei Monate vor ihrer Anwendung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur bekannt gemacht.

## 7 Schriftliche Prüfung

### 7.1 Prüfungsunterlagen

Die schriftlichen Prüfungen werden mit Multiple-Choice-Fragebögen durchgeführt. Als Hilfsmittel sind ein Stift und ein nicht programmierbarer Taschenrechner ohne Textspeicher mitzubringen. Darüber hinaus dürfen nur die nachfolgend bei der Prüfung zur Verfügung gestellten weiteren Hilfsmittel benutzt werden:

- Anlage 1 der Amateurfunkverordnung
- Auszüge aus dem Bandplan der IARU für 2m und 70cm
- Für den Prüfungsteil „Technische Kenntnisse“: eine Formelsammlung und Entwurfspapier für Berechnungen

Sonstige Unterlagen oder Notizblätter dürfen während der Prüfung nicht verwendet werden. Für die Amateurfunkprüfung gibt es folgenden Prüfungsteile mit entsprechenden Fragebögen:

- Vorschriften (Prüfungsteil V) mit 25 Fragen, max. Prüfungsdauer 45 Minuten
- Betriebliche Kenntnisse (Prüfungsteil B) mit 25 Fragen, max. Prüfungsdauer 45 Minuten
- Technik für Klasse N (Prüfungsteil N) mit 25 Fragen, max. Prüfungsdauer 45 Minuten
- Technik für Klasse E (Prüfungsteil E) mit 25 Fragen, max. Prüfungsdauer 45 Minuten
- Technik für Klasse A (Prüfungsteil A) mit 25 Fragen, max. Prüfungsdauer 45 Minuten

Zu jedem Prüfungsfragebogen wird ein Antwortbogen ausgeteilt, aus dem die Anzahl der Fragen, die Bearbeitungszeit und weitere Hinweise zur Prüfung ersichtlich sind.

Für die Zusatzprüfung von der Klasse N nach E bzw. von der Klasse N oder Klasse E zur Klasse A ist nur der jeweilige Prüfungsfragebogen E oder E und A im Prüfungsteil Technik auszufüllen.

### 7.2 Prüfungsablauf

Der Prüfungsteilnehmer hat die Nummer des Prüfungsfragebogens sowie seinen Namen, den Prüfungsort und das Datum im Antwortbogen einzutragen.

Anschließend ist in der vorgegebenen Bearbeitungszeit der Antwortteil des Antwortbogens auszufüllen. Die Prüfungsfragebögen und die Formelsammlung dürfen nicht beschriftet werden. Antwortbogen, Prüfungsfragebogen, Formelsammlung und Entwurfspapier sind spätestens nach Ablauf der gesamten Prüfungsdauer beim Prüfungsausschuss abzugeben. Berechnungen auf dem Entwurfspapier werden bei Feststellung des Prüfungsergebnisses nicht berücksichtigt. Die Antwortbögen werden vom Prüfungsausschuss ausgewertet.

### 7.3 Ergebnis der Prüfung, mündliche Nachprüfung

Für jede richtig beantwortete Frage erhält der Prüfungskandidat einen Punkt. Die für das Bestehen der Prüfung zu erreichende Punktzahl beträgt bei jedem Prüfungsteil 19 der maximal 25 erreichbaren Punkte.

Sofern lediglich in einem Prüfungsteil die erforderliche Mindestpunktzahl nicht erreicht wurde, jedoch mindestens 18 der erreichbaren 25 Punkte erreicht wurden, kann der Bewerber in diesem Prüfungsteil mündlich nachgeprüft werden. Die Entscheidung über die Nachprüfung trifft die oder der Prüfungsvorsitzende.

Für eine Amateurfunkprüfungsbescheinigung der Klasse N müssen die Prüfungsteile V, B und N bestanden sein.

Für eine Amateurfunkprüfungsbescheinigung der Klasse E müssen die Prüfungsteile V, B, N und E bestanden sein. Ein Prüfungsteilnehmer, der bereits eine Bescheinigung der Klasse N hat, muss die Fragebögen V, B und N nicht erneut ausfüllen.

Für eine Amateurfunkprüfungsbescheinigung der Klasse A müssen die Prüfungsteile V, B, N, E und A bestanden sein. Ein Prüfungsteilnehmer, der bereits eine Bescheinigung der Klasse E hat, braucht die Fragebögen V, B, N und E nicht erneut auszufüllen. Ein Prüfungsteilnehmer, der bereits eine Bescheinigung der Klasse N hat, muss die Fragebögen V, B und N nicht erneut ausfüllen.

Ein Prüfungsteilnehmer, der einen Prüfungsteil nicht besteht, kann für diesen Teil innerhalb von 24 Monaten nach der Erstprüfung eine Wiederholungsprüfung bei einem neuen Termin ablegen.

Der Vorsitzende teilt den Prüfungsteilnehmern das Prüfungsergebnis nach Ende der Prüfung mit. Prüfungsteilnehmer, die nur an einzelnen Prüfungsteilen teilnehmen, können nach Auswertung ihrer Prüfungsteile vom Ergebnis unterrichtet werden, wenn der Prüfungsablauf hierdurch nicht gestört wird.

Jeder Prüfungsteilnehmer erhält eine Bestätigung seines Prüfungsergebnisses oder eine Amateurfunkprüfungsbescheinigung, wenn alle dafür erforderlichen Prüfungsteile erfolgreich abgelegt wurden.

## 8 Freiwillige Zusatzprüfung Hören und Geben von Morsezeichen

Der Nachweis für das Hören von Morsezeichen kann gruppenweise durchgeführt werden.

Es können drei verschiedene Geschwindigkeits- und Pausenmodi gewählt werden. Vor der Höraufnahme wird ein Probetext in der gewählten Geschwindigkeit für die Dauer von etwa einer Minute zum Einhören und Einpegeln der Höreinrichtungen der Bewerber gegeben. Spätestens nach dem Probedurchgang muss sich der Prüfungsteilnehmer für eine der Varianten entscheiden.

Die Niederschrift erfolgt auf einem Prüfungsformblatt, das mit Name, Datum, Prüfungsort und der gewählten Geschwindigkeit zu versehen ist.

### 8.1 Hören von Morsezeichen

Die Höraufnahme der Morsezeichen erfolgt mit einem Prüfungstext von 3 Minuten Dauer und gleichzeitigem Niederschreiben in gut lesbarer Handschrift.

Nach Ende des Prüfungstextes hat der Prüfungsteilnehmer 3 Minuten Zeit bis zur Abgabe für die Durchsicht und Kontrolle der Lesbarkeit seiner Niederschrift.

Der Prüfungsteil ist bestanden, wenn nicht mehr als 4 Zeichen falsch oder ausgelassen sind. Für Bewerber, die diesen Prüfungsteil nicht beim ersten Durchgang bestehen, ist ein zweiter Versuch möglich.

### 8.2 Geben von Morsezeichen

Das Geben von Morsezeichen erfolgt durch die Abgabe eines Prüfungstextes in Morsezeichen unter Verwendung einer Morsetaste, mit der mechanisch oder elektronisch die Morsezeichen per Handabgabe erzeugt werden. Ausgenommen sind Einrichtungen, die das Erzeugen von Morsezeichen ohne aktive Kenntnis des Morsecodes zulassen.

Die Verwendung eigener Tasten ist möglich, wenn diese mit Bananenstecker (4 mm) anschließbar sind.

Zu geben ist ein schriftlich vorgelegter Klartext oder ein amateurfunkbezogener Text in einer Morsegeschwindigkeit von mindestens 5 Wörtern zu je 5 Zeichen pro Minute oder in der Geschwindigkeit, die beim Hören von Morsezeichen gewählt wurde, mit einer Dauer von längstens 3 Minuten.

Der Prüfungsteil ist bestanden, wenn bei Einhaltung der gewählten Geschwindigkeit nicht mehr als 4 auskorrigierte Fehler festgestellt wurden. Für Bewerber, die diesen Prüfungsteil nicht beim ersten Durchgang bestehen, ist ein zweiter Versuch möglich.

### 8.3 Prüfungsergebnis Zusatzprüfung Hören und Geben von Morsezeichen

Die freiwillige Zusatzprüfung ist bestanden, wenn beide Prüfungsteile bestanden sind. Die Entscheidung obliegt dem Prüfungsvorsitzenden. Sollte ein Prüfungsteil nicht bestanden sein, kann die Zusatzprüfung nur vollständig erneut abgelegt werden.

Der Prüfungsteilnehmer erhält nach bestandener Prüfung eine Bescheinigung mit Angabe der gewählten Geschwindigkeit und auf Antrag einen entsprechenden Eintrag in der Rufzeichenzuteilung.

### 9 Prüfungsdurchführung für Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderung sind ihrer Behinderung entsprechende Erleichterungen bei der Prüfungsdurchführung zu gewähren.

Beim Antrag auf Zulassung zur Prüfung muss ein ärztliches Attest oder einen vergleichbaren Nachweis vorlegt werden, aus dem Art und Umfang der Behinderung, auch ohne medizinische Vorbildung verständlich, ersichtlich sind. Über die Art und den Umfang der zu gewährenden Erleichterungen entscheidet die zuständige Stelle der Bundesnetzagentur. Abhängig von Art und Umfang der Behinderung kann als Erleichterung bei den schriftlichen Prüfungsteilen

auch eine Einzelprüfung gewährt werden, die gegebenenfalls auch mündlich abgenommen werden kann.

Die mit den gewährten Erleichterungen erbrachten Prüfungsleistungen müssen derart sein, dass die Prüfungsinhalte und Anforderungen sowie die geforderten Kenntnisse ausreichend nachgewiesen sind. Dies gilt auch für freiwillige Zusatzprüfungen.

### Mitteilung Nr. 257/2023

#### Prüfungsfragen zum Erwerb von Amateurfunkprüfungsbescheinigungen

Am 23.06.2023 wurde die zweite Änderungsverordnung zur Amateurfunkverordnung (AFuV) veröffentlicht (BGBl. 2023 I Nr. 160 vom 23.06.2023). Diese tritt am 24.06.2024 in Kraft. Darin wird unter anderem eine neue Lizenzklasse N eingeführt. Aus diesem Grund wurden die Prüfungsfragen zum Erwerb von Amateurfunkprüfungsbescheinigungen überarbeitet.

Die nachfolgend aufgeführten Dokumente gelten nur noch für Prüfungen **bis zum 23.06.2024**:

- Prüfungsfragen in den Prüfungsteilen „Betriebliche Kenntnisse“ und „Kenntnisse von Vorschriften“ bei Prüfungen zum Erwerb von Amateurfunkzeugnissen der Klassen A und E, 1. Auflage, Oktober 2006
- Prüfungsfragen im Prüfungsteil „Technische Kenntnisse“ bei Prüfungen zum Erwerb von Amateurfunkzeugnissen der Klasse E, 1. Auflage, September 2006
- Prüfungsfragen im Prüfungsteil „Technische Kenntnisse“ bei Prüfungen zum Erwerb von Amateurfunkzeugnissen der Klasse A, 1. Auflage, Februar 2007
- Liste der nicht mehr prüfungsrelevanten Fragen, Stand 22.05.2023

Für Prüfungen **ab dem 24.06.2024** gelten die

- Prüfungsfragen zum Erwerb von Amateurfunkprüfungsbescheinigungen, 2. Auflage, Dezember 2023

Alle genannten Dokumente können ab sofort auf [www.bundesnetzagentur.de/amateurfunk](http://www.bundesnetzagentur.de/amateurfunk) heruntergeladen werden.

225-2

### Mitteilung Nr. 258/2023

#### Mitteilung und Veröffentlichung der Schnittstellenbeschreibungen durch die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze: *inexio Informationstechnologie und Telekommunikation GmbH*

Aufgrund von § 74 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) wird die Fundstelle der Schnittstellenbeschreibung für DSL der *inexio Informationstechnologie und Telekommunikation GmbH* veröffentlicht.



Interessenten können die Schnittstellenbeschreibung über den folgenden Link erreichen:

[https://www.inexio.net/fileadmin/content/pdf/privatkunden/anleitungen/Technical\\_Specification\\_ix\\_DSL\\_1.4\\_en\\_public.pdf](https://www.inexio.net/fileadmin/content/pdf/privatkunden/anleitungen/Technical_Specification_ix_DSL_1.4_en_public.pdf)

423-1a

## Mitteilungen

### Energie

#### Teil A

#### Mitteilungen der Bundesnetzagentur

##### Mitteilung Nr. 259/2023

##### **Einleitung eines Verfahrens zur Konsultation zur Festlegung der Anerkennung aus § 3 Abs. 1 i. V. m. § 7 MsbG entstehender Kosten auf Grundlage von § 118 Abs. 46e EnWG i. V. m. § 29 Abs. 1 EnWG (BK8-23/007-A)**

##### **§ 118 Abs. 46e EnWG i. V. m. § 29 Abs. 1 EnWG; Einleitung eines Verfahrens zur Konsultation zur Festlegung der Anerkennung aus § 3 Abs. 1 i. V. m. § 7 MsbG entstehender Kosten (BK8-23/007-A)**

Der Gesetzgeber hat mit der Verabschiedung des Gesetzes zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende eine neue Kosten-tragungsregel geschaffen (§ 3 Abs. 1 Satz 3 bis 6 i. V. m. § 7 MsbG i. d. F. 27.05.2023), nach der die Netzbetreiber an der Kostentragung für den Messstellenbetrieb von intelligenten Messsystemen maximal in Höhe einer anteiligen Preisobergrenze nach § 30 MsbG beteiligt werden und diese in den Entgelten für den Netzzugang berücksichtigen dürfen.

Am 11.10.2023 hat Beschlusskammer 8 ein Festlegungsverfahren zur Anerkennung der den Betreibern von Elektrizitätsversorgungsnetzen entstehenden Kosten auf Grundlage von § 118 Abs. 46e i. V. m. § 29 Abs. 1 EnWG unter dem Aktenzeichen BK8-23/007-A eingeleitet. Sie prüft dabei auch die Möglichkeiten den Kostenabgleich gemäß § 5 Abs. 1 Satz 3 ARegV, der eine Absenkung der Netzkosten durch den Austausch konventioneller Messtechnik im Zuge des Rollouts moderner Messeinrichtungen im Regulierungskonto vorsieht, zu berücksichtigen.

Mit der Veröffentlichung am 15.12.2023 stellt die Beschlusskammer 8 nun ein Eckpunktepapier zur Konsultation.

Das Konsultationsdokument sowie das Excel-Formular zur Abgabe von Stellungnahmen können über die Homepage der Bundesnetzagentur (<https://www.bundesnetzagentur.de>), unter den Menüpunkten „Beschlusskammern → Beschlusskammer 8 → Aktuelles“ oder unter „Beschlusskammern → Beschlusskammer 8 → Messstellenbetrieb“ abgerufen werden.

Stellungnahmen zu den Eckpunkten der Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur anlässlich der Konsultation können bis zum

**Mittwoch, 31.01.2024 (Eingang hier)**

über das Postfach der Beschlusskammer 8

**(Poststelle.BK8@BNetzA.de)**

eingereicht werden. Bis zum 31.01.2024 eingereichte Stellungnahmen werden auf der Website der Beschlusskammer 8 und der Bundesnetzagentur veröffentlicht, sofern der Veröffentlichung bei Einreichung der Stellungnahme nicht ausdrücklich widersprochen wird. Darüber hinaus kann auch eine für die Veröffentlichung vorgesehene Variante einer Stellungnahme eingereicht werden. Bitte verwenden Sie das auf der Website zur Verfügung gestellte Excel Template zur Stellungnahme unter Verwendung der im Dokument

angegeben Kapitelnummern. Ergänzend können auch Dokumente im PDF Format eingereicht werden. Soweit in den übermittelten Dokumenten personenbezogene Daten (z. B. Namen, Unterschriften, Telefonnummern, E-Mail-Adressen mit Namen als Bestandteilen) enthalten sind, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es der einsendenden Stelle obliegt, entweder eine Einwilligung des Betroffenen zur Veröffentlichung seiner personenbezogenen Daten einzuholen oder zusätzlich eine für die Veröffentlichung bestimmte Fassung zu übersenden, in der die personenbezogenen Daten geschwärzt sind. Entsprechendes gilt, soweit in den übermittelten Stellungnahmen Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten sind.

Im Anschluss an die oben genannte Frist werden alle eingegangenen Stellungnahmen geprüft und soweit möglich, in die Ausgestaltung der Festlegung mit einbezogen.

Die nachfolgenden Überlegungen, werden zur Konsultation gestellt.



# Beschlusskammer 8

## BK8-23/007-A

### Eckpunkte zur Festlegung Kosten des Messwesens

-öffentliche Konsultation-  
Stand: Dezember 2023



**Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas,  
Telekommunikation, Post und Eisenbahnen**

Beschlusskammer 8  
Tulpenfeld 4  
53113 Bonn  
Tel.: +49 228 14-0  
Fax: +49 228 14-8872  
E-Mail: [info@bnetza.de](mailto:info@bnetza.de)



## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	3
1 Einleitung .....	4
2 Kostenanerkennung der Preisobergrenze von intelligenten Messsystemen als dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile.....	5
2.1 Plankosten im Rahmen der Anpassung der Erlösobergrenze.....	5
2.2 Ist-Abgleich im Regulierungskonto.....	5
3 Vorschlag: Vereinheitlichung des Abbaus der Kosten aus dem konventionellen Messstellenbetrieb im Regulierungskonto .....	6

## 4 | INHALTSVERZEICHNIS

## 1 Einleitung

Die Novelle des Messstellenbetriebsgesetzes (MsbG) ist mit dem Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende am 27.05.2023 in Kraft getreten und sieht eine Beteiligung der Netzbetreiber an der Kostentragung für intelligente Messsysteme vor.

Bisher hatte der Anschlussnutzer das gesamte Entgelt für eine moderne Messeinrichtung oder ein intelligentes Messsystem an den Messstellenbetreiber zu entrichten. Durch die mit dem Gesetz neugeregelte Aufteilung der Preisobergrenzen übernimmt der Netzbetreiber zukünftig einen signifikanten Teil des Entgelts für den Messstellenbetrieb von intelligenten Messsystemen. Die Verpflichtung zum Rollout von intelligenten Messsystemen trifft weiterhin den grundzuständigen Messstellenbetreiber, dieser stellt die Rechnungen für die verbauten intelligenten Messsysteme an die Anschlussnutzer oder Anlagenbetreiber und spätestens ab dem 01.01.2024 auch an den Netzbetreiber. § 30 MsbG legt die Höhe der jährlichen Beteiligung der Anschlussnetzbetreiber an der Preisobergrenze für intelligente Messsysteme fest.

Die Anerkennung der Kosten für die Beteiligung der Netzbetreiber an der Preisobergrenze von intelligenten Messsystemen ist bisher nicht geregelt. Die Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur beabsichtigt auf Grundlage der Festlegungsermächtigung nach § 118 Abs. 46e EnWG i.V.m. § 29 Abs. 1 EnWG eine Festlegung zur Anerkennung der aus § 3 Abs. 1 i.V.m. § 7 MsbG entstehenden Kosten durch die Beteiligung der Netzbetreiber an der Preisobergrenze von intelligenten Messsystemen zu erlassen.

Nachfolgend stellt die Beschlusskammer 8 Eckpunkte zur Ausgestaltung der Anerkennung der Kosten aus der Beteiligung an der Preisobergrenze von intelligenten Messsystemen zur Konsultation.

Durch den Austausch von konventionellen Messeinrichtungen gegen moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme entfallen beim Netzbetreiber Kosten aus dem konventionellen Messstellenbetrieb. Der Abzug dieser Kosten erfolgt nach § 5 Abs. 1 S. 3 der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) über das Regulierungskonto des Netzbetreibers. Die Beschlusskammer 8 konsultiert daher zusätzlich einen Vorschlag zur Vereinheitlichung des Abbaus der Kosten aus dem konventionellem Messstellenbetrieb im Regulierungskonto des Netzbetreibers.

### Abkürzungsverzeichnis

EOG	Erlösobergrenze
POG	Preisobergrenze
iMSys	Intelligentes Messsystem
mME	Moderne Messeinrichtung
KAdnb	Dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile
RegK	Regulierungskonto

## 2 Kostenanerkennung der Preisobergrenze von intelligenten Messsystemen als dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile

### 2.1 Plankosten im Rahmen der Anpassung der Erlösobergrenze

Im Rahmen der Anpassung der EOG (ab 2025 zum 31.12.2024) können alle Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen nach § 3 Nr. 2 EnWG unter einer neuen Position der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile im Erhebungsbogen Plankosten (t-0) für die Beteiligung an der POG von iMSys nach § 30 Abs. 1-3 MsbG ansetzen.

Es werden Vorgaben für den Ansatz der Plankosten gemacht:

- Die Plankosten ergeben sich aus den Planmengen für iMSys für das Jahr dessen Erlösobergrenze angepasst werden soll (z.B. 2025) multipliziert mit der anteiligen POG.
- Die Planmenge ergibt sich als Summe aus dem Endbestand an iMSys aus dem der Anpassung der EOG um zwei Jahre vorausgehenden Jahr (t-2) und dem Dreifachen des Zuwachses an iMSys im ersten Halbjahr des der Anpassung der EOG vorausgehenden Jahres (t-1). Die dreifache Berücksichtigung des Zuwachses an iMSys im ersten Halbjahr dient dazu, den voranschreitenden Rollout mit den aktuellsten Ist-Mengen zu prognostizieren. Damit werden der erwartete Zuwachs des der Anpassung der EOG vorausgehenden Jahres (t-1) sowie des Jahres berücksichtigt auf das sich die Anpassung der EOG bezieht.
- Jedes intelligente Messsystem wird bei der Anpassung der EOG in Höhe der tatsächlich vom Netzbetreiber zu tragenden Kosten höchstens jedoch in Höhe der maximalen Beteiligung an der POG von 80 € berücksichtigt.

Bei der Anpassung der EOG des Jahres 2024 findet die Beteiligung der Netzbetreiber an der POG von iMSys keine Berücksichtigung, da die Festlegung erst im Jahr 2024 in Kraft tritt: Dies entspricht einem Plankostenansatz von 0 € für das Jahr 2024.

### 2.2 Ist-Abgleich im Regulierungskonto

Im Rahmen des Regulierungskontos (erstmalig ab dem RegK 2024, Antrag zum 31.12.2025) findet der Abgleich zwischen in der EOG enthaltenen Plankosten und den Ist-Kosten für die Beteiligung an der POG von iMSys des jeweiligen Jahres statt.

Bei der Darstellung der Ist-Kosten hat der Netzbetreiber zwischen dem Pflichtrollout nach § 30 Abs. 1 und 2 MsbG und dem optionalen Rollout nach § 30 Abs. 3 MsbG zu unterscheiden. Der Netzbetreiber hat auch die Anzahl der Messstellen anzugeben, bei denen das Messentgelt unter der POG lag. Die Differenz zwischen Plan- und Ist-Kosten für die Beteiligung an der POG von iMSys des jeweiligen Jahres wird auf das Regulierungskonto gebucht und über drei Jahre ausgekehrt (z.B. RegK 2024, Auskehr 2027-2029).

Übergangsregelung zur Nachholung des Jahres 2024: Aufgrund des Inkrafttretens der Festlegung im Laufe des Jahres 2024 wird die Beteiligung der Netzbetreiber an der POG von iMSys aus diesem Jahr auf dem RegK 2024 nachgefahren. Die Ist-Kosten aus der Beteiligung des Netzbetreibers an der POG von iMSys aus dem Jahr 2024 werden in voller Höhe auf dem Regulierungskonto 2024 verbucht und über die Jahre 2027-2029 ausgekehrt.

### 3 Vorschlag: Vereinheitlichung des Abbaus der Kosten aus dem konventionellen Messstellenbetrieb im Regulierungskonto

Die Beschlusskammer diskutiert, den Kostenrückgang für konventionelle Messeinrichtungen durch den Einbau von modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen nach § 5 Abs. 1 S. 3 ARegV ab dem Regulierungskonto des Jahres 2024 auf ein Modell mit vorgegebenem Abbaupfad bis zum Ende des Rollouts von modernen Messeinrichtungen im Jahr 2032 umzustellen. Damit könnte auch die Frage nach verbleibenden Restwerten zum Ende des Rolloutpfades im Jahr 2032 aufgelöst werden.

Vorgeschlagen wird die Umstellung auf ein Modell mit linearem Abbaupfad der operativen Kosten. Dazu werden die in der EOG enthaltenen Kosten aus dem konventionellen Messstellenbetrieb (einschließlich Messung), ermittelt anhand des Kostenträgers Messstellenbetrieb aus der Verprobung abzüglich des individuellen Kapitalkosten-Anteils (CAPEX) des Netzbetreibers, gleichmäßig abgezogen. Ab dem Jahr 2033 ergeben sich entsprechend der Ausstattungsverpflichtungen von Messstellen mit mME nach § 29 Abs. 3 MsbG keine Kosten aus dem konventionellen Messstellenbetrieb beim Netzbetreiber mehr.

Die Beschlusskammer möchte dabei zur Diskussion stellen:

- Den Aufsatzpunkt für die in der EOG enthaltenen Kosten aus dem konventionellen Messstellenbetrieb, vorgeschlagen wird das Jahr 2021.
- Die Form des Abbaupfades, vorgeschlagen wird ein linearer Abbaupfad. Dabei wären besondere Anstrengungen in den Anfangsjahren des Rollouts ab dem Jahr 2024 wirtschaftlich vorteilhaft für den Netzbetreiber.
- Den Umgang mit den bei Netzzu- und abgängen übergehenden Kosten aus dem konventionellen Messstellenbetrieb. Vorgeschlagen wird, diese Kosten unberücksichtigt zu lassen. In Fällen von Netzübergängen wären die wirtschaftlichen Effekte zwischen den Parteien auszugleichen.
- Den Umgang mit etwaigen Sonderabschreibungen für Zähler, die im Jahr 2032 noch nicht vollständig abgeschrieben sind. Vorgeschlagen wird, den im Jahr 2032 verbleibenden Restwert festzustellen und diesen linear abzusenken.
- Einen etwaigen Sockelbetrag (remanente Kosten), der erst ab dem Jahr 2033 vollständig entfällt.

**Mitteilung Nr. 260/2023**
**Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung, Festlegung eines verbindlichen Systems für die Durchführung des Pilotprojektes kurative Pilotierung eines Redispatches für die Übertragungsnetzregion Emsland (KuPilot) (BK8-23/010-A)**

Die Beschlusskammer 8 hat gegenüber den Übertragungsnetzbetreibern Amprion GmbH und TenneT TSO GmbH unter dem Aktenzeichen BK8-23/010-A ein Verfahren zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung einer Festlegung eines verbindlichen Systems für die Durchführung des Pilotprojektes kurative Pilotierung eines Redispatches für die Übertragungsnetzregion Emsland (KuPilot) eingeleitet.

§ 11 Abs. 2 Satz 3 ARegV sieht die Möglichkeit vor, Kosten, die sich aus Maßnahmen des Netzbetreibers ergeben, als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten zu behandeln, soweit diese einer wirksamen Verfahrensregulierung unterliegen. Eine wirksame Verfahrensregulierung liegt nach § 11 Abs. 2 Satz 4 ARegV vor, soweit eine umfassende Regulierung des betreffenden Bereichs durch vollziehbare Entscheidung der Regulierungsbehörden oder freiwillige Selbstverpflichtungen der Netzbetreiber erfolgt ist und die Regulierungsbehörde dies nach § 32 Abs. 1 Nr. 4 ARegV festgelegt hat.

Die vorgenannten Übertragungsnetzbetreiber haben gegenüber der Beschlusskammer ein Konzept zur Pilotierung eines Projekts zum kurativen Redispatch mit einem Pumpspeicherkraftwerk vorgestellt und eine Kosten-Nutzen-Analyse durchgeführt. Die angestrebte Pilotierung beinhaltet neben der Durchführung von dedizierten Funktionstests einen operativen Pilotbetrieb, welcher im Winter 2024/2025 beginnen und mit dem Winter 2025/2026 abgeschlossen werden soll. Neben der technischen Durchführung soll weiterhin ein Monitoringprozess definiert werden, der den Einfluss der Kontrahierung von Leistung zum Zwecke eines kurativen Redispatches auf den Regelleistungsmarkt evaluiert und überwacht.

Die Beschlusskammer beabsichtigt die Konsultation mit der Veröffentlichung eines Festlegungsentwurfs einzuleiten, sobald die vorgenannten Übertragungsnetzbetreiber eine Absichtserklärung nebst freiwilliger Selbstverpflichtung vorgelegt haben.

\*\*\*

**Mitteilung Nr. 261/2023**
**Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung, Festlegung eines verbindlichen Systems für die Nutzung der Flexibilität im Bahnstromnetz (Bahnflex) (BK8-23/012-A)**

Die Beschlusskammer 8 hat gegenüber dem Übertragungsnetzbetreiber TenneT TSO GmbH unter dem Aktenzeichen BK8-23/012-A ein Verfahren zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung einer Festlegung eines verbindlichen Systems für Nutzung der Flexibilität im Bahnstromnetz (Bahnflex) eingeleitet.

§ 11 Abs. 2 Satz 3 ARegV sieht die Möglichkeit vor, Kosten, die sich aus Maßnahmen des Netzbetreibers ergeben, als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten zu behandeln, soweit diese einer wirksamen Verfahrensregulierung unterliegen. Eine wirksame Verfahrensregulierung liegt nach § 11 Abs. 2 Satz 4 ARegV vor, soweit eine umfassende Regulierung des betreffenden Bereichs durch vollziehbare Entscheidung der Regulierungsbehörden oder freiwillige Selbstverpflichtungen der Netzbetreiber erfolgt ist und die Regulierungsbehörde dies nach § 32 Abs. 1 Nr. 4 ARegV festgelegt hat.

Die TenneT TSO GmbH hat der Beschlusskammer ein Konzept zur Nutzung der Flexibilität im Bahnstromnetz (Bahnflex) vorgelegt. Nach diesem Konzept führt die TenneT TSO GmbH zur Vermeidung von Engpässen im Übertragungsnetz gemeinsam mit der DB Energie GmbH netzbezogene Lastverlagerungs-Maßnahmen durch. Aufgrund der unterschiedlichen Preisstellungen ergeben sich für die DB Energie GmbH daraus höhere vorgelagerte Netzkosten, die durch die TenneT TSO GmbH getragen werden sollen.

Die Beschlusskammer beabsichtigt die Konsultation mit der Veröffentlichung eines Festlegungsentwurfs einzuleiten, sobald der Übertragungsnetzbetreiber eine Absichtserklärung nebst freiwilliger Selbstverpflichtung vorgelegt hat.

\*\*\*

**Mitteilung Nr. 262/2023**
**Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung der Kosten und Erlöse aus dem finanziellen Ausgleich nach § 13a Abs. 2 S. 1 EnWG und aus den Maßnahmen zur Bewirtschaftung von Engpässen in den deutschen Regelzonen und auf den grenzüberschreitenden Verbindungsleitungen (ReDEM) (BK8-23/013-A)**

Die Beschlusskammer 8 hat gegenüber den regelzonenverantwortlichen Übertragungsnetzbetreibern unter dem Aktenzeichen BK8-23/013-A ein Verfahren zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung der Kosten und Erlöse aus dem finanziellen Ausgleich nach § 13a Abs. 2 S. 1 EnWG und aus den Maßnahmen zur Bewirtschaftung von Engpässen in den deutschen Regelzonen und auf den grenzüberschreitenden Verbindungsleitungen (ReDEM) eingeleitet.

§ 11 Abs. 2 Satz 3 ARegV sieht die Möglichkeit vor, Kosten, die sich aus Maßnahmen des Netzbetreibers ergeben, als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten zu behandeln, soweit diese einer wirksamen Verfahrensregulierung unterliegen. Eine wirksame Verfahrensregulierung liegt nach § 11 Abs. 2 Satz 4 ARegV vor, soweit eine umfassende Regulierung des betreffenden Bereichs durch vollziehbare Entscheidung der Regulierungsbehörden oder freiwillige Selbstverpflichtungen der Netzbetreiber erfolgt ist und die Regulierungsbehörde dies nach § 32 Abs. 1 Nr. 4 ARegV festgelegt hat.

Die regelzonenverantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber haben der Beschlusskammer den Entwurf einer freiwilligen Selbstverpflichtung vorgelegt, worin die nach § 13a Abs. 2 S. 1 EnWG anfallenden Kosten und Erlöse aus dem finanziellen Ausgleich von Redispatch-Maßnahmen sowie die Kosten und Erlöse aus den Maßnahmen zur Bewirtschaftung von Engpässen in den deutschen Regelzonen und auf den grenzüberschreitenden Verbindungsleitungen erfasst werden. Beide Sachverhalte waren zuvor in den Festlegungen BK8-18-0007-A bzw. BK6-15-118 getrennt geregelt und werden nunmehr in dieser Festlegung zusammengefasst. Die Höhe der Kosten und Erlöse aus dem finanziellen Ausgleich von Redispatch-Maßnahmen ist derzeit Gegenstand eines vorgezogenen Verfahrens, unter dem Aktenzeichen BK8-22/001-A.

Die Beschlusskammer beabsichtigt die Konsultation mit der Veröffentlichung eines Festlegungsentwurfs einzuleiten, sobald die vorgenannten Übertragungsnetzbetreiber eine Absichtserklärung nebst freiwilliger Selbstverpflichtung vorgelegt haben.

\*\*\*

**Mitteilung Nr. 263/2023****Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung, Festlegung eines verbindlichen Systems für die Beschaffung von Leistungen nach § 13 Abs. 6a i. V. m. 118 Abs. 22 EnWG n.F. (Nutzen statt Abregeln - Power to Heat) (BK8-23/011-A)**

Die Beschlusskammer 8 hat gegenüber den Übertragungsnetzbetreibern 50Hertz Transmission GmbH, Amprion GmbH und TenneT TSO GmbH unter dem Aktenzeichen BK8-23/011-A ein Verfahren zur Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung einer Festlegung eines verbindlichen Systems für die Beschaffung von Leistungen nach § 13 Abs. 6a i. V. m. 118 Abs. 22 EnWG n.F. (Nutzen statt Abregeln - Power to Heat) eingeleitet.

§ 11 Abs. 2 Satz 3 ARegV sieht die Möglichkeit vor, Kosten, die sich aus Maßnahmen des Netzbetreibers ergeben, als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten zu behandeln, soweit diese einer wirksamen Verfahrensregulierung unterliegen. Eine wirksame Verfahrensregulierung liegt nach § 11 Abs. 2 Satz 4 ARegV vor, soweit eine umfassende Regulierung des betreffenden Bereichs durch vollziehbare Entscheidung der Regulierungsbehörden oder freiwillige Selbstverpflichtungen der Netzbetreiber erfolgt ist und die Regulierungsbehörde dies nach § 32 Abs. 1 Nr. 4 ARegV festgelegt hat.

Die vorgenannten Übertragungsnetzbetreiber haben der Beschlusskammer im Vorgriff auf die Änderung des EnWG die ein Konzept für die Beschaffung von Leistungen nach § 13 Abs. 6a i. V. m. 118 Abs. 22 EnWG n.F. (Nutzen statt Abregeln - Power to Heat) vorgelegt. Wegen der bestehenden Engpässe im Übertragungsnetz werden derzeit vor allem in Norddeutschland in steigendem Umfang Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus Erneuerbaren Energien abgeregelt. Volkswirtschaftlich ist es sinnvoller, diese Strommengen nicht abzuregeln, sondern zu nutzen. Daher wurde das Instrument zur Nutzung dieser Strommengen als zuschaltbare Lasten im Umfang von bis zu maximal 2 GW im Netzausbaugebiet eingeführt. § 13 Abs. 6a EnWG n.F. sieht vor, zuschaltbare Lasten in das bestehende Redispatch-Regime bei Engpässen auf der Übertragungsnetzebene zu integrieren. Die bis zum 31.12.2023 geltende Festlegung zu § 13 Abs. 6a EnWG a.F. war unter dem Aktenzeichen BK8-17/0009-A ergangen.

Die betroffenen Netzbetreiber und die Marktbeteiligten erhalten die Gelegenheit, zu der beabsichtigten Festlegung gemäß § 67 EnWG Stellung zu nehmen. Die Stellungnahmen können, bevorzugt auch gemeinschaftlich, bis zum

**Freitag, 26. Januar 2024**

über das Postfach der Beschlusskammer 8

**Poststelle.BK8@BNetzA.de**

gesendet werden.

Anlagen

- Beschlussentwurf
- Freiwillige Selbstverpflichtung
- Absichtserklärungen

\*\*\*



Bundesnetzagentur

**Beschlusskammer 8****Beschluss**

Aktenzeichen: BK8-23/011-A

In dem Verwaltungsverfahren

wegen **der Feststellung einer wirksamen Verfahrensregulierung, Festlegung eines verbindlichen Systems für die Beschaffung von Leistungen nach § 13 Abs. 6a i. V. m. 118 Abs. 22 EnWG n.F. (Nutzen statt Abregeln - Power to Heat)**

hat die Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn,

durch den Vorsitzenden	Karsten Bourwieg,
den Beisitzer	Wolfgang Wetzl
und den Beisitzer	Bernd Petermann

gegenüber den **Übertragungsnetzbetreibern**

1. 50 Hertz GmbH, Heidestraße 2, 10557 Berlin,  
gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung
2. Amprion GmbH, Robert-Schuman-Straße 7, 44263 Dortmund,  
gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung
3. TenneT TSO GmbH, Bernecker Straße 70, 95448 Bayreuth,  
gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

am [REDACTED] beschlossen:

1. Das Verfahren zur Beschaffung von Leistungen nach § 13 Abs. 6a i. V. m. 118 Abs. 22 EnWG n.F. durch die Übertragungsnetzbetreiber bis zum 30.06.2028 unterliegt entsprechend den in der **Anlage** zu diesem Beschluss beigefügten freiwilligen Selbstverpflichtungen einer wirksamen Verfahrensregulierung.
2. Die nach Maßgabe dieser freiwilligen Selbstverpflichtungen zur Beschaffung ermittelten Kosten für Maßnahmen nach § 13 Abs. 6a EnWG n.F. gelten als dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile i.S.d. § 11 Abs. 2 S. 2 und 4 ARegV.
3. Die Übertragungsnetzbetreiber dürfen ihre Erlösobergrenzen im Hinblick auf die nach Tenor zu Ziffer 1.) und 2.) entstehenden dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile jeweils zum 1. Januar des Kalenderjahres t, für welches die in Tenor zu Ziffer 1.) genannte Leistung zu beschaffen ist, anpassen.

Die Differenz zwischen den nach Satz 1 ansetzbaren Plan-Kosten und den dem Übertragungsnetzbetreiber mit Regelzonenverantwortung entstehenden tatsächlichen Kosten des Kalenderjahres t (Ist-Kosten) hat der Übertragungsnetzbetreiber mit Regelzonenverantwortung jährlich zu ermitteln und auf seinem Regulierungskonto des Kalenderjahres t zu verbuchen.

4. Die Festlegungen nach Tenor zu Ziffer 1.) und 2.) sind bis zum 31.12.2033 befristet. Die Festlegung nach Tenor zu Ziffer 3.) ist bis zum 31.12.2038 befristet.
5. Die Festlegung tritt mit Wirkung zum 01.01.2024 in Kraft.

## Gründe

### I.

- 1 Die vorliegende Festlegung trifft Feststellungen zu einer wirksamen Verfahrensregulierung und legt ein verbindliches System für die Beschaffung von Leistungen nach § 13 Abs. 6a i. V. m. 118 Abs. 22 EnWG in der neuen Fassung vom [REDACTED] fest. Die Festlegung knüpft unmittelbar an die Regelungen mit Beschluss vom 12.01.2018, unter dem Aktenzeichen BK8-17/0009-A, an. Die Anordnungen in dieser Festlegung waren bis zum 31.12.2023 befristet.
- 2 Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) nehmen in der deutschen Elektrizitätswirtschaft eine systemrelevante Position ein. Nach § 12 EnWG haben sie die Energieübertragung durch das Netz unter Berücksichtigung des Austauschs mit anderen Verbundnetzen zu regeln und mit der Bereitstellung und dem Betrieb ihrer Übertragungsnetze im nationalen und internationalen Verbund zu einem sicheren und zuverlässigen Elektrizitätsversorgungssystem in ihrer Regelzone und – insbesondere durch entsprechende Vorhaltung von Übertragungskapazität und der Gewährleistung der Zuverlässigkeit des Netzes – zur nationalen Versorgungssicherheit beizutragen. Sie sind darüber hinaus nach § 13 EnWG berechtigt und verpflichtet, jegliche Gefährdung oder Störung durch netz- oder marktbezogene Maßnahmen zu beseitigen. Unter anderem kann der ÜNB noch bis zum 31.12.2033 Maßnahmen nach § 13 Abs. 6a EnWG n.F. ergreifen (§ 13 Abs. 6a S. 4 EnWG n.F.).
- 3 Hierdurch wird deutlich, dass zum Betrieb von Übertragungsnetzen nicht nur die Bereitstellung von Netzinfrastruktur, sondern auch der systemführungsbedingte operative Umgang mit dem Einsatz elektrischer Energie gehört. Dies findet auch materiell in den Kostenpositionen eines ÜNB seinen Niederschlag.
- 4 Auf der Grundlage der von den ÜNB vorgelegten Absichtserklärung zu einer freiwilligen Selbstverpflichtung (FSV) hinsichtlich § 13 Abs. 6a EnWG n.F. hat die Beschlusskammer am 22.03.2023 das vorliegende Verfahren eröffnet. Mit Veröffentlichung im Internet und im Amtsblatt der Bundesnetzagentur vom 18.12.2023 hat die Beschlusskammer den Netzbetreibern und den berührten Wirtschaftskreisen gemäß § 67 Abs. 1 EnWG die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.
- 5 Die Beschlusskammer hat gemäß § 55 Abs. 1 S. 2 EnWG die zuständigen Landesregulierungsbehörden und das Bundeskartellamt über die Einleitung des Verfah-

rens informiert. Die Behörden konnten gemäß § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG Stellung nehmen. Der Länderausschuss wurde gemäß § 60a Abs. 2 S. 1 EnWG unterrichtet.

- 6 Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akte Bezug genommen.

## II.

- 7 Der Beschluss beruht auf der Anwendung des nationalen Rechts auch vor dem Hintergrund der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 02.09.2021, C-718/18. Eine Rechtsgrundlage für den Beschluss liegt vor. Der Beschluss ist formell und materiell rechtmäßig.

### 1. **Vollständige Anwendung des nationalen Rechts auch vor dem Hintergrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 02.09.2021, C-718/18**

- 8 Die Beschlusskammer hat in rechtmäßiger Weise die Vorgaben des nationalen Rechts in Form der normativen Regulierung, soweit diese im vorliegenden Verfahren Anwendung finden und von der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (Urteil vom 02.09.2021, C-718/18) erfasst werden, für ihre Entscheidung herangezogen. Als „normative Regulierung“ werden im Allgemeinen solche Regeln des nationalen Gesetz- und Verordnungsgebers (z.B. in StromNEV, GasNEV und ARegV) bezeichnet, die konkrete methodische und materielle Vorgaben für die Regulierung durch die Bundesnetzagentur enthalten. Die Pflicht zur Anwendung dieser nationalen Vorgaben folgt aus Art. 20 Abs. 3 GG und gilt auch angesichts der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs fort, bis sie vom Gesetz- bzw. Verordnungsgeber außer Kraft gesetzt oder neu geregelt werden. Dies hat der Bundesgerichtshof bereits entschieden (BGH, Beschluss vom 08.10.2019, EnVR 58/18, Rn. 60 ff., siehe auch OLG Düsseldorf vom 11.02.2021, VI-5 Kart 10/19 [V], S. 10 ff., OLG Düsseldorf vom 28.04.2021, VI-3 Kart 798/19 [V], S. 72 ff., OLG Schleswig vom 11.01.2021, 53 Kart 1/18, S. 27 ff.).

### 1.1 **Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs**

- 9 Der Europäische Gerichtshof hat zwar in seiner Entscheidung festgestellt, dass die normative Regulierung in Deutschland insgesamt mit der in Art. 37 Richtlinie 2009/72/EG (heute Art. 59 Richtlinie (EU) 2019/944) sowie in Art. 41 Richtlinie 2009/73/EG geregelten ausschließlichen Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörde unvereinbar ist und die Richtlinien insoweit durch die Bundesrepublik Deutschland nicht bzw. fehlerhaft umgesetzt wurden. Insoweit hat der Europäische Gerichtshof der

vierten Rüge stattgegeben, mit der die Kommission Deutschland vorgeworfen hatte, es habe die in den Richtlinien vorgesehenen ausschließlichen Zuständigkeiten der NRB verletzt, indem es im deutschen Recht die Bestimmung der Methoden zur Berechnung oder Festlegung der Bedingungen für den Anschluss an und den Zugang zu den nationalen Netzen, einschließlich der anwendbaren Tarife, der Bundesregierung und nicht der nationalen Regulierungsbehörde zugewiesen habe.

## 1.2 Reichweite der Entscheidung

- 10 Der Europäische Gerichtshof hat aber weder über die Zuständigkeitsfragen hinausgehend einen materiell-rechtlichen Verstoß einzelner Vorgaben der normativen Regulierung gegen EU-Recht gerügt, noch hat er sich ausdrücklich zu der Frage geäußert, ob die normative Regulierung bis zu dem Zeitpunkt, zu dem der nationale Gesetz- und Verordnungsgeber den festgestellten Verstoß beseitigt, weiter anwendbar ist. Der EuGH hat sich insbesondere auch nicht explizit zu der Frage geäußert, ob die Richtlinienbestimmungen über die ausschließliche Zuständigkeit unmittelbar anwendbar sind.

## 1.3 Keine Nichtigkeit des nationalen Rechts

- 11 Die Regelungen der normativen Regulierung sind nicht nichtig. Weder nach den Grundsätzen des europäischen Rechts noch nach nationalem Recht führt der Verstoß einer nationalen Regelung gegen Unionsrecht zu deren Nichtigkeit (BGH, Beschluss vom 08.10.2019, EnVR 58/18, Rn. 61 ff.). Vielmehr sind die Grundsätze des Anwendungsvorrangs des Unionsrechts vor nationalem Recht zu beachten.
- 12 Zudem scheidet eine richtlinienkonforme Auslegung der Vorschriften der normativen Regulierung aus. Der Europäische Gerichtshof sieht zwar sowohl in der an die Bundesregierung gem. § 24 EnWG erfolgten Zuweisung von Zuständigkeiten, als auch in den bindenden Vorgaben der normativen Regulierung eine mit den oben genannten Richtlinien unvereinbare Beschränkung der ausschließlichen Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörde (EuGH a.a.O., Rz. 101 f., 115 f.). Eine Umdeutung der nationalen Vorgaben in nicht bindende Programmsätze, die die ausschließliche Zuständigkeit der Regulierungsbehörde nicht beeinträchtigen, kommt angesichts des eindeutigen Wortlauts, der Systematik und des Regelungszwecks der Vorschriften der normativen Regulierung jedoch nicht in Betracht (Verbot der contra legem-Auslegung, BGH, Beschluss vom 08.10.2019, EnVR 58/18, Rn. 66 ff.).

- 13 Der Grundsatz vom Anwendungsvorrang des Unionsrechts führt indes nicht dazu, die Vorschriften der normativen Regulierung unangewendet zu lassen. Der Anwendungsvorrang besagt, dass eine nationale Regelung, die mit einer unmittelbar geltenden Regelung des Unionsrechts unvereinbar ist, von nationalen Behörden und Gerichten nicht angewendet werden darf (vgl. Streinz, EUV, 3. Aufl. 2018, Art. 4 Rn. 40; Ruffert, in: Calliess/Ruffert, EUV/AEUV, 5. Aufl. 2016, Art. 288 AEUV, Rn. 69 f.). Dieser Grundsatz gilt jedoch nur, soweit unmittelbar anwendbares Unionsrecht betroffen ist (EuGH, Urteil vom 24.06.2019, C-573/17, Rn. 62). Die normative Regulierung verstößt nicht gegen unmittelbar anwendbares Unionsrecht. Die hier maßgeblichen Richtlinienbestimmungen über die ausschließliche Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörde, mit denen die Vorgaben der normativen Regulierung unvereinbar sind, sind nicht unmittelbar anwendbar.

#### **1.4 Keine unmittelbare Anwendbarkeit der Richtlinie**

- 14 Damit eine Richtlinienbestimmung unmittelbar angewendet werden kann, müssen spezifische Voraussetzungen vorliegen (Grabitz/Hilf/Nettesheim, AEUV, 71. EL August 2020, Art. 288 Rn. 149). Der Europäische Gerichtshof geht von der unmittelbaren Anwendbarkeit einer nicht oder nicht ordnungsgemäß umgesetzten Richtlinienbestimmung nach Ablauf der Umsetzungsfrist aus, wenn die Bestimmung hinreichend genau und inhaltlich unbedingt ist. Zudem können die Bestimmungen einer Richtlinie grundsätzlich nur Rechte, aber keine Pflichten eines Einzelnen begründen (sog. Belastungsverbot). Insofern kommt auch eine objektive unmittelbare Wirkung vorliegend nicht in Betracht. Im Einzelnen:

##### **1.4.1 Unionsvorschriften inhaltlich nicht unbedingt**

- 15 Die Richtlinienvorgaben sind nicht unbedingt. Eine Unionsvorschrift ist inhaltlich unbedingt, wenn sie eine Verpflichtung normiert, die an keine Bedingung geknüpft ist und zu ihrer Durchführung oder Wirksamkeit auch keiner weiteren Maßnahmen der Unionsorgane oder der Mitgliedstaaten bedarf. Die Richtlinienbestimmungen über die ausschließliche Zuständigkeit sind nicht als inhaltlich unbedingt anzusehen.
- 16 Gegenwärtig fehlt es an den erforderlichen und zureichenden Umsetzungsnormen im nationalen Recht. Das betrifft sowohl die konkrete umfassende Aufgabenzuweisung als auch die für einen Eingriff erforderliche Ermächtigungsgrundlage. Die Bundesnetzagentur hat nach nationalem Recht gegenwärtig (nur) die Befugnis, die Vorgaben der normativen Regulierung anzuwenden und ggf. unter Rückgriff auf § 29 EnWG je nach

Festlegungsermächtigung weiter auszugestalten und zu konkretisieren. Sie hat aber mangels entsprechender Aufgabenzuweisung durch den Gesetzgeber nicht die übergeordnete, allgemeine und uneingeschränkte Befugnis, die ihr nach den Richtlinien vorbehaltenen Aufgaben vollumfänglich und selbständig auszuüben (vgl. EuGH a.a.O., Rz. 105) beispielsweise also die Methoden oder Bedingungen für den Netzanschluss und den Netzzugang frei festzulegen oder zu genehmigen (vgl. nur § 24 S. 1 Nr. 1 EnWG). Dass es hierzu einer umfassenden mitgliedstaatlichen Aufgabenzuweisung bedarf, entspricht im Übrigen auch dem europäischen Leitbild, wonach die Mitgliedstaaten zur Einrichtung von Regulierungsbehörden mit spezifischen Zuständigkeiten verpflichtet sind (vgl. Erwägungsgrund 33 der Richtlinie 2009/72/EG bzw. Erwägungsgrund 29 der Richtlinie 2009/73/EG). Die Mitgliedstaaten verfügen bei der Organisation und Strukturierung der Regulierungsbehörde zwar über eine Autonomie, haben diese aber unter vollständiger Beachtung der in den Richtlinien festgelegten Ziele und Pflichten auszuüben und insoweit sicherzustellen, dass die Regulierungsbehörde bei der Ausübung der ihr vorbehaltenen Zuständigkeiten ihre Entscheidungen autonom treffen kann (vgl. EuGH, a.a.O., Rz. 119). Dieser Befund wird auch durch das in der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs mündende Vertragsverletzungsverfahren bestätigt: Gegenstand der Rüge durch die Europäische Kommission war nicht die fehlerhafte Ausübung einer nach nationalem Recht bereits ordnungsgemäß zugewiesenen ausschließlichen Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörde, sondern der Umstand, dass eine den Richtlinien entsprechende umfassende Aufgabenzuweisung an die nationale Regulierungsbehörde im nationalen Recht bislang nicht erfolgt ist (vgl. EuGH a.a.O., Rz. 88). Vielmehr liegt hier eine fehlerhafte Aufgabenzuweisung vor (EuGH, a.a.O., Rz. 130); diese kann und muss durch den Mitgliedstaat korrigiert werden, der dann die noch möglichen Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten vorsehen kann (EuGH a.a.O., Rz. 126, 127).

#### **1.4.2 Belastung Einzelner verboten**

- 17 Mit der unmittelbaren Anwendung der Richtlinien wären Belastungen Einzelner verbunden, sodass eine solche ausscheidet. Zwar ist die Einräumung subjektiver Rechte keine Voraussetzung für eine unmittelbare Anwendbarkeit (woran es vorliegend wegen des Verstoßes gegen objektiv geprägte Zuständigkeitsnormen auch fehlen würde), allerdings gilt das Belastungsverbot. Wenn der Bundesnetzagentur aus einer unmittelbaren Anwendung der Richtlinie weitergehende oder jedenfalls anders ausgestaltete Kompetenzen zukämen, könnte sich dies je nach Einzelfall zugunsten, aber

auch zu Lasten bestimmter Beteiligter auswirken. Daraus wiederum könnten sich Belastungen ergeben, die nach Auffassung des Bundesgerichtshofs nur durch das europäische Primärrecht oder durch EU-Verordnungen begründet werden können, nicht aber durch Richtlinien (vgl. BGH, Beschluss vom 08.10.2019, EnVR 58/18, Rn. 73).

- 18 Eine Belastung würde sich zudem bereits aus dem Heranziehen der Richtlinien als Ermächtigungsgrundlage ergeben. Dies wäre europarechtlich unzulässig. Sofern die Richtlinienbestimmungen über die ausschließliche Zuständigkeit als inhaltlich unbedingt anzusehen wären, müssten sie von der Bundesnetzagentur unmittelbar als Ermächtigungsgrundlage auch für belastende Regulierungsentscheidungen herangezogen werden. Anders als in den vom Europäischen Gerichtshof entschiedenen Fällen, in denen er eine unmittelbare Belastung durch Richtlinienrecht verneinte, weil die Belastung erst durch ein Verwaltungsverfahren auf Basis nationalen Rechts eintrat, würden vorliegend die Richtlinienbestimmungen als solche unmittelbar gegenüber den Betroffenen herangezogen werden und als materiell-rechtliche Befugnisnormen für belastende Verwaltungsverfahren und Regulierungsentscheidungen fungieren. Soweit ersichtlich existiert bislang keine hier einschlägige Judikatur, in der der EuGH es für europarechtskonform eingestuft hätte, dass eine Richtlinienbestimmung als eigenständige Ermächtigungsgrundlage für Eingriffe in Rechte des Einzelnen herangezogen werden darf.

#### **1.4.3 Keine objektive unmittelbare Wirkung des Unionsrechts**

- 19 Eine ausnahmsweise objektive unmittelbare Wirkung der Richtlinienbestimmungen bezogen auf die ausschließliche Zuständigkeit scheidet ebenfalls aus. Der Europäische Gerichtshof hat eine objektive unmittelbare Wirkung von Richtlinienbestimmungen anerkannt, aus denen sich für staatliche Stellen eindeutige Pflichten ergeben. Konkret ging es beispielsweise um die nicht rechtzeitig in nationales Recht umgesetzte Pflicht der zuständigen Behörde zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens für die Errichtung eines Wärmekraftwerks (EuGH, Urteil vom 11.08.1995, C-431/92 – Wärmekraftwerk Großkrotzenburg).
- 20 Zwar mag sich vorliegend aus den Richtlinienbestimmungen über die ausschließliche Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörde die Verpflichtung ergeben, von dieser Zuständigkeit auch Gebrauch zu machen, um den Zielsetzungen der Richtlinien hinreichend Rechnung tragen zu können. Anders als im Fall des Wärmekraftwerks Großkrotzenburg ist diese Verpflichtung vorliegend jedoch nicht inhaltlich unbedingt. Im vom Europäischen Gerichtshof entschiedenen Fall konnte die zuständige Behörde der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ohne Weiteres nachkom-

men, weil diese als unselbstständiger Bestandteil des nach nationalem Recht vorgesehenen und ihr bereits zugewiesenen Genehmigungsverfahrens durchzuführen war. Demgegenüber kann die Bundesnetzagentur die ihr nach den Richtlinienbestimmungen zugewiesene ausschließliche Zuständigkeit erst ausüben, wenn ihr entsprechende Befugnisse nach nationalem Recht eingeräumt werden (siehe oben).

### 1.5 Interessenabwägung

- 21 Ungeachtet der Tatsache, dass die Richtlinienbestimmungen nicht unmittelbar anwendbar sind, sprechen aus Sicht der Beschlusskammer weitere erhebliche Gründe dafür, die Vorgaben der normativen Regulierung in der Übergangszeit zur Anwendung zu bringen. Die Nichtanwendung der normativen Regulierung in der Übergangszeit würde zu einem Zustand führen, der mit den Zielsetzungen der genannten Richtlinien erst recht unvereinbar wäre (so auch BGH, Beschluss vom 08.10.2019, EnVR 58/18, Rn. 76).
- 22 Die Richtlinien verlangen, dass zumindest die Methoden zur Berechnung oder Festlegung der Bedingungen u.a. für den Netzanschluss und den Netzzugang „mit ausreichendem Vorlauf vor deren Inkrafttreten“ festgelegt oder genehmigt werden, vgl. Art. 41 Abs. 6 der Richtlinie 2009/73/EG und Art. 59 Abs. 7 der Richtlinie (EU) 2019/944. Diesem Gebot der ex ante-Regulierung wird in Deutschland gegenwärtig zu einem großen Teil über die Vorgaben der normativen Regulierung Rechnung getragen. Die normative Regulierung strukturiert die Methoden für die Berechnung der Tarife vor und legt ex ante die wesentlichen Bedingungen für den Netzanschluss und den Netzzugang fest. Sie regelt unmittelbar Rechte und Pflichten für Netzbetreiber und andere Marktakteure und schafft auf diese Weise den von den Richtlinien geforderten transparenten und vorhersehbaren, verlässlichen Regulierungsrahmen. Bestehende Festlegungen und Genehmigungen der Bundesnetzagentur, die sie im Rahmen ihrer bisherigen Zuständigkeiten erlassen hat, tragen zwar ebenfalls zu der erforderlichen ex ante-Regulierung bei, dies jedoch nur in Teilbereichen und in Ergänzung der normativen Regulierung und damit nicht in dem von der Richtlinie geforderten Umfang.
- 23 Ein faktisches Außerkrafttreten der Vorgaben der normativen Regulierung würde daher zu beträchtlichen Regelungslücken und damit einhergehend erheblichen Rechtsunsicherheiten für alle Marktbeteiligten führen. Auch dies wäre mit den genannten Richtlinienvorgaben und den Zielsetzungen des Energiebinnenmarkts schwerlich vereinbar. Beispielsweise dürfte eine derart unklare Rechtslage im Übergangszeitraum kaum Investitionsanreize setzen und Unsicherheiten für die unternehmerische Tätigkeit der

regulierten Unternehmen und auch der sonstigen Marktteilnehmer auslösen. Für den Übergangszeitraum ist es daher sinnvoll und angebracht, stabile und berechenbare Verhältnisse zu gewährleisten.

## **2. Formelle Rechtmäßigkeit**

- 24 Die formellen Anforderungen an die Rechtmäßigkeit der Festlegung sind erfüllt. Die Beschlusskammer hat den Netzbetreiber angehört und die zuständigen Behörden beteiligt.

### **2.1 Zuständigkeit**

- 25 Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für die vorliegende Festlegung ergibt sich aus § 54 Abs. 1, 1. HS EnWG, die der Beschlusskammer aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG.

### **2.2 Ermächtigungsgrundlage**

- 26 Die Festlegung in Bezug auf die Ziffern 1.), 2.) und 4.) beruht auf § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 4 ARegV. Danach kann die Regulierungsbehörde Festlegungen zu den Bereichen treffen, die nach § 11 Abs. 2 S. 2 bis 4 ARegV einer wirksamen Verfahrensregulierung unterliegen.
- 27 Die Regelung des § 11 Abs. 2 S. 2 ARegV sieht bei Stromversorgungsnetzen die Möglichkeit vor, Kosten als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten zu behandeln, soweit diese einer wirksamen Verfahrensregulierung unterliegen. Eine wirksame Verfahrensregulierung nach § 11 Abs. 2 S. 4 ARegV liegt vor, soweit eine umfassende Regulierung des betreffenden Bereichs durch vollziehbare Entscheidung der Regulierungsbehörden oder freiwillige Selbstverpflichtungen der Netzbetreiber erfolgt ist und die Regulierungsbehörde dies nach § 32 Abs. 1 Nr. 4 ARegV festgelegt hat.
- 28 Die Festlegung in Bezug auf die Tenor Ziffer 3.) beruht zudem auf § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. §§ 32 Abs. 1 Nr. 1 Var. 1, 11 Abs. 2 S. 2 und 4 ARegV. Danach kann die Regulierungsbehörde Festlegungen in Bereichen der Bestimmung der Erlösobergrenzen nach § 4 Abs. 1 ARegV treffen.
- 29 Der Kostenwälzmechanismus bezieht sich auf die Höhe der Erlösobergrenze des ÜNB, sodass ein direkter Bezug zur Bestimmung der Erlösobergrenze gegeben ist.

### 2.3 Anhörung

- 30 Die Entscheidung beruht auf den freiwilligen Selbstverpflichtungen der ÜNB. Den ÜNB und den vom Verfahren berührten Wirtschaftskreisen wurde gemäß § 67 Abs. 1 EnWG Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

### 2.4 Beteiligung zuständiger Behörden

- 31 Das Bundeskartellamt und die nach Landesrecht zuständigen Behörden haben gemäß § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten. Der Länderausschuss wurde gemäß § 60a Abs. 2 S. 1 EnWG unterrichtet.

## 3. Materielle Rechtmäßigkeit

- 32 Die Voraussetzungen für den Erlass dieser Festlegung liegen vor. Die Beschlusskammer hat das ihr zustehende Ermessen ausgeübt. Die Festlegung zur wirksamen Verfahrensregulierung ist erforderlich und geboten.

### 3.1 Voraussetzungen für die Festlegung: Festlegungszweck

- 33 Nach § 32 Abs. 1 ARegV kann die Regulierungsbehörde Festlegungen im Rahmen der Anreizregulierung treffen, wenn sie der Verwirklichung eines effizienten Netzzugangs und der in § 1 Abs. 1 EnWG genannten Zwecke dienen.
- 34 Die vorliegende Festlegung einer wirksamen Verfahrensregulierung dient der Verwirklichung eines effizienten Netzzugangs gemäß § 32 Abs. 1 ARegV sowie §§ 20 - 21a EnWG n.F., indem sie zuverlässige Rahmenbedingungen für die betroffenen ÜNB hinsichtlich der sachgerechten Berücksichtigung von Kosten, die aus Maßnahmen nach § 13 Abs. 6a EnWG n.F. resultieren, schafft. Damit wird dem Ziel eines langfristig angelegten, leistungsfähigen und zuverlässigen Betriebs von Übertragungsnetzen Rechnung getragen. Ferner wird der Ansatz des § 21 Abs. 2 EnWG n.F., Anreize für eine effiziente Leistungserbringung zu setzen, konsequent angewendet.

### 3.2 Verwirklichung der in § 1 Abs. 1 EnWG genannten Zwecke

- 35 Die Festlegung dient auch der Verwirklichung der in § 1 Abs. 1 EnWG genannten Zwecke einer möglichst sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen Versorgung der Allgemeinheit mit Strom. Bei der vorliegenden Festlegung stehen insbesondere die Ziele einer sicheren und effizienten Versorgung sowie die Sicherung eines langfristig angelegten leistungsfähigen und zuverlässigen Betriebs von Energieversorgungsnetzen gemäß § 1 Abs. 2 EnWG im Vordergrund.

Darüber hinaus dient die Festlegung auch der Verwirklichung der in Art. 12 und 13 VO(EU) 2019/943 genannten Ziele.

- 36 Das Instrument wurde mit dem EEG 2016 (Gesetz vom 13.10.2016 - Bundesgesetzblatt Teil I 2016 Nr. 49 18.10.2016 S. 2258) mit zeitlicher Befristung bis zum Ablauf des Jahres 2028 eingeführt und mit dem Gesetz zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben und zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften [REDACTED] nochmals bis Ende 2033 verlängert.
- 37 Neben der Umstellung der Förderung auf Ausschreibungen wird mit dem EEG 2016 das Ziel verfolgt, den Ausbau der erneuerbaren Energien besser mit dem Ausbau der Stromnetze zu verzahnen. Wegen der bestehenden Engpässe im Übertragungsnetz werden derzeit vor allem in Norddeutschland in steigendem Umfang Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus Erneuerbaren Energien abgeregelt. Volkswirtschaftlich ist es sinnvoller, diese Strommengen nicht abzuregeln, sondern zu nutzen. Daher wurde das Instrument zur Nutzung dieser Strommengen als zuschaltbare Lasten im Umfang von bis zu maximal 2 GW im Netzausbaubereich eingeführt. § 13 Abs. 6a EnWG n.F. sieht vor, zuschaltbare Lasten in das bestehende Redispatch-Regime bei Engpässen auf der Übertragungsnetzebene zu integrieren. Adressiert durch § 13 Abs. 6a EnWG n.F. wird aber nur die Wärmeversorgung bei bestehenden KWK-Anlagen. Hierbei handelt es sich um Anlagen, die eine doppelte Wirkung entfalten – wird doch die abgeregelte wärmegebundene Stromerzeugung als variable, „zuschaltbare“ Last ersetzt. Ziel der Regelung ist es, die Menge an Strom aus erneuerbaren Energien, die aufgrund von Engpässen im Übertragungsnetz aktuell durch den verzögerten Ausbau des Übertragungsnetzes abgeregelt werden muss, zu verringern und die Entschädigungszahlungen nach § 15 EEG zu reduzieren (vgl. Gesetzentwurf, BT-Drs. 18/8860, S. 333).
- 38 Die Nutzung von zuschaltbaren Lasten ist nur eine Übergangsmaßnahme und nicht auf Dauer angelegt (vgl. § 118 Abs. 6 EnWG). Nach § 118 Abs. 22 EnWG n.F. ist § 13 Abs. 6a EnWG n.F. nach dem 30.06.2028 nicht mehr anzuwenden. Netzengpässe können dauerhaft nur durch den notwendigen Netzausbau beseitigt werden. Die Regelung verfolgt in einem Abwägungsprozess die Ziele einer möglichst sicheren, preisgünstigen und umweltverträglichen leitungsgebundenen Energieversorgung, auch indem sie zur Netzentlastung im Übertragungsnetz beiträgt. Ferner profitieren auch die Netznutzer und die übrigen Marktteilnehmer von den vorliegenden Beschaffungsmechanismen. Der transparente Beschaffungsmechanismus sorgt dafür, dass die ÜNB gehalten sind, die

Systemdienstleistung nach § 13 Abs. 6a EnWG n.F. im gesetzlichen Sinne effizient zu beschaffen, was im Ergebnis zu einem angemessenen Kostenansatz führt.

### 3.3 Festlegung ist erforderlich und geboten

- 39 Bei der Entscheidung, ob die Beschlusskammer von ihrem Aufgreifermessen Gebrauch macht, hat sie berücksichtigt, dass die Festlegung erforderlich und geboten ist, um den besonderen Umständen und Kosten der ÜNB durch die Maßnahmen nach § 13 Abs. 6a EnWG n.F. Rechnung zu tragen.
- 40 Voraussetzung für den Abschluss einer vertraglichen Vereinbarung nach § 13 Abs. 6a EnWG n.F. ist, dass die betreffende KWK-Anlage technisch geeignet ist, effizient den Netzingpass auf der Übertragungsnetzebene zu beseitigen. Der ÜNB muss somit bei der Auswahl der KWK-Anlagen darauf achten, dass die KWK-Anlagen nach ihrer Größe und insbesondere ihrer Lage im Netz am effektivsten häufig auftretende Netzingpässe auf der Übertragungsnetzebene beseitigen können. Das Verhältnis der Kosten zur effizienten Engpassbeseitigung gilt es sachgerecht auszugestalten, um dem Instrument einen Anwendungsbereich zu eröffnen. Dies wird durch die vorliegenden freiwilligen Selbstverpflichtungen angemessen abgebildet.
- 41 Die Festlegung dient der Schaffung der notwendigen, verlässlichen Rahmenbedingungen und damit dem Ziel der Rechtssicherheit für ÜNB sowie der Marktbeteiligten in Bezug auf die Ausgestaltung des Instruments sowie der Kostenanerkennung bei Maßnahmen nach § 13 Abs. 6a EnWG n.F.
- 42 Ebenfalls notwendig ist die Befristung der Festlegung (dazu unter Ziffer 3.6.).

### 3.4 Ausgestaltung der freiwilligen Selbstverpflichtungen umfassend (Tenor zu Ziffer 1.)

- 43 Mit Tenor zu Ziffer 1.) wird die Feststellung getroffen, dass das Verfahren zum Umgang mit den Kosten für die Beschaffung von Leistungen nach § 13 Abs. 6a EnWG n.F. für ÜNB entsprechend den in den Anlagen beigefügten freiwilligen Selbstverpflichtungen einer wirksamen Verfahrensregulierung unterliegt.
- 44 Die von den ÜNB vorgelegte freiwillige Selbstverpflichtung zur Bestimmung der Erforderlichkeit und Höhe der Leistungen erfüllt die Anforderungen an eine wirksame Verfahrensregulierung. Sie regelt den Bereich der Kostenberücksichtigung im Hinblick auf Leistungen nach § 13 Abs. 6a EnWG n.F. in einer Art und Weise und so umfassend, dass dem Netzbetreiber in diesem Rahmen nur noch solche Möglichkeiten einer

eigenständigen Kostenbeeinflussung bleiben, die unter Betrachtung aller Umstände der Gesamtsituation als geringfügig bewertet werden können.

- 45 So stellen die freiwilligen Selbstverpflichtungen detaillierte Voraussetzungen für den Abschluss von Verträgen mit den KWK-Anlagenbetreibern auf. Derartige Anlagen müssen geeignet sein, kostengünstig und effizient zur Beseitigung des Netzungspasses im Höchstspannungsnetz einschließlich der zugehörigen Umspannung beizutragen. Diese Voraussetzungen werden in den freiwilligen Selbstverpflichtungen nach Auffassung der Beschlusskammer umfassend konkretisiert.

### **3.5 Anpassung der Erlösobergrenze und Ist-Kosten-Abgleich (Tenor zu Ziffern 2.) und 3.))**

- 46 Die Vorgaben zur Anpassung der Erlösobergrenze und zum Ist-Kosten-Abgleich in Tenor zu Ziffer 2.) und 3.) des Beschlusstextes beruhen auf § 32 Abs. 1 Nr. 1 ARegV. Gemäß dieser Vorschrift kann die Bundesnetzagentur zwecks Verwirklichung eines in § 1 Abs. 1 EnWG genannten Zwecks durch Festlegung nach § 29 Abs. 1 EnWG Entscheidungen zu den Erlösobergrenzen und deren Anpassung nach § 4 ARegV treffen.
- 47 Von dieser Ermächtigung macht die Beschlusskammer Gebrauch. Eine gesetzliche Regelung zur Anpassung der Erlösobergrenze bei Verfahrensregulierungen enthält § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 ARegV selbst nicht. Dort ist normiert, dass der Übertragungsnetzbetreiber jeweils eine Anpassung der Erlösobergrenze zum 1. Januar eines Kalenderjahres vornehmen kann, sofern eine Änderung von nicht beeinflussbaren Kostenanteilen nach § 11 Abs. 2 S. 1 bis S. 3 ARegV erfolgt ist. Vorliegend steht aber eine Änderung von nicht beeinflussbaren Kostenanteilen nach § 11 Abs. 2 S. 4 ARegV in Rede.
- 48 In Anlehnung an die in § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 ARegV zum Ausdruck kommende gesetzgeberische Wertung hat die Beschlusskammer entschieden, den Übertragungsnetzbetreibern zu ermöglichen, die ihnen entstehenden Kosten aus der Beschaffung der in Tenor zu Ziffer 1.) beschriebenen Leistung ohne Zeitverzug zu refinanzieren. Der Sachverhalt entspricht wirtschaftlich und materiell den Ausnahmen bei Kostenanteilen nach § 11 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 bis 6a, 8, 13, 16 und 18 ARegV; in diesen Fällen darf der Übertragungsnetzbetreiber auf das Kalenderjahr abstellen, auf das die Erlösobergrenze anzuwenden sein soll (sog. t-0-Ansatz, auf Basis von Plan-Kosten mit Ist-Kosten-Abrechnung).

- 49 Um dies zu ermöglichen, hat der jeweilige Übertragungsnetzbetreiber die voraussichtlichen Kosten (Plan-Kosten) auf Grundlage realistischer Prognosen im Rahmen der Datenmeldung zur Erlösobergrenze spätestens zwei Werktage vor dem 01. Oktober des Vorjahres mitzuteilen (vgl. Festlegung der Berichtspflichten der ÜNB hinsichtlich der Bildung der vorläufigen und endgültigen Netzentgelte; BK8-19/0001-A).
- 50 Satz 2 des Tenors zu Ziffer 3.) greift die von Gesetzes wegen bestehende Rechtspflicht des ÜNB nach § 5 Abs. 1 ARegV auf. Das bedeutet, dass die Differenz zwischen den voraussichtlich aus der Beschaffung entstehenden Kosten (Plan-Kosten) und den beim Übertragungsnetzbetreiber tatsächlich entstandenen Kosten (Ist-Kosten) jährlich vom jeweiligen Übertragungsnetzbetreiber in t+1 zu ermitteln und auf seinem Regulierungskonto des Kalenderjahres t zu verbuchen ist.
- 51 Der jeweilige Übertragungsnetzbetreiber hat die tatsächlichen Ist-Kosten des Jahres t gegenüber der Beschlusskammer im Rahmen des von der Bundesnetzagentur entweder durch Übersendung oder durch Veröffentlichung auf der Internetseite
- [www.bundesnetzagentur.de/Beschlusskammer8](http://www.bundesnetzagentur.de/Beschlusskammer8)
- 52 zur Verfügung gestellten Erhebungsbogens im Rahmen der Regulierungskontomeldung gesondert zu erfassen und nachzuweisen. Dabei hat der jeweilige Übertragungsnetzbetreiber die tatsächlichen Kosten im Erhebungsbogen einzutragen.

### **3.6 Anwendungszeitraum (Tenor zu Ziffer 4.) und 5.))**

- 53 Der Abschluss von Verträgen nach § 13 Abs. 6a EnWG n.F. ist gesetzlich durch § 118 Abs. 22 EnWG n.F. bis zum 30.06.2028 befristet. Die Dauer dieser Verträge muss nach § 13 Abs. 6a S. 4 EnWG zwar mindestens fünf Jahre betragen, die Geltungsdauer ist aber auf den 31.12.2033 begrenzt.
- 54 Ferner bestehen weiterhin die Bestandsschutzregelungen in § 118 Abs. 22 S. 2 und 3 EnWG n.F. Nach § 118 Abs. 22 S. 3 EnWG n.F. laufen Abschaltvereinbarungen, die nach dem alten bis einschließlich 26.07.2021 geltenden § 13 Abs. 6a S. 4 EnWG a.F. geschlossen wurden, bis zum Ende der Vertragslaufzeit. Zwischen dem 27.07.2021 und 30.06.2028 geschlossene Verträge laufen zwar ebenfalls bis zum Ende ihrer Vertragslaufzeit, sind aber durch § 13 Abs. 6a S. 4 EnWG n.F. in Bezug auf ihre Geltungszeit bis zum 31.12.2033 begrenzt.
- 55 Der Kostenwälzmechanismus nach Tenor Ziffer 3.) wird vorsorglich bis zum Ende einer 6. Regulierungsperiode (31.12.2038) zeitlich befristet. Dies folgt daraus, dass die

Meldung der Ist-Kosten immer erst zum 31.12. des darauffolgenden Jahres mit der Meldung zum Regulierungskonto erfolgen muss. Die maximale Geltungsdauer eines Vertrags nach § 13 Abs. 6a EnWG n.F. reicht bis zum 31.12.2033, also bis zum Ende einer 5. Regulierungsperiode. Die letzte Meldung von Ist-Kosten nach § 13 Abs. 6a EnWG n.F. erfolgt somit voraussichtlich im Jahr 2035.

- 56 Die Befristung des Kostenwälzmechanismus auf die sechste Regulierungsperiode (bis 31.12.2038) steht aber ebenfalls nicht im Widerspruch zum Wortlaut des § 13 Abs. 6a S. 4 EnWG n.F. Dieser verweist zwar darauf, dass vertragliche Vereinbarungen nach § 13 Abs. 6a S. 4 EnWG n.F. nicht über den 31.12.2033 gelten. Der Kostenwälzmechanismus stellt aber mithin gleichfalls keine vertragliche Vereinbarung i. S. d. Norm dar. Auch der Kostenwälzmechanismus dient dazu, den ÜNB Planungssicherheit zu verschaffen sowie die Möglichkeit zu bieten, die Investition in eine Power2Heat-Anlage zu refinanzieren.
- 57 Eine Regelung zum Inkrafttreten am 01.01.2024 in Tenor zu Ziffer 5.) war erforderlich, da die gesetzliche Neuregelung des § 13 Abs. 6a EnWG eine frühzeitigere Konsultation des entsprechend angepassten Festlegungsentwurfes nicht ermöglicht hat.

#### 4. Anlagenverweis

- 58 Die beigefügten **Anlagen (Freiwillige Selbstverpflichtungen)** sind Bestandteil dieses Beschlusses.

#### 5. Öffentliche Bekanntmachung

- 59 Da die Festlegung gegenüber einer Vielzahl von Netzbetreibern und Marktteilnehmer erfolgt, nimmt die Beschlusskammer, in Ausübung des ihr nach § 73 Abs.1a S. 1 EnWG zustehenden Ermessens, eine öffentliche Bekanntmachung der Entscheidung vor. Die öffentliche Bekanntmachung wird dadurch bewirkt, dass der verfügende Teil der Festlegung oder des Änderungsbeschlusses, die Rechtsbehelfsbelehrung und ein Hinweis auf die Veröffentlichung der vollständigen Entscheidung auf der Internetseite der Regulierungsbehörde im Amtsblatt der Regulierungsbehörde bekannt gemacht werden (§ 73 Abs.1a S. 2 EnWG). Die Entscheidung gilt gemäß § 73 Abs.1a S. 3 EnWG mit dem Tage als zugestellt, an dem seit dem Tag der Bekanntmachung im Amtsblatt der Bundesnetzagentur zwei Wochen verstrichen sind.

### Rechtsmittelbelehrung

- 60 Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.
- 61 Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.
- 62 Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Vorsitzender

Beisitzer

Beisitzer

Bourwieg

Wetzel

Petermann

## **Freiwillige Selbstverpflichtung (FSV) nach § 11 Abs. 2 ARegV der deutschen Übertragungsnetzbetreiber für die Beschaffung von Leistungen nach § 13 Abs. 6a EnWG**

### **A. Präambel**

Die deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) haben nach § 12 EnWG die Verantwortung für die Systemsicherheit im deutschen Übertragungsnetz. Ihnen obliegt neben der Frequenzhaltung auch die Systemverantwortung nach § 13 EnWG. Mit Einführung des § 13 Abs. 6a EnWG hat der Gesetzgeber den ÜNB die Möglichkeit der Nutzung eines Instrumentes „Power2Heat“ (P2H) zur Gewährleistung der sicheren Elektrizitätsversorgung geschaffen.

Die vorliegende FSV regelt die Modalitäten der Beschaffung und die regulatorische Anerkennung und Verrechnung der Kosten, die dem ÜNB bei der Anwendung (§ 13 Abs. 6a S. 2 Nr. 1 bis 3 EnWG) und Implementierung des Instruments entstehen. Dadurch soll es der Bundesnetzagentur ermöglicht werden, das Ergebnis des Vorgehens entsprechend der FSV gemäß § 11 Abs. 2 S. 4 ARegV als wirksam verfahrensreguliert zu behandeln.

Durch die vorliegende FSV sollen alle Aufwendungen nach § 13 Abs. 6a S. 2 Nr. 1 bis 3 EnWG erfasst werden, insbesondere auch alle durch einen Abruf entstehenden Kosten und Erlöse. In die FSV Redispatch werden keinerlei Kosten, die den ÜNB im Rahmen von § 13 Abs. 6a EnWG entstehen, verrechnet.

Durch die Implementierung des § 13 Abs. 6a EnWG sollen engpassentlastende Maßnahmen realisiert werden. Eine konkurrierende Nutzung - beispielsweise zur Deckung der Systembilanz - ist ausgeschlossen.

## B. Maßnahmen

Die Maßnahmen i.S.d. § 13 Abs. 6a EnWG dienen nach § 13 Abs. 6a S. 1 Nr. 1 EnWG dazu, Netzengpässe im Höchstspannungsnetz einschließlich der zugehörigen Umspannung zu reduzieren. Zur Behebung des Netzengpasses können innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, aber außerhalb der Südregion im Sinne der Anlage 1 des Kohleverstromungsbeendigungsgesetzes (KVBG), Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK-Anlagen) mit elektrischen Wärmeerzeugern ausgerüstet werden. Der ÜNB kann die Reduzierung der Wirkleistungseinspeisung der KWK-Anlage anweisen. Bei der Umsetzung der Maßnahmen werden die gesetzlichen Vorgaben zur Kooperation nach Maßgabe von § 11 EnWG beachtet. Der ÜNB stellt dem Anlagenbetreiber die zur Aufrechterhaltung der Wärmeversorgung notwendige elektrische Energie bilanziell zur Verfügung.

## C. Voraussetzungen für den Abschluss eines Vertrages mit KWK-Anlagenbetreiber

Voraussetzung für den Abschluss eines Vertrags mit KWK-Anlagenbetreibern ist, dass die Anlage geeignet ist, kostengünstig und effizient zur Beseitigung des Netzengpasses im Höchstspannungsnetz einschließlich der zugehörigen Umspannung beizutragen. Die KWK-Anlage muss hierzu nicht im Übertragungsnetz angeschlossen sein.

Eine Anlage ist geeignet, einen Engpass kostengünstig und effizient zu beseitigen, wenn

- sich durch die Absenkung der KWK-Anlage verbunden mit der alternativen Wärmeerzeugung durch den elektrischen Wärmeerzeuger der notwendige Redispatchbedarf bei der Engpassbewirtschaftung im Übertragungsnetz verringert,
- die Absenkung der KWK-Anlage verbunden mit der alternativen Wärmeerzeugung eine entlastende Wirkung auf belastete Netzelemente im Übertragungsnetz hat und
- die aus dem vermiedenen Engpassmanagement resultierende Einsparungen (Brennstoffe und CO<sub>2</sub>-Emissionen) voraussichtlich über die Dauer der auf die Inbetriebnahme folgenden fünf Jahre mindestens die voraussichtlichen erforderlichen Investitionskosten decken.

Bei der volkswirtschaftlichen Betrachtung, die zur Bewertung der Effizienz Anwendung findet, bleiben etwaige Umverteilungseffekte (hervorgerufen etwa durch zusätzliche Netzentgelte, Umlagen, Abgaben und Steuern) unberücksichtigt. Die eingesparte Strommenge im Engpassmanagement wird auf einen Zeitraum von 5 Jahren approximiert und mit der Summe aus dem durchschnittlichen Brennstoffpreis des eingesparten Brennstoffes (z.B. Erdgas) und dem Wert der eingesparten CO<sub>2</sub>-Emissionen (CO<sub>2</sub>-Zertifikatspreis) multipliziert. Hierfür werden jeweils die gleichen Preise wie für die aktuelle Bedarfsanalyse verwendet.

Die Bestimmung der eingesparten Strommenge erfolgt durch eine Variantenrechnung der Berechnung zur Bedarfsanalyse. An den Netzverknüpfungspunkten zum direkt nachgelagerten Netz, an denen KWK-Standorte liegen, werden hierzu die must-run-Kapazitäten für KWK auf null gesetzt und zuschaltbare Lasten für die Wärmeversorgung eingesetzt. Die im Ergebnis eingesparten Mengen im Engpassmanagement werden den eingesetzten zuschaltbaren Lasten zugeordnet und auf fünf Jahre hochgerechnet. Für alle KWK-Anlagen am selben Netzverknüpfungspunkt wird ein einheitlicher Wirkungskoeffizient angenommen. Die eingesparten Mengen im Engpassmanagement werden den Power2Heat-Anlagen nach dem Prinzip „first come – first serve“ zugeordnet. Neuhinzukommende Power2Heat-Anlagen führen nicht zu einer Neubewertung der Effizienz bereits genehmigter Anlagen. Die Investitionskosten ergeben sich aus dem vom Anlagenbetreiber vorzulegenden für ihn verbindlichen Kostenvoranschlag. Übersteigt die errechnete Einsparung die voraussichtlichen erforderlichen Investitionskosten, gelten sämtliche Effizienzanforderungen in § 13 Abs. 6a EnWG als erfüllt. Zu den erforderlichen Investitionskosten zählen auch allfällige Anschlusskosten und Baukostenzuschüsse für den Netzanschluss der Power2Heat-Anlage.

Zusammenfassend erfolgt die Kontrahierung einer Anlage somit, wenn nachfolgende Bedingung für die Vertragslaufzeit erfüllt ist, wobei aus Vereinfachungsgründen auf eine Diskontierung verzichtet wurde:

$$K_I \leq K_B + K_{CO_2}$$

mit

$K_I$  = erforderliche Investitionskosten für die elektrische Wärmeerzeugung [€]

$K_B$  = zu erwartende Brennstoffeinsparung [€]

$K_{CO_2}$  = zu erwartende Einsparung CO<sub>2</sub>-Zertifikate [€]

Weitere Voraussetzungen für den Vertragsabschluss sind nach §13 Abs. 6a S. 1 Nr. 2-4, dass die KWK-Anlage

- sich im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, aber außerhalb der Südregion nach der Anlage 1 des KVBG, befindet
- vor dem 14. August 2020 in Betrieb genommen worden ist und
- eine installierte elektrische Leistung von mehr als 500 kW hat.

Der ÜNB ermittelt im Rahmen der Netzberechnung Gebiete innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, aber außerhalb der Südregion nach KVBG, in denen Anlagen effizient zur Beseitigung eines Netzenspasses in seinem Netz beitragen können. Zur Umsetzung der Effizienzprüfung werden für die beantragten Anlagen, die den Voraussetzungen nach §13 Abs. 6a S. 1 Nr. 2 bis 4 genügen (Vorprüfung), im Rahmen einer energiewirtschaftlichen Bewertung Abschätzungen getroffen, welche Redispatch-Menge beim Engpassmanagement gemäß energiewirtschaftlichem Szenario der Bedarfsanalyse nach § 3 Abs. 2 NetzResV eingespart wird. Netzenspässe in unterlagerten Netzen werden nicht berücksichtigt.

Die vertragliche Vereinbarung muss mindestens für fünf Jahre abgeschlossen werden und darf höchstens die in § 13 Abs. 6a S. 4 EnWG genannte Geltungsdauer bis zum 31. Dezember 2033 haben.

#### **D. Erforderlichkeit der Investitionskosten und Angemessenheit der Vergütung der Reduzierung der Wirkleistungseinspeisung**

Der KWK-Anlagenbetreiber weist nach (über einen Gutachter), dass die tatsächlich angefallenen Investitionskosten im Sinne kaufmännischer Sorgfalt sachgerecht sind und sich auf das Erforderliche beschränken. Übersteigen die tatsächlichen Kosten die in dem Kostenvoranschlag ausgewiesenen Investitionskosten (vgl. Abschnitt C), so trägt die übersteigenden Kosten der KWK-Anlagenbetreiber. Die Vergütung der Reduzierung der Wirkleistungseinspeisung erfolgt entsprechend der Vorgaben des § 13a Abs. 2 bis 4 EnWG.

**E. Voraussetzungen für die Kostenanerkennung**

Voraussetzung für die finale Kostenanerkennung ist, dass der ÜNB einen Vertrag mit dem gemäß § 13 Abs. 6a S. 2 EnWG vorgesehenen Inhalt mit dem KWK-Anlagenbetreiber unter Beachtung der Voraussetzungen dieser FSV geschlossen hat.

**F. Verfahrensbeschreibung**

Die Kontrahierung und der Einsatz von KWK-Anlagen gemäß § 13 Abs. 6a EnWG führen bei den ÜNB zu Kosten, die gemäß § 11 Abs. 2 S. 4 ARegV auf Grundlage dieser FSV von der Bundesnetzagentur zu dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteilen erklärt werden. Die hierunter zu subsumierenden Kosten sind alle nach § 13 Abs. 6a S. 2 Nr. 2 – 3 EnWG beim ÜNB entstehenden Kosten, insbesondere:

- die Kosten für die Reduzierung der Wirkleistungseinspeisung der KWK-Anlage und für die Lieferung des Stroms für die elektrische Wärmeerzeugung nach Maßgabe der Bestimmungen von § 13a Abs. 2 bis 4 EnWG einschließlich der damit verbundenen Kosten aus Steuern, Abgaben und Umlagen sowie
- die erforderlichen Kosten für die Investition für die elektrische Wärmeerzeugung.

Entwurf

**G. Öffnungsklausel**

Eine Anpassung der FSV erfolgt nur, falls sich die zugrundeliegenden Umstände in erheblichem Maße ändern. In diesem Falle gelten die Maßgaben dieser FSV jedoch fort, bis zur Aufhebung der entsprechenden nach § 29 Abs. 1 EnWG, § 32 Abs. 1 Nr. 4 i.V.m. § 11 Abs. 2 S. 4 ARegV erlassenen Festlegung durch die Bundesnetzagentur.

**Unterschriften**

Name:	Name:
Datum:	Datum:
Unterschrift:	Unterschrift:



DocuSign Envelope ID: BC6EC1D3-F3EE-4A6A-A20C-6192296EA599



50Hertz Transmission GmbH - Heidestraße 2 - 10557 Berlin

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen  
Herrn Bernd Petermann  
Postfach 8001  
53105 Bonn

50Hertz Transmission GmbH

Heidestraße 2  
10557 Berlin

Datum  
05.12.2023

Unsere Zeichen  
VR

**Absichtserklärung für den Abschluss einer freiwilligen Selbstverpflichtung  
bezüglich der Kosten für die Beschaffung von Leistungen nach § 13 Abs. 6a  
EnWG in der vierten Regulierungsperiode (FSV P2H)**

Sehr geehrter Herr Petermann,

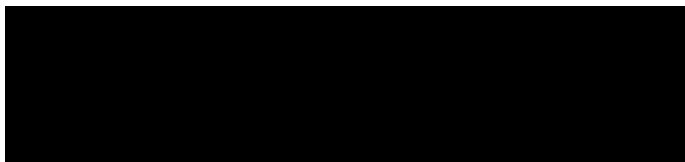
die 50Hertz Transmission GmbH beabsichtigt für Kosten aus der Beschaffung von Leistungen nach § 13 Abs. 6a EnWG eine freiwillige Selbstverpflichtung (FSV) für die Festlegung einer wirksamen Verfahrensregulierung gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 4 ARegV i.V.m. § 11 Abs. 2 S. 2 und 4 ARegV vorzulegen.

Der beigelegte Entwurf der FSV ist bereits mit Ihrem Haus abgestimmt und wird von den anderen betroffenen Übertragungsnetzbetreibern wortgleich bei Ihnen eingereicht. Die 50Hertz Transmission GmbH erklärt sich dazu bereit, den beigelegten Entwurf der FSV im weiteren Verfahren in seiner jetzigen Form zu unterzeichnen.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

50Hertz Transmission GmbH



Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Vorsitzender des Aufsichtsrates  
Catherine Vandenborre

Geschäftsführer  
Stefan Kapferer, Vorsitz  
Dr. Dirk Biermann  
Sylvia Borchering  
Dr. Frank Golletz  
Marco Nix

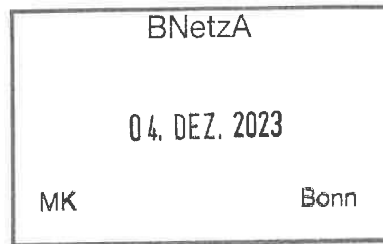
Sitz der Gesellschaft  
Berlin

Handelsregister  
Amtsgericht Charlottenburg  
HRB 84446

Bankverbindung  
BNP Paribas, NL FFM  
BLZ: 512 106 00  
Konto-Nr.: 9223 7410 19  
IBAN:  
DE75 5121 0600 9223 7410 19  
BIC: BNPADEFF

USt.-Id.-Nr.: DE813473551

[www.50hertz.com](http://www.50hertz.com)



Amprion GmbH, Robert-Schuman-Straße 7, 44263 Dortmund

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Tele-  
kommunikation, Post und Eisenbahn  
Beschlusskammer 8  
Tulpenfeld 4  
53113 Bonn

#### Netzwirtschaft

Unsere Zeichen  
Name  
Telefon  
Telefax  
E-Mail



30.11.2023

### **Absichtserklärung für den Abschluss einer freiwilligen Selbstverpflichtung nach § 11 Abs. 2 ARegV der deutschen Übertragungsnetzbetreiber für die Beschaffung von Leistungen nach § 13 Abs. 6a EnWG**

Sehr geehrter Herr Bourwieg,  
sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

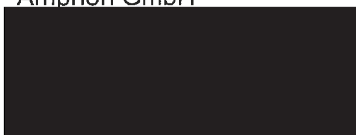
die Amprion GmbH beabsichtigt, ab Inkrafttreten der Änderungen des § 13 Abs. 6a EnWG durch das Gesetz zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben und zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften für die Umsetzung des Sachverhaltes des § 13 Absatz 6a EnWG und für den Umgang mit Kosten und Erlösen aus Verträgen mit KWK-Anlagenbetreibern zur Nutzung des § 13 Absatz 6a EnWG, eine freiwillige Selbstverpflichtung (FSV) für die Festlegung einer wirksamen Verfahrensregulierung gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 4 ARegV i.V.m. § 11 Abs. 2 S. 2 und 4 ARegV vorzulegen.

Der beigefügte Entwurf der FSV ist bereits mit Ihrem Haus abgestimmt und wird von den anderen betroffenen Übertragungsnetzbetreibern wortgleich bei Ihnen eingereicht. Die Amprion GmbH erklärt sich dazu bereit, den beigefügten Entwurf der FSV im weiteren Verfahren in seiner jetzigen Form zu unterzeichnen.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Amprion GmbH



Seite 1 von 2

#### **Amprion GmbH**

Robert-Schuman-Straße 7  
44263 Dortmund  
Germany

T +49 231 5849-0  
F +49 231 5849-14188

[www.amprion.net](http://www.amprion.net)  
[www.twitter.com/Amprion](https://www.twitter.com/Amprion)

**Aufsichtsratsvorsitzender:**  
Uwe Tigges

**Geschäftsführung:**  
Dr. Hans-Jürgen Brick (Vorsitzender)  
Dr. Hendrik Neumann  
Peter Rütth

**Sitz der Gesellschaft:**  
Dortmund  
Eingetragen beim  
Amtsgericht Dortmund  
Handelsregister-Nr.  
HRB 15940

**Bankverbindung:**  
Commerzbank AG Dortmund  
IBAN:  
DE27 4404 0037 0352 0087 00  
BIC: COBADEFFXXX  
UST-IdNr. DE 8137 61 356

**Lobbyregister-Nr.:**  
R002477

**EU-Transparenzregister-Nr.:**  
426344123116-68



TenneT TSO GmbH, Bernecker Straße 70, 95448 Bayreuth

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas,  
Telekommunikation, Post und Eisenbahnen  
Herrn Karsten Bourwieg  
Vorsitzender Beschlusskammer 8  
Postfach 80 01  
53105 Bonn

DATUM 11.12.2023

NAME

TELEFONNUMMER

FAXNUMMER

E-MAIL

SEITE

1 von 1

**Absichtserklärung für den Abschluss einer freiwilligen Selbstverpflichtung nach § 11 Abs. 2 ARegV  
der deutschen Übertragungsnetzbetreiber für die Beschaffung von Leistungen nach § 13 Abs. 6a  
EnWG**

Sehr geehrter Herr Bourwieg,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die TenneT TSO GmbH beabsichtigt ab Inkrafttreten der Änderungen des § 13 Abs. 6a EnWG durch das Gesetz zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben und zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften für die Umsetzung des Sachverhaltes des § 13 Absatz 6a EnWG und für den Umgang mit Kosten und Erlösen aus Verträgen mit KWK-Anlagenbetreibern zur Nutzung des § 13 Absatz 6a EnWG eine freiwillige Selbstverpflichtung (FSV) für die Festlegung einer wirksamen Verfahrensregulierung gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 4 ARegV i.V.m. § 11 Abs. 2 S. 2 und 4 ARegV vorzulegen.

Der beigefügte Entwurf der FSV ist bereits mit Ihrem Haus abgestimmt und wird von den anderen betroffenen Übertragungsnetzbetreibern wortgleich bei Ihnen eingereicht. Die TenneT TSO GmbH erklärt sich dazu bereit, den beigefügten Entwurf der FSV im weiteren Verfahren in seiner jetzigen Form zu unterzeichnen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

TenneT TSO GmbH

TenneT TSO GmbH **Adresse:** Bernecker Straße 70, 95448 Bayreuth  
**Internet:** www.tennet.eu **Sitz der Gesellschaft:** Bayreuth **AG Bayreuth:** HRB 4923

**Vorsitzende des Aufsichtsrats:** Manon van Beek **Geschäftsführer:** Tim Meyerjürgens, Maarten Abbenhuis, Dr. Arina Freitag



## Mitteilungen

### Elektronische Vertrauensdienste

#### Teil A

#### Mitteilungen der Bundesnetzagentur

##### Mitteilung Nr. 265/2023

##### Verlängerung der vorläufigen Anerkennung einer innovativen Identifizierungsmethode gemäß § 11 Absatz 3 VDG

Im Bundesgesetzblatt Nr. 52 wurde am 28.07.2017 das Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (eIDAS-Durchführungsgesetz) verkündet (BGBl. I, S. 2745). Artikel 1 des eIDAS-Durchführungsgesetzes beinhaltet das Vertrauensdienstegesetz (VDG).

Das VDG ist gemäß Artikel 12 Absatz 1 Satz 1 des eIDAS-Durchführungsgesetzes am 29.07.2017 in Kraft getreten.

Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Klaus Müller, verlängert die, vorläufige Anerkennung der im Amtsblatt der Bundesnetzagentur 8/2021 vom 28. April 2021 unter Mitteilung Nr. 159/2021 veröffentlichte und durch das Amtsblatt der Bundesnetzagentur 24/2021 vom 22. Dezember 2021 unter der Mitteilung-Nr. 340/2021 verlängerte, Verfügung hinsichtlich der dort unter 11. c) benannten befristeten Anerkennung der Methode der Videoidentifizierung für automatisierte Verfahren für einen Zeitraum von sechs Monaten. Zudem wird unter Punkt 10 eine Mitwirkungspflicht für die Evaluierung ergänzt. Die Verlängerung der Verfügung ist im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und nach Anhörung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit erstellt.

Die Verlängerung der vorläufigen Anerkennung dient der Fortsetzung der Eignungsprüfung (Evaluierung) der Methode durch die zuständigen Behörden.



**Verlängerung der vorläufigen Anerkennung „innovativer Identifizierungsmethoden“ i. S. d. § 11 Absatz 3 VDG i. V. m. Artikel 24 Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe d Satz 1 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 (eIDAS-Verordnung)**

**Identifizierung einer natürlichen Person im Rahmen der Beantragung eines qualifizierten Zertifikates unter Nutzung einer Videoübertragung (Videoidentifizierung) mit automatisiertem Verfahren.**

Für Verfahren, die nach dieser innovativen Variante einer Videoübertragung mit automatisiertem Verfahren erfolgen, und für welche die zuständige Aufsichtsstelle erstmalig gem. Art. 21 Abs. 2, Art. 24 Abs. 1, UAbs. 2 d) der eIDAS-Verordnung i. V. m. § 11 des Vertrauensdienstegesetzes über die Erteilung oder nach Ablauf der Frist des Art. 20 Abs. 1 Satz 1 der eIDAS-Verordnung über die Verlängerung des Qualifikationsstatus zu entscheiden hat, gelten folgende Vorgaben:

#### 1. Anforderungen aus Normen des Europäischen Instituts für Telekommunikationsnormen (ETSI)

Soweit in der Verfügung keine anderen Vorgaben getroffen werden, müssen Identifizierungsmethoden den Vorgaben für Registrierungsstellen in den einschlägigen ETSI-Normen für Anbieter elektronischer Vertrauensdienste entsprechen. Einschlägig sind diesbezüglich die ETSI EN

319 401  
319 411-1  
319 411-2

in der jeweils aktuellen Fassung.

#### 2. Anforderungen an das Personal

Soweit nicht eine rein automatisierte Videoidentifizierung durchgeführt wird, darf ergänzend nur fachkundiges, qualifiziertes und zuverlässiges Personal eingesetzt werden.

##### a) Fachkunde

Zum Nachweis der Fachkunde der Mitarbeiter muss der Vertrauensdiensteanbieter Belege für eine Erst- und regelmäßige Fortgeschulungen vorhalten. Diese sind ihm im Falle einer Auslagerung der Tätigkeit auf einen beauftragten Dritten von diesem vor einer Tätigkeit der fraglichen Person zu übermitteln.

Die Schulungen müssen mindestens die Kenntnis der mittels Videoidentifizierung prüfbaren Merkmale umfassen, einschließlich der anzuwendenden Prüfverfahren derjenigen Dokumente, die im Rahmen der Videoidentifizierung zulässig sind (s. Abschnitt 5.). Die Mitarbeiter müssen hinsichtlich gängiger Fälschungsmöglichkeiten dieser Dokumente geschult sein. Ferner ist eine Kenntnis der maßgeblichen Rechtsnormen, insbesondere des Datenschutzrechtes und der in dieser Verfügung gestellten Anforderungen, notwendig.

Die vorgenannten Inhalte müssen den Mitarbeitern vor Aufnahme ihrer Identifizierungstätigkeit angemessen vermittelt werden. Nachfolgend ist die Schulung in regelmäßigen Abständen (mindestens einmal jährlich) sowie bei Bedarf zu wiederholen und hierüber beim Vertrauensdiensteanbieter eine Dokumentation der vermittelten Inhalte zu erstellen. Die Notwendigkeit einer Schulung kann sich z. B. aus einer Änderung der gesetzlichen und/oder aufsichtsrechtlichen bzw. datenschutzrechtlichen Anforderungen oder im Falle eines Auftretens einer signifikanten Zahl von Betrugsversuchen, des Bekanntwerdens neuer Betrugsmöglichkeiten oder sonstigen Veränderungen im Verfahrensablauf ergeben.

##### b) Qualifikation

Die Qualifikation eines Mitarbeiters zum Einsatz als Identifizierungskraft bemisst sich nach seiner Fähigkeit, den Prozess der Identifizierung, also insbesondere des Abgleichs der antragstellenden Person mit einem Ausweisdokument, durchzuführen. Er muss zur Wahrnehmung der maßgeblichen Überprüfungskriterien in der Lage sein. Für die Kommunikation mit dem Antragsteller müssen je nach Angebot des Vertrauensdiensteanbieters i. S. des § 7 Abs. 1 des Vertrauensdienstegesetzes (Barrierefreie Dienste) geeignete Methoden (z. B. Sprache, Fremdsprache, Gebärdensprache) zur Verfügung stehen.

##### c) Zuverlässigkeit

Zum Nachweis der Zuverlässigkeit der Mitarbeiter muss der Vertrauensdiensteanbieter vor der Aufnahme der Tätigkeit des Mitarbeiters ein aktuelles Führungszeugnis einsehen. Lediglich Mitarbeiter mit einem Führungszeugnis ohne Eintragungen sind als Identifizierungskraft zu beschäftigen. Die Einsichtnahme in ein aktuelles Führungszeugnis durch den Vertrauensdiensteanbieter ist im Abstand von 2 Jahren zu wiederholen. Im Falle einer Auslagerung der Tätigkeit auf einen beauftragten Dritten gelten die Anforderungen an Vertrauensdiensteanbieter für diesen entsprechend.

#### 3. Bauliche Anforderungen

Die Mitarbeiter müssen sich während der Identifizierung in Zutrittsgeschützten Räumen aufhalten, zu denen nur autorisierte Mitarbeiter Zutritt haben. Die zur Videoidentifizierung mit automatisiertem Verfahren genutzten IT-Systeme müssen sich permanent in solchen Räumen befinden.

#### 4. Allgemeine Anforderungen an den Identifizierungsprozess

a) Bei der Zuteilung der Identifizierungsvorgänge an die Mitarbeiter müssen Mechanismen eingesetzt werden, die einer vorhersehbaren Zuteilung von Vorgängen und damit der dadurch bestehenden Möglichkeit einer Manipulation entgegenwirken.

b) Die Durchführung der Videoidentifizierung muss in Echtzeit und ohne Unterbrechung erfolgen.

c) Die audiovisuelle Kommunikation zwischen dem Mitarbeiter bzw. dem zur Videoidentifizierung mit automatisiertem Verfahren genutzten IT-System und der zu identifizierenden Person ist in Bezug auf Integrität und Vertraulichkeit ausreichend abzusichern; aus diesem Grund sind nur Ende-zu-Ende verschlüsselte Videochats zulässig. Es sind hierbei die Empfehlungen der Technischen Richtlinie des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) TR-02102 einzuhalten.

d) Die Bild- und Tonqualität der Kommunikation muss in einem ausreichenden Maße gegeben sein, um eine zweifelsfreie Identifizierung anhand aller in dieser Verfügung geforderten Prüfungen uneingeschränkt zu ermöglichen.

e) Ist die vorstehend beschriebene Überprüfung – etwa aufgrund von schlechten Lichtverhältnissen oder einer schlechten Bild- oder Tonqualität/-übertragung – und/oder eine sprachliche Kommunikation mit der zu identifizierenden Person nicht möglich, ist der Identifizierungsprozess abzubrechen.

f) Zur Überprüfung der Aktualität des Vorganges muss der Anbieter geeignete Maßnahmen ergreifen.

## 5. Anforderungen an geeignete Identitätsdokumente

Nur Identitätsdokumente, die über hinreichend fälschungssichere und im Verfahren prüfbare Sicherheitsmerkmale verfügen, können für die Identitätsüberprüfung herangezogen werden.

## 6. Anforderungen an die Überprüfung des Identitätsdokumentes und des Antragstellers

Die Echtheit des Identitätsdokumentes und die Zugehörigkeit zu der zu identifizierenden Person müssen zuverlässig überprüft werden. Der Anbieter muss geeignete Maßnahmen ergreifen, um eine Manipulation des Videobildes bzw. des Identitätsdokumentes oder der Person zu erkennen. Hierzu können sowohl organisatorische als auch technische Maßnahmen gehören, die durch Interaktion mit dem verwendeten Ausweisdokument oder der zu identifizierenden Person gemäß Anweisung des Mitarbeiters bzw. des zur Videoidentifizierung mit automatisiertem Verfahren genutzten IT-Systems eine Manipulation erkennbar machen. Ferner kann der Anbieter technische Maßnahmen treffen, um eine Veränderung des Videostreams zu erkennen.

## 7. Anforderungen an die Aufzeichnung und Aufbewahrung

### a) Einwilligung zur Aufzeichnung

Die zu identifizierende Person hat zu Beginn einer Videoidentifizierung ihre ausdrückliche Einwilligung dazu zu erklären, dass Passagen des Identifizierungsprozesses aufgezeichnet werden.

Dem Nutzer ist detailliert zu beschreiben, wozu er eine Einwilligung erteilt (z. B.: Worauf bezieht sich die Einwilligung im Einzelnen, welche Art der Datenverarbeitung ist vorgesehen, durch wen und wie lange werden die Daten gespeichert, wie wird mit den Daten bei Abbruch der Identifizierung umgegangen?)

### b) Inhalt und Dauer der Aufzeichnung

Hinsichtlich des Inhalts der Aufzeichnung des Prozesses einer Identifizierung mittels Videotechnologie sowie der Aufbewahrung der in diesem Prozess erworbenen Daten sind die Vorgaben des § 16 Absatz 4 Nr. 2 VDG i. V. m. Artikel 24 Absatz 2 Buchstaben f) bis h) der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 zu beachten.

§ 16 Abs. 4 Nr. 2 VDG:

*„Qualifizierte Vertrauensdiensteanbieter haben für die gesamte Zeit ihres Betriebs die dazugehörigen Aufzeichnungen nach Artikel 24 Absatz 2 Buchstabe h der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 aufzubewahren.“*

Artikel 24 Absatz 2 Buchstaben f) bis h) der Verordnung (EU) Nr. 910/2014:

- f) Sie verwenden vertrauenswürdige Systeme für die Speicherung der ihnen übermittelten Daten in einer überprüfbaren Form, so dass
  - i) diese nur mit Zustimmung der Person, auf die sich die Daten beziehen, öffentlich abrufbar sind,
  - ii) nur befugte Personen Daten eingeben und gespeicherte Daten ändern können,
  - iii) die Daten auf ihre Echtheit hin überprüft werden können.
- g) Sie ergreifen geeignete Maßnahmen gegen Fälschung und Diebstahl von Daten.
- h) Sie zeichnen alle einschlägigen Informationen über die von dem qualifizierten Vertrauensdiensteanbieter ausgegebenen und empfangenen Daten auf und bewahren sie so auf, dass sie über einen angemessenen Zeitraum, auch über den Zeitpunkt der Einstellung der Tätigkeit des qualifizierten Vertrauensdiensteanbieters hinaus, verfügbar sind, um insbesondere bei Gerichtsverfahren entsprechende Beweise liefern zu können.

Insbesondere hinsichtlich der Anforderung nach § 16 Abs. 4 Nr. 2 VDG i. V. m. Art. 24 Abs. 2 Buchstabe h) der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 sind die Grundsätze der Erforderlichkeit und der Datensparsamkeit mit dem Zweck der nachhaltigen Unabstreitbarkeit der Identifizierung in Einklang zu bringen. Die wesentlichen Passagen des Identifizierungsvorgangs sind mit Ton sowie Fotos bzw. Screenshots der Person und des verwendeten Identitätsdokuments dauerhaft aufzuzeichnen.

Auf den Fotos/Screenshots sind die zu identifizierende Person sowie Vorder- und Rückseite des von dieser zur Identifizierung verwendeten Identitätsdokumentes und die darauf jeweils enthaltenen Angaben deutlich erkennbar aufzunehmen. Daten, die nicht zur Ausstellung des qualifizierten Zertifikates erforderlich sind, sind unkenntlich zu machen. Die erforderlichen Daten ergeben sich aus ETSI EN 319 411-2 in der jeweils aktuellen Fassung, Kapitel 6.2.2..

Für eine Eignung der Aufzeichnung zum Zwecke der Beweisführung i. S. d. § 16 Abs. 4 Nr. 2 VDG i. V. m. Art. 24 Abs. 2 Buchstabe h) der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 ist es erforderlich, dass die antragstellende Person zweifelsfrei erkennbar und sprachlich oder gebärdensprachlich klar wahrnehmbar ist. Das verwendete Identitätsdokument muss inhaltlich und hinsichtlich aller geprüften Sicherheitsmerkmalen aufgezeichnet werden. Von dem qualitativ verwertbaren Videomaterial ist mindestens eine Sequenz von 15 Sekunden aufzuzeichnen.

Die Einwilligung zur Aufzeichnung des Identifizierungsvorgangs ist zusätzlich zu der Sequenz von 15 Sekunden Dauer aufzuzeichnen und so lange aufzubewahren wie der zugehörige Datensatz.

Die Auswertung der Anforderungen an die Aufzeichnung und Aufbewahrung muss in einem 4-Augen-Prinzip bzw. im Falle einer IT-gestützten Auswertung durch diese beurteilt werden. Dabei sind die Korrektheit der erhobenen Daten zu überprüfen sowie der Abgleich von verwendeten Identitätsdokumenten und antragstellender Person zu bestätigen und freizugeben.

## 8. Meldung von mutmaßlichen Betrugsfällen

Der Vertrauensdiensteanbieter oder der von ihm zur Videoidentifizierung beauftragte Dritte meldet mutmaßliche Betrugsversuche an das Postfach [tsp-incidents@bnetza.de](mailto:tsp-incidents@bnetza.de).

## 9. Feststellung der geeigneten Umsetzung

Die geeignete Umsetzung der festgelegten Anforderungen ist durch eine Konformitätsbewertungsstelle im Rahmen der Bestätigung nach Artikel 24 Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe d Satz 1 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 zu beurteilen. Bei der Beurteilung ist der Stand der Technik zu beachten. Hierzu zählen die ergänzenden Kriterien zur Bewertung dieser innovativen Identifizierungsmethode in der zum Zeitpunkt der Bewertung aktuellen Fassung. Diese werden bei berechtigtem Interesse von der Bundesnetzagentur zur Verfügung gestellt. Bei der Erstellung wirken Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und Bundesnetzagentur zusammen.

## 10. Mitwirkungspflichten bei der Evaluierung

Vertrauensdiensteanbieter, die die Methode einsetzen, sind zur Mitwirkung an deren Evaluierung durch die Bundesnetzagentur und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik verpflichtet. Hierzu sind den Behörden die zur Überwachung gemäß § 11 Abs. 3 Satz 3 VDG erforderlichen Informationen bereitzustellen, Zugang zu den technischen Systemen zu gewähren bzw. im Bedarfsfall Teststellungen von Systemkomponenten bereitzustellen. Die Überwachung kann unangekündigte Penetrationstests zum Zwecke der Evaluierung der Eignung der Methode beinhalten. Über die Ergeb-

nisse der Überwachungsmaßnahmen werden die Vertrauensdiensteanbieter jeweils unverzüglich nach deren Auswertung informiert. Bei der Evaluierung können Bundesnetzagentur und Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik das Biometrie-Evaluations-Zentrum (BEZ) an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg einbeziehen und eventuelle Teststellungen dort betreiben.

im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und nach Anhörung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit erstellt.

Die Verlängerung der vorläufigen Anerkennung dient der Fortsetzung der Eignungsprüfung (Evaluierung) der Methode durch die zuständigen Behörden.

#### 11. Einschränkungen

- a) Die Anerkennung der Methode ist ausgeschlossen für das Ausstellen qualifizierter Zertifikate für die Website-Authentifizierung.
- b) Die Anerkennung der Methode ist ferner für das Ausstellen qualifizierter Zertifikate für qualifizierte elektronische Signaturen oder qualifizierte elektronische Siegel beschränkt auf die Ausgabe von einmalig nutzbaren Zertifikaten (sog. Ad-Hoc-Zertifikate). Solche Zertifikate sind unmittelbar nach der vom Vertrauensdiensteanbieter mit Zustimmung der Akzeptanzstelle vorgegebenen Nutzung (z. B. Abschluss eines Mietvertrages für ein KFZ), jedenfalls innerhalb von 24 Stunden nach der Ausstellung, von diesem zu widerrufen, sofern sie zu diesem Zeitpunkt noch gültig sind. Die einmalige Nutzung darf insbesondere nicht zur Beantragung eines neuen qualifizierten Zertifikates oder für andere Identifizierungen dienen.
- c) Die Anerkennung ist befristet bis zum 01.07.2024.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Referat ITS 15, Canisiusstraße 21, 55122 Mainz oder bei einer sonstigen Dienststelle der Bundesnetzagentur erhoben werden.

#### **Mitteilung Nr. 266/2023**

##### **Verlängerung der vorläufigen Anerkennung einer innovativen Identifizierungsmethode gemäß § 11 Absatz 3 VDG**

Im Bundesgesetzblatt Nr. 52 wurde am 28.07.2017 das Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (eIDAS-Durchführungsgesetz) verkündet (BGBl. I, S. 2745). Artikel 1 des eIDAS-Durchführungsgesetzes beinhaltet das Vertrauensdienstegesetz (VDG).

Das VDG ist gemäß Artikel 12 Absatz 1 Satz 1 des eIDAS-Durchführungsgesetzes am 29.07.2017 in Kraft getreten.

Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Klaus Müller, verlängert die vorläufige Anerkennung der im Amtsblatt der Bundesnetzagentur 24/2021 vom 22. Dezember 2021 unter Mitteilung Nr. 341/2021 veröffentlichten Verfügung hinsichtlich der benannten befristeten Anerkennung der Methode „Identifizierung einer natürlichen Person im Rahmen der Beantragung eines qualifizierten Zertifikates unter Nutzung eines elektronischen Identitätsnachweises mit einem mobilen Endgerät gemäß § 18 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 PAusWG“ für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren. Die Verlängerung der vorläufigen Anerkennung ist befristet bis zum 21. Dezember 2025 und wurde



**Verlängerung der vorläufigen Anerkennung „innovativer Identifizierungsmethoden“ i. S. d. § 11 Absatz 3 VDG i. V. m. Artikel 24 Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe d Satz 1 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 (eIDAS-Verordnung)**

**Identifizierung einer natürlichen Person im Rahmen der Beantragung eines qualifizierten Zertifikates unter Nutzung eines elektronischen Identitätsnachweises mit einem mobilen Endgerät gemäß § 18 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 PAuswG.**

**Die Verlängerung der vorläufigen Anerkennung ist befristet bis zum 21. Dezember 2025.**

**Es wird darauf hingewiesen, dass die vorläufige Anerkennung aufgrund von sicherheitsrelevanten Risiken mit Auflagen versehen oder vor Ablauf der Frist gänzlich untersagt werden kann.**

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Referat ITS 15, Canisiusstraße 21, 55122 Mainz oder bei einer sonstigen Dienststelle der Bundesnetzagentur erhoben werden.

## Mitteilungen

Sonstiges

### Teil A Mitteilungen der Bundesnetzagentur

Mitteilung Nr. 267/2023

#### Erscheinungstage des Amtsblattes der Bundesnetzagentur im Jahr 2024

Redaktionsschluss ist immer um 13.00 Uhr an dem jeweils angegebenen Tag. Um diese Uhrzeit müssen der Redaktion Amtsblatt die Manuskripte vorliegen. Ist dies nicht der Fall findet die Veröffentlichung in dem Amtsblatt statt, in dem die Kriterien zum Redaktionsschluss erfüllt sind.

Abl.-Nr.	Redaktionsschluss		Erscheinungstag	
	Tag	Datum	Tag	Datum
01	Mittwoch	03.01.	Mittwoch	10.01.
02	Mittwoch	17.01.	Mittwoch	24.01.
03	Mittwoch	31.01.	Mittwoch	07.02.
04	Mittwoch	14.02.	Mittwoch	21.02.
05	Mittwoch	28.02.	Mittwoch	06.03.
06	Mittwoch	13.03.	Mittwoch	20.03.
07	Mittwoch	03.04.	Mittwoch	10.04.
08	Mittwoch	17.04.	Mittwoch	24.04.
09	Donnerstag	02.05.	Mittwoch	08.05.
10	Mittwoch	15.05.	Mittwoch	22.05.
11	Mittwoch	05.06.	Mittwoch	12.06.
12	Mittwoch	19.06.	Mittwoch	26.06.
13	Mittwoch	03.07.	Mittwoch	10.07.
14	Mittwoch	17.07.	Mittwoch	24.07.
15	Mittwoch	31.07.	Mittwoch	07.08.
16	Mittwoch	14.08.	Mittwoch	21.08.
17	Mittwoch	28.08.	Mittwoch	04.09.
18	Mittwoch	11.09.	Mittwoch	18.09.
19	Mittwoch	25.09.	Mittwoch	02.10.
20	Mittwoch	09.10.	Mittwoch	16.10.
21	Mittwoch	23.10.	Mittwoch	30.10.
22	Mittwoch	06.11.	Mittwoch	13.11.
23	Mittwoch	27.11.	Mittwoch	04.12.
24	Mittwoch	11.12.	Mittwoch	18.12.

Z 15-4a/Redaktion Amtsblatt

## Impressum

Herausgeber:	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Redaktion:	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen Referat Z 15 Postfach 80 01 53105 Bonn  Tulpenfeld 4 53113 Bonn  Telefon: (02 28) 14 53 18 Telefax: (02 28) 14 65 33 E-Mail: <a href="mailto:amtsblatt@bnetza.de">amtsblatt@bnetza.de</a>
Erscheinungsweise:	Das Amtsblatt der BNetzA erscheint nach Bedarf, in der Regel 14-täglich
Layout:	Innodata Germany GmbH, 48268 Greven
Bestellung/Versand:	Einzellieferung von älteren Ausgaben Telefon: (02 28) 14 53 18 Herr Gahre E-Mail: <a href="mailto:amtsblatt@bnetza.de">amtsblatt@bnetza.de</a>  Der Versand erfolgt gegen Rechnung